Zeitschrift: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen
Band: 11/1925 (1925)

Rubrik: Kantonale Gesetze und Verordnungen (Reglemente, Lehrpläne etc.)

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen (Reglemente, Lehrpläne etc.).

I. Kanton Zürich.

1. Volksschule (Primar- und Sekundarschule).

1. Lehrplan für den Handarbeitsunterricht der Mädchen an den Volksschulen des Kantons Zürich. (Vom 5. Februar 1924.)

A. Lehrziel und Gestaltung des Unterrichtes.

Der Handarbeitsunterricht für Mädchen hat den Zweck, den Schülerinnen im Stricken, Nähen, Ausbessern schadhafter und Verfertigen neuer einfacher Kleidungsstücke Anleitung zu geben und sie an Ordnung, Reinlichkeit und haushälterischen Sinn zu gewöhnen. (§ 33 des Gesetzes betreffend die Volksschule vom 11. Juni 1899.)

Im gesamten Mädchenhandarbeitsunterricht ist als wesentliches Erziehungsmittel auf sorgfältige, gewissenhafte Ausführung der Arbeiten und auf sparsame Verwendung der hiefür nötigen Materialien zu achten.

Der Unterricht ist Klassenunterricht. Jede elementare Übung, jeder Teil eines Lehrgegenstandes ist von allen Schülerinnen einer Klasse, eventuell in Abteilungen, gleichzeitig zu beginnen und auszuführen. Durch kurze, auf Anschauung gegründete Erklärungen sind die Mädchen über Zweck, Form und Material jedes Lehrgegenstandes aufzuklären und durch Vorzeigen und Vormachen an geeigneten Lehrmitteln in der Ausführung der Arbeit anzuleiten, wobei darauf zu halten ist, daß die Schülerinnen mit Verständnis arbeiten und zu möglichster Selbständigkeit gebracht werden.

Die zur Durchführung eines richtigen Klassenunterrichtes notwendigen Ausgleicharbeiten sollen, der Stufe der Schülerinnen angepaßt, gleichartiger Natur sein, zu gegebener Zeit gemeinsam mit der Klasse behandelt und mit den in Frage kommenden Schülerinnen durchgeführt werden. Dabei ist den Mädchen Gelegenheit zu geben, das bereits Erlernte, wie die Fertigkeit im Zeichnen, zu verwerten. Bei der Wahl und Anordnung der Ausgleicharbeiten ist darauf zu achten, daß die Lehrerin genügend Zeit findet, sich der schwächern Schülerinnen anzunehmen.

In den obern Schulklassen ist besonderes Gewicht zu legen auf eingehende und vielfache Übungen im Flicken. Im letzten Schuljahr findet daneben das Sticken gebührende Berücksichtigung.

Die Gebrauchsgegenstände für das Haus sind im Rahmen des Lehrplans den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Das Abfor-

men des auszuführenden Lehrgegenstandes ist an Schülerinnen oder Kinderbüsten oder Puppen vorzunehmen. Die zu konstruierenden Schnittmuster sind nach dem für die zürcherischen Arbeitsschulen obligatorischen Lehrmittel: „Arbeitsschulbuch", von Johanna Schärer, herzustellen.

B. Verteilung des Lehrstoffes.

Dritte Primarschulklasse.

2 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Papierarbeiten.

Viereckige und dreieckige Säckchen, Lesezeichen, Schildchen, Untersätzchen in Kreisform.

Material: Graues, weißes und buntes Papier.

Technik: Gestalten der Gegenstände durch Falten, Schneiden und Kleben.

2. Erste Näharbeiten.

a) Tintenwischer.
b) Topfanfasser oder Untersätzchen.

Material: Weißer und farbiger Baumwollstoff oder Wollstoff. Buntes Baumwoll- oder Wollgarn.

Technik: Gestalten, Auflegen und Nachzeichnen der Muster. Zuschneiden, Fertigstellen und Verzieren der Gegenstände. Vorüben des Nähens, Vor- und Übernähstiche (nach Augenmaß).

3. Häkeln.

a) Schnürchen oder Gürtchen aus einer Luftmaschenkette.
b) Begrenzen und Verzieren der gestrickten Gegenstände.
c) Untersätzchen oder Topfanfasser oder Staublappen.

Material: Ungebleichtes oder farbiges Baumwollgarn oder Wolle.

Technik: Luftmaschen, feste Maschen und Stäbchenmaschen.

4. Stricken.

a) Waschlappen.
b) Täschchen mit geradem Deckel oder offengestricktes Stößchen.
c) Waschhandschuh oder Beutelchen.
d) Kindersocken oder Halbstrümpfchen mit rundgestrickter Ferse.

Material: Ungebleichtes und farbiges Baumwollgarn.

Technik: Gestalten der Gegenstände aus Papier. Anschlagmasche, rechte, linke und Abnehmemasche. Abketten. Gerippte, glatte und elastische Fläche. Offene und geschlossene Strickerei.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Waschlappen, Stößchen, Fausthandschuhe, einfache Mützen, Lätzchen etc. für Kinder oder Puppen.

2. Häkeln.

Topfanfasser, Ballnetz, Untersätzchen oder kleine Gegenstände für die Puppe.

Vierte Primarschulklasse.

(Wenn der Handarbeitsunterricht mit der 3. Klasse beginnt.)

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

a) Beutelchen oder Socken, eventuell auch glatte Strümpfe mit rundgestrickter Ferse.
b) Waschlappen oder Waschhandtuch oder Kinderlätzchen mit einfachem Piquémuster.
c) Puppenhäubchen.

Material: Ungebleichtes, gebleichtes oder farbiges Baumwollgarn.

Technik: Gestalten der Gegenstände. Abformen des Häubchens an der Puppe. Anschlagmasche, rechte, linke und Abnehmemasche. Abketten. Gerippte, glatte, elastische und gemusterte Strickerei.

2. Nähen.

a) Waschhandschuh.

Material: Handtuchstoff. Farbiger Nähfaden.

Technik: Gestalten des Gegenstandes. Auflegen und Nachzeichnen des Musters. Zuschneiden und Fertigstellen des Gegenstandes mit Vor- und Übernähstichen.

b) Webübung aus Baumwoll- oder Wollgarn.
c) Täschchen oder Lätzchen oder Beutelchen, durch eine Bordüre aus Stichreihen verziert.

Material: Dichte Etamine und farbiges Stickgarn.

Technik: Gestalten des Gegenstandes aus Papier. Vor-, Stepp- oder Hinterstiche und Flachstiche dem Stoff-Faden nach. Hohlsaum oder gewöhnlicher Saum.

d) Arbeitstasche.

Material: Gebleichte Triplüre und hellblauer Nähfaden.

Technik: Gestalten der Tasche aus Papier. Hohlsaum, gewöhnlicher Saum, Überwindlingsnaht, Einnähen des Namens, eventuell Schlußvorrichtung.

e) Vorratssäcklein oder Überärmel.

Material: Feiner weißer oder farbiger Baumwollstoff.

Technik: Gestalten, respektive Abformen des Gegenstandes. Einfache Steppstichnaht, Kehrnaht, Saum. Annähen von Bindbändern am Vorratssäcklein.

3. Häkeln.

Begrenzen und Verzieren der gestrickten Gegenstände.

Material: Farbiges oder ungebleichtes Baumwollgarn.

Technik: Luftmaschen, feste Maschen und Stäbchenmaschen.

II. Ausgleicharbeiten.

Stricken und Häkeln.

Einfache kleine Gegenstände für Kinder oder Puppen mit Anwendung der im Stricken und Häkeln erlernten Techniken.

Vierte Primarschulklasse.

(Wenn der Handarbeitsunterricht erst mit dieser Klasse beginnt.)

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Papierarbeiten.

Viereckige und dreieckige Säckchen, Lesezeichen, Schildchen, Untersätzchen in Kreisform.

Material: Graues, weißes und buntes Papier.

Technik: Gestalten der Gegenstände durch Falten, Schneiden und Kleben.

2. Erste Näharbeiten.

a) Tintenwischer.

b) Topfanfasser oder Untersätzchen.

c) Waschhandschuh.

Material: Weißer und farbiger Baumwollstoff oder Wollstoff. Buntes Baumwoll- oder Wollgarn. Handtuchstoff (Restenverwendung). Farbiger Nähfaden.

Technik: Gestalten, Auflegen und Nachzeichnen der Muster. Zuschneiden, Fertigstellen und Verzieren der Gegenstände. Vorüben des Nähens, Vor- und Übernähstiche (nach Augenmaß).

3. Häkeln.

a) Schnürchen oder Gürtchen aus einer Luftmaschenkette.

b) Begrenzen und Verzieren der gestrickten Gegenstände.

Material: Ungebleichtes oder farbiges Baumwollgarn oder Wolle.

Technik: Luftmaschen, feste Maschen und Stäbchenmaschen.

4. Stricken.

a) Waschlappen.

b) Täschchen mit geradem Deckel oder offengestrickte Stößchen.

c) Beutel oder Socken (auch Halbstrümpfchen) mit rundgestrickter Ferse.

d) Puppenhäubchen.

Material: Ungebleichtes und farbiges Baumwollgarn.

Technik: Gestalten der Gegenstände aus Papier. Abformen des Häubchens an der Puppe. Anschlagmasche, rechte, linke und Abnehmemasche. Abketten. Gerippte, glatte und elastische Fläche. Offene und geschlossene Strikkerei.

5. Fortsetzen im Nähen.

a) Webübung aus Baumwoll- oder Wollgarn.

b) Täschchen oder Lätzchen oder Beutel, durch eine Bordüre aus Stichreihen verziert.

Material: Dichte Etamine und farbiges Stickgarn.

Technik: Gestalten des Gegenstandes aus Papier. Vor-, Stepp- oder Hinterstiche und Flachstiche dem Stoff-Faden nach. Hohlsaum oder gewöhnlicher Saum.

c) Arbeitstasche.

Material: Gebleichte Triplüre und hellblauer Nähfaden.

Technik: Gestalten der Tasche aus Papier. Hohlsaum, gewöhnlicher Saum, Überwindlingsnaht, Einnähen des Namens, eventuell Schlußvorrichtung.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Waschlappen, Stößchen, Fausthandschuhe, einfache Mützen, Lätzchen etc. für Kinder oder Puppen.

2. Häkeln.

Untersätzchen, Topfanfasser, Ballnetz oder Gegenstände für die Puppe.

Fünfte Primarschulklasse.

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

a) Ein Paar Strümpfe.

Material: Farbiges Baumwollgarn.

Technik: Anschlagmasche. Glatte oder elastische Strikkerei, Abnehmen, Ferse, Käppchen, oder runde Ferse.

b) Kleine Übungen im Musterstricken.

Material: Weißes oder farbiges Garn.

Technik: Einfache Piqué-, Patent- und Hohlmuster.

2. Nähen.

a) Glattes Achselschlußhemd, eventuell unten als Hemdhose abgeschlossen, oder Zughemd mit ausgeschnittenen Ärmeln.

Material: Mittelfeiner weißer Baumwollstoff.

Technik: Maßnehmen und Herstellen des Musters nach den Maßen auf Grund des durch die Lehrerin abgeformten Modells. Zuschneiden. Steppnähte, Knappnähte, Saum, Begrenzen des Halsausschnittes und der Armlöcher. Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und Einnähen des Namens.

b) Scherentäschchen.

Material: Tuch oder Flanell (Restenverwendung).

Technik: Gestalten des Täschchens. Zuschneiden und Zusammenfügen der Teile mit Knopflochstichen. Schlußvorrichtung.

c) Deckchen mit Randverzierung.

Material: Weißer oder hellfarbiger Aïdastoff und passendes Stickgarn.

Technik: Kreuzstich, Saum.

d) Nadelbüchlein oder Nadelkissen.

Material: Aïdastoff und Stickgarn (wie zum Deckchen) und Flanell.

Technik: Gestalten des Gegenstandes aus Papier. Entwerfen schmaler Verzierungen für Kreuzstich und Ausführen einer solchen am Nadelbüchlein oder Nadelkissen.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Gemusterter Arbeitsbeutel, Handschuhe, Schleifen, Hausschuhe, Bettsocken, Mützen, Lätzchen etc.

2. Häkeln.

Schmale Spitze für das Hemd (Anlernen in der Schule und Hausarbeit).

3. Nähen.

Einfache, gewöhnliche Schürze oder Klammerschürze mit Kreuzstichverzierung.

Sechste Primarschulklasse.

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Socken mit verschiedenen Maschenflächen, der später zum Flicken verwendet wird.

Material: Ungebleichtes Baumwollgarn.

2. Nähen.

a) Reformunterröckli oder Gestältchen und Unterröckli oder eingereihtes Achselschlußhemd.

Material: Mittelfeiner weißer oder farbiger Baumwollstoff.

Technik: Abformen des Untergestältchens und Herstellen des Schnittmusters. Maßnehmen und Herstellen des Schnittmusters für das Hemd nach den Maßen auf Grund des durch die Lehrerin abgeformten Modells. Zuschneiden des Gegenstandes.

Kappnähte, Kehrnähte, Saum, Begrenzen der Armlöcher, Einreihen und Aufsetzen des Bündchens am Hemd oder Begrenzen des Halsausschnittes und der Armlöcher am Gestältchen. Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und der Spitze, Einnähen des Namens.

b) Einfache Schürze mit Verzierungsarbeit.

Material: Weißer oder farbiger Baumwollstoff und Stickgarn für die Verzierung.

Technik: Abformen, Zuschneiden, Anprobieren und Ausarbeiten der Schürze. Einfache Verzierung mit Ausnützung des Stoffmusters.

3. Flicken.

a) Übungen im Aufsetzen von Stücken in weißem, mittelfeinem Baumwollstoff.

Technik: Schmale und breite Kappnähte.

b) Anwendung an Gebrauchsgegenständen.

c) Überziehen von rechten, linken und Abnehmemaschen und Einstricken der Ferse am hiefür gestrickten Socken, oder Überziehen der Ferse mit gleichfarbigem Garn.

Material: Farbiges, doppelt gezwirntes Baumwollgarn.

d) Anwendung dieser Flickarten an gestrickten Gegenständen, eventuell Verweben feiner Strümpfe.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Anstricken von Strümpfen, oder Stricken von Socken, Strümpfchen oder Handschuhen.

2. Häkeln.

Häkeln der Spitze zum Hemd oder Reformunterröckli oder Gestältchen (Schul- und Hausarbeit).

3. Nähen.

Anfertigen eines einfachen Gegenstandes mit Ausnützung des Stoffmusters bei der Verzierung (Schürze, Beutel, Lätzchen, Häubchen, Bett-Tasche etc.).

Siebente Primar- oder erste Sekundarschulklasse.

Primarklassen 4—6, Sekundarklassen 4 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Socken für die nachfolgenden Flickübungen im Maschenstich.

Material: Ungebleichtes Baumwollgarn.

2. Hand- und Maschinennähen.

a) Hausschürze oder Kissenanzug oder Turnhose oder Kimonobluse.

Material: Baumwollstoff, weiß oder farbig.

Technik: Vorübungen im Maschinennähen an Papier. Abformen, Zuschneiden und Anprobieren der Schürze oder Herstellen des Musters für die Turnhose. Maschinennähen: Nähte und Säume. Handnähen: Verzierung mit Ausnützung des Stoffmusters an der Schürze. Knopflöcher, Annähen der Knöpfe, Einnähen des Namens am Kissenanzug.

b) Mädchenhemd. Achselschlußhemd mit oder ohne Ärmel und geradem Bündchen (eventuell unten als Hemdhose abgeschlossen) oder Bündchenhemd mit Vorderschluß, run-

dem Ärmel und Stockschweifung oder Reformunterrock. Vorübung für die Steppfalte, wenn ein Hemd mit Vorderschluß gemacht wird.

Material: Feiner Baumwollstoff.

Technik: Maßnehmen. Herstellen der Schnittmuster. Zuschneiden. Abformen des Reformunterrockes und Herstellen des Schnittmusters.

Maschinennähen: Die Grundnähte der Stocknähte, das Einsteppen der Ärmel beim Achselschlußhemd, Absteppen und Aufsteppen der Bündchen, am Vorderschlußhemd die Steppreihen der obern Steppfalte; am Reformunterrock die Kehrnähte, die Begrenzung des Schlitzes, des Halsausschnittes und der Armlöcher.

Handnähen: Alle übrigen Nähte und die Säume, das Annähen der Spitze, Schlußvorrichtung und Name.

Anmerkung: Die farbige Hausschürze oder die Bluse kann nach dem Mädchenhemd oder dem Reformunterrock ausgeführt werden.

3. Übungen im Abformen an Schülerinnen oder Kinderbüsten oder Puppen.

Untergestältchen oder Bluse oder Häubchen.

Material: Gaze, Nessel oder Papier.

Technik: Abformen, Zusammenheften der Teile, Anprobieren und Aufzeichnen einer einfachen Verzierung.

4. Flicken.

a) Übungen im Flicken von farbigem gemustertem Baumwollstoff.

Technik: Ein- und Aufsetzen von Stücken mit einfachen Nähten und Kappnähten.

b) Übungen im Verweben und Stopfen.

Material: Etamine und farbiger Stickfaden.

Technik: Webübung mit Leinen und Drilchbindung. Hauswifel, Stopfen. Nachbilden von Leinen- und eventuell Drilchgewebe.

c) Übungen im Maschenstich an dem hiefür gestrickten Socken.

Material: Gebleichtes, gut gedrehtes Garn.

Technik: Stopfen mit rechten, linken und Abnehmemaschen. Einstricken von Stücken und Einstricken der Ferse.

d) Gitter- und Festonstopfe an Tricot.

e) Flicken von Gebrauchsgegenständen mit Anwendung obiger Flickarten.

II. Ausgleicharbeiten.

a) Herstellen der Spitze zum Hemd oder zum Reformunterrock (Schul- und Hausarbeit).

b) Küchenschürze (Schul- und Hausarbeit) zur sofortigen Verwendung im hauswirtschaftlichen Unterricht oder eine kleine Verzierungsarbeit, z. B. Nadelkissen, Buchhülle etc., oder

c) Ausführung eines der abgeformten Gegenstände.

Achte Primar- oder zweite Sekundarschulklasse.

Primarklassen 4—6, Sekundarklassen 4 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Paar Socken oder Kinderstrümpfchen oder Anstrikken von alten oder neuen Strumpfrohren.

Material: Baumwoll- oder Wollgarn.

2. Hand- und Maschinennähen.

a) Einfaches Frauen-Nachthemd oder ein farbiges Herrenhemd.

b) Beinkleid oder einfache Hemdhose.

Material: Feiner Baumwollstoff für das Frauen-Nachthemd, für das Herrenhemd farbiger Baumwollstoff, für das Beinkleid oder die Hemdhose weißer Baumwollstoff oder farbiger Barchent.

Technik: Maßnehmen. Herstellen der Muster nach den Maßen. Zuschneiden. Maschinennähen: Nähte und Säume. Handnähen: Einreihen, Niedernähen der Bündchen und Koller, Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und Spitzen, Zeichnen der Wäschestücke.

3. Übungen im Abformen.

Schürzen oder Kragen oder Bluse.

Material: Gaze, Nessel oder Papier.

Technik: Abformen, Zusammenheften der Teile und Anprobieren.

4. Flicken.

a) Übungen im Einsetzen von Stücken mit der Nähmaschine.

Material: Feiner, weißer Baumwollstoff.

Technik: Schmale und breite Kappnähte.

b) Verwebübungen mit der Nähmaschine und Übungen im Flicken von Tuch (letzteres fakultativ).

c) Übungen im Maschenstich am Socken der vorhergehenden Klasse.

Material: Gebleichtes, gut gedrehtes Baumwollgarn.

Technik: Glatte Stopfe mit Nähtchen, Verbinden von Reihen und Einstricken eines Stückes am elastischen Bördchen.

d) Flicken von Gebrauchsgegenständen mit Anwendung obiger Flickarten, einschließend das Anstricken feiner Strumpfrohre.

II. Ausgleicharbeiten.

Herstellen der Spitze für das Frauen-Nachthemd (Schul- und Hausarbeit). Herstellen der Garnitur für das Beinkleid oder die Hemdhose (Hohlsaum, Festons, Häkelarbeit oder Ziersticke). Ausführung eines der abgeformten Gegenstände.

Kleine Verzierungsarbeit nach Entwurf der Schülerin.

Dritte Sekundarschulklasse.

4 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Sticken.

Übungen im Weißsticken. Festonieren, Hoch- und Lochstickerei, angeordnet auf einem kleinen Gegenstand wie Serviettentäschchen, Deckchen, Taschentuch, Lätzchen oder Kragen aus feinem Baumwollstoff oder Leinwand.

2. Maschinennähen.

a) Frauen-Taghemd mit Koller oder glattem Stock oder Hemdhose.

Material: Feiner Baumwollstoff, schmale Stickerei oder Spitze.

Technik: Abformen des Kollers oder des obern Teiles des glatten Hemdes. Maßnehmen. Herstellen der Muster nach den Maßen. Maschinennähen: Nähte, Saum, Besetzen des obern Randes mit Stickerei oder Schrägstreifen. Handnähen: Annähen der Spitze, Sticken des Namens, wenn möglich nach selbstentworfener Zeichnung. Schlußvorrichtung.

b) Unterrock oder Untertaille oder Bluse.

Material: Waschstoff, weiß oder farbig.

Technik: Abformen oder Maßnehmen und Herstellen des Musters nach den Maßen. Zuschneiden. Anprobieren. Maschinen- und Handnäherei.

3. Flicken.

a) Anwendung der früher erlernten Flickarten an gewobenen und gestrickten Gegenständen.

b) Übungen im Flicken von Tuch, wenn diese Arbeit in der II. Sekundarklasse nicht gemacht wurde. Fakultativ.

Material: Hellfarbiges Tuch und passende Seide, Litzen zum Besetzen und Einfassen.

Technik: Einsetzen von eckigen und gerundeten Stücken mit Hinter- und Staffierstichen, Randerieren, Verweben. Besetzen und Einfassen von Kanten. Knopflöcher nach Schneiderart.

II. Ausgleicharbeiten.

Verzierungsarbeiten, wie Kragen zur Bluse, Beutel oder Mappenhülle, Verzierung der Bluse (so viel als möglich nach Entwürfen der Schülerinnen).

---

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Lehrplan der Schule für Chemiker am Technikum in Winterthur.

(Vom 9. Dezember 1924.)

I. Klasse (Sommerhalbjahr), 34—36 Stunden.

Deutsche Sprache (3 Stunden). Lesen und Erklären klassischer und moderner Dichtungen und Prosastücke. Aufsätze und Geschäftsbriefe. Übungen im mündlichen Ausdruck.

Rechnen (3 Stunden). Übungen im abgekürzten Rechnen. Quadratwurzel. Die Lehre von den Proportionen. Mischungs-, Prozent-, Zins- und Diskontrechnungen.

Algebra (3 Stunden). Die Grundoperationen mit allgemeinen Größen. Gleichungen des I. Grades mit mehreren Unbekannten.

Geometrie (3 Stunden). Planimetrie.

Experimentalphysik (4 Stunden). Einleitung in die Physik. Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper. Wellenlehre.

Anorganische Chemie (7 Stunden). Chemie der Metalloide und ihrer wichtigeren Verbindungen. Atom- und Molekulartheorie. Stöchiometrie, Valenzlehre.

Technisches Zeichnen (7 Stunden). Die wichtigsten geometrischen Konstruktionen und Projektionen von Körpern, Skizzieren von Maschinenteilen nach Wandtafelzeichnung und Modellen. Anfertigung der betreffenden Reinzeichnungen.

Laboratorium (4—6 Stunden). Einführung in die Laboratoriumspraxis. Bearbeitung des Glases. Einfache Versuche aus der allgemeinen Chemie.

II. Klasse (Winterhalbjahr), 36 Stunden.

Deutsche Sprache (3 Stunden). Ausgewählte Werke der deutschen Literatur. Geschäftsaufsätze.

Algebra (3 Stunden). Potenzen und Wurzeln. Die Logarithmen. Der Rechenschieber. Gleichungen des II. Grades mit einer Unbekannten.

Geometrie (3 Stunden). Stereometrie. Ebene Trigonometrie.

Experimentalphysik (4 Stunden). Lehre von der Wärme.

Anorganische Chemie (6 Stunden). Gasgesetze. Bestimmung des Molekulargewichts. Ionentheorie. Atombau. Chemie der Metalle und ihrer wichtigeren Verbindungen mit Berücksichtigung der Metallurgie.

Analytische Chemie (2 Stunden). Qualitative Analyse.

Chemisches Laboratorium (11 Stunden). Reaktionen der Metalle und der Metalloide. Qualitative Analyse.

Technisches Zeichnen (4 Stunden). Skizzieren, Quotieren und Zeichnen von Maschinenteilen, Transmissionen und Apparaten für die chemische Industrie.

III. Klasse (Sommerhalbjahr), 37 Stunden.

Experimentalphysik (4 Stunden). Geometrische Optik. Photometrie. Optische Instrumente. Dispersion und Polarisation des Lichtes.

Physikalisches Praktikum (3 Stunden). Prüfung der Wage und des Gewichtssatzes. Wägung nach der Schwingungsmethode. Bestimmung des spezifischen Gewichtes nach den verschiedenen Methoden. Kolorimetrie. Kalibrieren und Prüfen von Thermometern. Kalorimetrie. Dampfdichtebestimmung. Molekulargewichtsbestimmung durch Änderung von Siedepunkt und Erstarrungspunkt.

Beschreibende Maschinenlehre (4 Stunden). Kraftquellen und Kraftübertragungen. Wasserkraftanlagen. Dampfkraftanlagen einschließlich Dampfkessel. Verbrennungsmotoren. Einrichtungen für die Bewegung fester, flüssiger und gasförmiger Körper. Rohrleitungen und Abschließungen. Messung der Arbeit. Leistung und Wirkungsgrad der Kraft- und Arbeitsmaschinen. Kostenberechnungen für einige Kraftanlagen.

Organische Chemie (3 Stunden). Struktur der Kohlenstoffverbindungen. Verbindung der Fettreihe (I. Teil).

Technische Chemie (2 Stunden). Das Wasser (Trinkwasser, Gebrauchswasser der Technik). Industrie der Salze, Säuren und Alkalien (I. Teil).

Analytische Chemie (2 Stunden). Quantitative Analyse.

Mineralogie (3 Stunden). Elemente der Kristallographie; technisch wichtigere Minerale. Abriß der Petrographie und der Geologie.

Chemisches Laboratorium (16 Stunden). Quantitative Analyse.

IV. Klasse (Winterhalbjahr), 37 Stunden.

Buchhaltung (2 Stunden). Formen der Kapitalbeschaffung. Bankkredite. Zahlungsmittel: Geld, Wechsel, Scheck, Postgiro. Betreibung und Konkurs. Verkehr mit der Eisenbahn. Doppelte Buchhaltung. Durchführung eines kurzen Geschäftsganges. Kalkulation. Fabrikorganisation, Materialverwaltung, Lohnwesen.

Experimentalphysik (3 Stunden). Elektrizität und Magnetismus. Technische Anwendungen der Elektrizität.

Physikalisches Praktikum (3 Stunden). Photometrie. Spektralanalyse. Sacharimetrie. Messung elektrischer Widerstände fester und flüssiger Körper. Stromstärke- und Spannungsmessungen.

Beschreibende Maschinenlehre (4 Stunden). Heizung und Lüftung. Maschinen zum Zerkleinern, Mischen, Pressen, Trennen und Filtrieren. Vorrichtungen zum Schmelzen, Auflösen, Auslaugen und zum Verdichten. Kühlanlagen. Trockenanlagen.

Organische Chemie (6 Stunden). Verbindungen der Fettreihe (II. Teil). Benzolderivate (I. Teil).

Technische Chemie (2 Stunden). Industrie der Salze, Säuren und Alkalien (II. Teil). Elektrochemische Produkte. Chlorindustrie.

Farbstoffe (1 Stunde). Anorganische und Pflanzen-Farbstoffe. Roh- und Zwischenprodukte der Teerfarbstoffe.

Analytische Chemie (1 Stunde). Maßanalyse.

Chemisches Laboratorium (15 Stunden). Maßanalyse. Anorganische Präparate.

V. Klasse (Sommerhalbjahr), 37 Stunden.

Vaterlandskunde (2 Stunden).

a) Gemeinde, Bezirk, Kanton, Bund.
b) Geschichtliche Entwicklung der Verfassung der Schweiz.
c) Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der Bundesververfassung.

d) Grundlegende Darstellungen des wirtschaftlichen Lebens der Schweiz und ihrer Beziehungen zum Auslande.

Experimentalphysik (2 Stunden). Entladungen in verdünnten Gasen und Bau der Materie.

Mikroskopische Übungen (3 Stunden). Untersuchung der Stärkearten, Textilfasern, Gewebe, Papier, Gewürze, Gärungsorganismen.

Organische Chemie (3 Stunden). Benzolderivate (II. Teil). Heterozyklische Verbindungen.

Technische Chemie (5 Stunden). Düngerfabrikation. Heizungs- und Beleuchtungsmaterialien. Produkte der organisch-chemischen Industrie, I. Teil (Fette und Öle).

Farbstoffe (1 Stunde). Teerfarbstoffe.

Faserstoffe und Färberei (3 Stunden). Die für die Textilindustrie wichtigen tierischen und pflanzlichen Fasern. Bleichen, Beizen, Färben, Drucken und Appretieren.

Analytische Chemie (1 Stunde). Gasanalyse.

Chemisches Laboratorium (17 Stunden). Technische Analysen. Färbeversuche. Darstellung organischer Präparate.

VI. Klasse (Winterhalbjahr), 33 Stunden.

Technische Chemie (4 Stunden). Produkte der organisch-chemischen Industrie, II. Teil (Seife, Zucker, Stärke). Gärungsgewerbe, Mörtel, Zement, Glas.

Farbstoffe (1 Stunde). Teerfarbstoffe (Fortsetzung).

Färberei (3 Stunden). Wertbestimmung der in der Bleicherei, Färberei und Druckerei verwendeten Materialien.

Chemisches Laboratorium (25 Stunden). Technische und Gas-Analysen. Elementaranalysen. Lebensmitteluntersuchungen. Organische Präparate. Experimentelle Arbeiten auf Spezialgebieten.

Übersicht der Unterrichtsstunden.

Kurs	Klasse I. Std.	II. Std.	III. Std.	IV. Std.	V. Std.	VI. Std.	Total Std.
Deutsch	3	3	—	—	—	—	6
Rechnen	3	—	—	—	—	—	3
Algebra	3	3	—	—	—	—	6
Geometrie	3	3	—	—	—	—	6
Anorganische Chemie	7	6	—	—	—	—	13
Analytische Chemie	—	2	2	1	1	—	6
Laboratorium	4—6	11	16	15	17	25	88—90
Organische Chemie	—	—	3	6	3	—	12
Technische Chemie	—	—	2	2	5	4	13
Farbstoffe	—	—	—	1	1	1	3

	Klasse						
	I. Std.	II. Std.	III. Std.	IV. Std.	V. Std.	VI. Std.	Total Std.
Färberei	—	—	—	—	3	3	6
Mikroskopische Übungen	—	—	—	—	3	—	3
Experimentalphysik	4	4	4	3	2	—	17
Physikalische Übungen	—	—	3	3	—	—	6
Mineralogie	—	—	3	—	—	—	3
Zeichnen	7	4	—	—	—	—	11
Maschinenlehre	—	—	4	4	—	—	8
Buchhaltung	—	—	—	2	—	—	2
Vaterlandskunde	—	—	—	—	2	—	2
	34—36	36	37	37	37	33	218–216

---

3. Änderung des Lehrplans der Schule für Elektrotechniker. (Vom 24. Juni 1924.)

Der Lehrplan der Schule für Elektrotechnik am Technikum in Winterthur wurde dahin abgeändert, daß das Fachgebiet der Licht- und Kraftanlage gegliedert wird wie folgt:

4. Klasse. Licht- und Kraftanlagen I, eine Stunde. 1. Lichttechnik, 2. Beleuchtungstechnik, und eventuell 3. Installationstechnik.

5. Klasse. Licht- und Kraftanlagen II, drei Stunden. 1. Gleichstromanlagen, 2. Gleichstromleitungen und Netze, 3. Motorische Antriebe.

6. Klasse. Licht- und Kraftanlagen III, drei Stunden. 1. Wechselstromanlagen, Kraftwerke, 2. Apparate und Schaltanlagen, 3. Wechselstromleitungen und Netze, Bahnleitungen, 4. Hochspannungsleitungen.

---

4. Abänderung des Lehrplanes der kantonalen Handelsschule Zürich. (Erziehungsratsbeschluß vom 26. Februar 1924.)

I. Am Lehrplan der kantonalen Handelsschule wird folgende Änderung vorgenommen:

1. Das Fach der Warenlehre wird für alle 2. Klassen und für die 3. Klassen der fachlichen Abteilung obligatorisch erklärt. Immerhin gilt dieses Obligatorium nur bedingt, das heißt mit der gleichen Einschränkung, wie sie fürs Italienische besteht, wonach in einzelnen Fällen auf begründetes Gesuch des Vaters Befreiung gewährt werden kann. Für die 3. Klasse der Maturandenabteilung bleibt das Fach wie früher fakultativ.

2. Die Wochenstundenzahl der Betriebslehre in den 3. Klassen wird von 3 auf 2 herabgesetzt; die Beschränkung des im Lehrplan vorgeschriebenen Stoffes kann insbesondere durch Weglassung der ausgedehnten praktischen Übungen erfolgen.

3. Die Naturgeschichte im Winterhalbjahr der 3. Klasse wird fakultativ erklärt.

II. Diese Anordnung erfolgt zunächst probeweise für das Schuljahr 1924/25.

---

3. Universität.

5. Promotionsordnung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität. (Vom 5. Februar 1924.)

§ 1. Die Fakultät verleiht kraft der ihr gesetzlich zustehenden Befugnis die Würde eines Doktors beider Rechte (doctor juris utriusque) und eines Doktors der Volkswirtschaft (doctor œconomiæ publicæ).

A. Promotion auf eingereichte Bewerbung.

I. Bedingungen der Zulassung zur Prüfung.

§ 2. Für die Zulassung zur Prüfung ist erforderlich:

1. Der Ausweis genügender Vorbildung. Er wird erbracht durch das Maturitätszeugnis (Entlassungszeugnis) einer zürcherischen Mittelschule oder ein gleichwertiges Zeugnis.

   Von diesem Erfordernis kann auf Beschluß der Fakultät nur gegenüber Schweizer Bürgern, und zwar nur dann abgesehen werden, wenn der Mangel eines Maturitätszeugnisses hinreichend begründet und der Nachweis einer der Maturität entsprechenden Allgemeinbildung erbracht ist.

2. Der Ausweis genügender Hochschulstudien. Erforderlich ist ein durch den Besuch von Vorlesungen und die Beteiligung an Seminarübungen an einer Universität betätigtes Studium von mindestens sechs Semestern mit wenigstens je acht wöchentlichen Stunden. Es muß der Nachweis eines umfassenden Fachstudiums erbracht werden in dem Mindestumfang, wie es in dem durch die Fakultät aufgestellten Studienplan vorgesehen ist.

   Wenigstens zwei Semester muß der Kandidat an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich studiert haben; Dispensation hievon ist ausgeschlossen.

   Über die Anrechnung von an technischen oder Handelshochschulen verbrachten Semestern beschließt die Fakultät.

   Ausnahmsweise kann, wenn besondere Gründe, wie bei-

spielsweise praktische Tätigkeit, es rechtfertigen, auf Beschluß der Fakultät die Zulassung vor Vollendung eines sechssemestrigen Fachstudiums bewilligt werden.

II. Anmeldung zur Prüfung.

§ 3. Die Anmeldung zur Prüfung ist beim Dekan schriftlich einzureichen. Ihr sind beizulegen:

1. Das Maturitätszeugnis (Entlassungszeugnis, Abgangszeugnis);
2. ein genügendes amtliches Sitten- (Leumunds-) zeugnis;
3. eine Darstellung des Lebenslaufes, die insbesondere über den Studiengang und allfällige praktische Betätigung genauen Aufschluß gibt;
4. eine Zusammenstellung über das Fachstudium (Prüfungsfächer und die auf diese vorbereitenden und sie ergänzenden Vorlesungen und Übungen, § 2, Ziffer 2) und über allgemein bildende Studien, begleitet von den Studienausweisen;
5. die Bezeichnung der Fächer für die Klausurprüfung und für die mündliche Prüfung;
6. eine Dissertation;
7. die Quittung über die einbezahlten Gebühren (§ 31).

§ 4. Erklärt sich der Dekan oder ein anderes Fakultätsmitglied gegen die Zulassung eines Kandidaten, so entscheidet die Fakultät.

§ 5. Der Kandidat soll die gesamte Prüfung spätestens im Laufe des der Annahme der Dissertation folgenden Semesters zum Abschluß bringen.

III. Prüfung.

a) Dissertation.

§ 6. Die vom Kandidaten in deutscher, französischer oder italienischer Sprache verfaßte Dissertation soll den Nachweis der Befähigung zur Ausführung selbständiger wissenschaftlicher Arbeiten erbringen. Die Dissertation ist im Manuskript, jedoch in druckfertiger Gestalt vorzulegen. Doch kann ausnahmsweise auch eine bereits im Druck veröffentlichte Arbeit als Dissertation angenommen werden.

§ 7. Der Kandidat beider Rechte hat das Dissertationsthema aus einem juristischen Gebiet, der Kandidat der Volkswirtschaft hat es aus der Sozialökonomie (einschließlich der Wirtschaftsgeschichte), der Finanzwissenschaft oder der Statistik zu wählen.

§ 8. Die Annahme einer Dissertation, die ganz oder größtenteils auf einem aus sprachlichen oder andern Gründen von der Fakultät schwer nachprüfbaren Material beruht, kann nur auf besondern Beschluß der Fakultät erfolgen.

§ 9. Die Dissertation wird vom Dekan zuerst dem Vertreter des betreffenden Faches zur Begutachtung und Antragstellung und hierauf den übrigen Professoren vorgelegt. Erscheint sie als genügend, so wird der Kandidat zu den Klausurarbeiten zugelassen.

b) Klausurprüfungen.

§ 10. Der Kandidat beider Rechte hat eine Klausurarbeit aus dem römischen Recht und eine zweite nach seiner Wahl aus einem der übrigen in § 16 genannten Prüfungsfächer zu liefern.

Der Kandidat der Volkswirtschaft hat eine Klausurarbeit aus der Sozialökonomie und eine zweite nach seiner Wahl aus einem der übrigen, in § 17 genannten Prüfungsfächer zu liefern.

§ 11. Der Vertreter des betreffenden Klausurprüfungsfaches hat die Hilfsmittel, deren Benutzung bei der Klausurarbeit er gestattet, bei der Frage anzumerken. Die Klausur soll fünf Stunden nicht übersteigen.

§ 12. Die Klausurarbeit wird vom Dekan zuerst dem betreffenden Fachvertreter zur Begutachtung und Antragstellung und hierauf den übrigen Professoren vorgelegt.

§ 13. Die Wiederholung einer von der Fakultät für nicht genügend erklärten Klausurprüfung ist nur einmal gestattet. Sie kann frühestens nach Ablauf eines Monats und spätestens nach Ablauf von sechs Monaten nach Ablegung der ersten Klausurprüfung erfolgen.

§ 14. Wird auch eine zweite Klausurarbeit von der Fakultät als ungenügend erklärt, so ist der Kandidat von der weitern Prüfung ausgeschlossen.

c) Mündliche Prüfung.

§ 15. Durch die mündliche Prüfung soll ermittelt werden, ob der Kandidat die allgemeinen wissenschaftlichen Kenntnisse und die Fähigkeit zu selbständigem juristischem oder sozialökonomischem Denken besitzt. Die Prüfung dauert in der Regel zwei Stunden.

§ 16. Die mündliche Prüfung erstreckt sich für den Kandidaten beider Rechte auf:

1. a) Römisches Recht.
   b) Deutsches Privatrecht.
2. a) Schweizerisches Privatrecht.
   b) Handels- und Wechselrecht.
3. a) Zivilprozeßrecht (einschließlich Schuldbetreibungs- und Konkursrecht).
   b) Strafrecht und Strafprozeßrecht.
4. a) Schweizerisches Bundesstaatsrecht.
   b) Allgemeines oder schweizerisches (eidgenössisches und kantonales) Verwaltungsrecht, nach Wahl des Kandidaten.

§ 17. Die mündliche Prüfung erstreckt sich für den Kandidaten der Volkswirtschaft auf:

1. Theoretische (allgemeine) Sozialökonomie (einschließlich der Geschichte der Sozialökonomie).
2. Praktische (spezielle) Sozialökonomie.
3. Finanzwissenschaft.
4. Schweizerisches Bundesstaatsrecht.
5. Statistik
   oder
   Allgemeine Privatwirtschaftslehre.
6. Allgemeines oder schweizerisches (eidgenössisches und kantonales) Verwaltungsrecht
   oder
   Schweizerisches Handels- und Wechselrecht.
7. Schweizerische Volkswirtschaftspolitik
   oder
   Wirtschaftsgeschichte
   oder
   Wirtschaftsgeographie
   oder
   eines der beiden vom Kandidaten nicht gewählten, unter Ziffer 5 und 6 genannten alternativ-obligatorischen Fächer.

§ 18. Hat der Kandidat die mündliche Prüfung nicht in allen Prüfungsfächern bestanden, so nennt ihm der Dekan die Prüfungsfächer, in denen er nach dem Urteil der Fakultät nicht die nötige Befähigung erwiesen hat, und eröffnet ihm, in welchem Umfange er eine Nachprüfung zu bestehen hat. Diese Nachprüfung kann nicht früher als sechs und nicht später als zwölf Monate nach dem Datum der ersten mündlichen Prüfung erfolgen.

Besteht der Kandidat die Nachprüfung auch nur in einem Fache nicht, so ist er endgültig abgewiesen.

d) Besondere Bestimmungen für die Kandidaten beider Rechte.

§ 19. Ausländer haben das Recht, für die Klausurprüfung und die mündliche Prüfung an Stelle des schweizerischen Privatrechts deutsches oder französisches Privatrecht (je einschließlich Handels- und Wechselrecht), an Stelle des schweizerischen Bundesstaatsrechts allgemeines Staatsrecht zu wählen.

e) Besondere Bestimmungen für die Kandidaten der Volkswirtschaft.

§ 20. Die Kandidaten der Volkswirtschaft sind in Abweichung von den Bestimmungen des § 3, Ziff. 6, § 5 und § 9 berechtigt, die Prüfung mit den Klausuren zu beginnen, sich sodann innerhalb der folgenden sechs Monate der mündlichen Prüfung zu unterziehen und erst nach erfolgreicher Absolvierung dieser Prüfungen die Dissertation einzureichen.

In diesem Falle soll die Dissertation spätestens innerhalb zwei Jahren nach der bestandenen mündlichen Prüfung eingereicht werden. Auf begründetes Gesuch hin kann die Fakultät diese Frist ein Mal um höchstens ein Jahr verlängern.

Kandidaten, die von den vorstehenden besonderen Bestimmungen Gebrauch machen, haben sich nach erfolgter Annahme der Dissertation einem vom Dekan anzusetzenden Kolloquium zu unterziehen, das, ausgehend vom Thema der Dissertation, sich auf das gesamte Gebiet, dem die Dissertation entnommen war, erstreckt und in der Regel eine halbe Stunde dauert.

§ 21. Ausländer sind berechtigt, für die mündliche Prüfung an Stelle des schweizerischen Bundesstaatsrechts allgemeines Staatsrecht, an Stelle des schweizerischen Handels- und Wechselrechts deutsches oder französisches Handels- und Wechselrecht zu wählen.

§ 22. Für die Kandidaten, die das Diplom für das höhere Lehramt in den Handelsfächern an der Universität Zürich erworben haben, fällt die mündliche Prüfung in allen denjenigen Fächern weg, die bereits Gegenstand jener Diplomprüfung waren und in denen die Prüfung mindestens mit dem Prädikat „gut“ bestanden wurde.

IV. Prüfungsergebnis.

§ 23. Die Fakultät stellt auf Antrag der Fachvertreter das Ergebnis der Bewertung der Dissertation und der Klausurarbeiten, sowie der mündlichen Prüfung fest.

§ 24. Es werden folgende Gesamtnoten erteilt:
vorzüglich (summa cum laude),
sehr gut (magna cum laude),
gut (cum laude),
befriedigend (rite).

§ 25. Sollte es sich ergeben, daß ein Kandidat die Dissertation nicht selbständig verfaßt oder die Klausurarbeiten mit unerlaubter Hilfe angefertigt hat, so ist er durch Beschluß der Fakultät von der Prüfung auszuschließen. Eine bereits erfolgte Ernennung zum Doktor ist durch Fakultätsbeschluß als ungültig zu erklären.

V. Drucklegung der Dissertation.

§ 26. Nach bestandener Prüfung hat der Kandidat die Dissertation in der Form, wie sie von der Fakultät genehmigt wurde, drucken zu lassen. Der Referent hat das Recht, die Drucklegung zu überwachen.

Innerhalb eines Jahres sind der Universitätskanzlei 170 Pflichtexemplare abzuliefern.

Die Pflichtexemplare müssen, um angenommen zu werden, ein vom Dekan zu genehmigendes Titelblatt tragen.

Auf der letzten Seite der Dissertation soll ein kurzgefaßter Lebenslauf beigefügt werden.

Werden die 170 Pflichtexemplare nicht innerhalb eines Jahres nach dem mündlichen Examen der Universitätskanzlei abgeliefert, so unterbleibt die Ernennung zum Doktor. Gesuche um Dispens von dieser Vorschrift sind vor Ablauf der Frist und unter Darlegung erheblicher Gründe schriftlich der Fakultät vorzulegen.

Wünscht der Kandidat eine Verlängerung der Frist, so hat er eine Kaution von Fr. 200 zu hinterlegen. Wenn auch diese Frist abläuft, so verfällt die Kaution, und die Erteilung des Doktortitels wird verweigert.

§ 27. Gleichzeitig mit der Ablieferung der Pflichtexemplare hat der Kandidat die schriftliche Erklärung abzugeben, daß er sich verpflichtet, falls er seine Dissertation wesentlich unverändert im Buchhandel erscheinen lassen sollte, die Publikation im Titel oder Vorwort als Abdruck (erweiterter, abgeänderter u. s. w. Abdruck) der der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich vorgelegten Dissertation zu bezeichnen.

§ 28. Die Fakultät kann ausnahmsweise die Drucklegung bloß eines Teiles der Dissertation gestatten. Bei besonderen finanziellen Verhältnissen des Kandidaten kann sie Dispens vom Druckzwang gewähren.

Die Fakultät kann die Drucklegung guter Arbeiten unbemittelter Kandidaten durch Beiträge unterstützen. Die Größe des Beitrages wird in jedem einzelnen Falle bestimmt. Bei dieser Beitragsleistung finden allfällig verfallene Kautionen (§ 26) und, sofern die „Satzungen des Meili-Fonds der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich" erfüllt sind, auch Mittel dieses Fonds Verwertung.

VI. Ausfertigung des Doktordiploms.

§ 29. Die Ernennung zum Doktor erfolgt durch die Aushändigung des unterzeichneten Diploms.

Die Führung des Doktortitels vor Aushändigung des Diploms ist untersagt.

Die Ausfertigung des Doktordiploms erfolgt nur, wenn der Kandidat die 170 Pflichtexemplare eingereicht hat oder wenn ihm durch Fakultätsbeschluß Dispens vom Druckzwang gewährt worden ist.

Das Diplom wird in deutscher oder, auf besondern Wunsch des Kandidaten, in lateinischer Sprache abgefaßt, gedruckt und mit dem Siegel der Universität und der Fakultät, sowie den Unterschriften des Rektors, des Dekans und des Aktuars der Fakultät versehen.

§ 30. Neben dem Hauptdiplom, das dem Kandidaten eingehändigt wird, sind noch zwei Abdrücke anzufertigen, die im Archiv der Fakultät niederzulegen sind; weitere Abdrücke werden nur auf ausdrückliches Verlangen des Kandidaten hergestellt.

Jede Doktorpromotion ist im „Amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich" zu veröffentlichen.

VII. Gebühren.

§ 31. Die Gebühren für die Prüfung betragen Fr. 350. Sie sind bei der Universitätskanzlei einzuzahlen (§ 3, Ziffer 7).

Überdies hat der Kandidat die Kosten für den Druck des Diploms zu bestreiten.

§ 32. Von den Gebühren hat der Kandidat Fr. 150 mit der Anmeldung zur Prüfung einzuzahlen.

Wird der Bewerber zur mündlichen Doktorprüfung nicht zugelassen, weil die Dissertation oder die Klausurarbeiten nicht befriedigend ausgefallen sind, so erhält der Kandidat das Einbezahlte zurück, mit Ausnahme der den Fachvertretern für die Begutachtung der Dissertation und der Klausurarbeiten zukommenden Gebühren.

Der Rest der Gebühren ist acht Tage vor der mündlichen Prüfung zu erlegen.

Unterzieht sich der Kandidat der Volkswirtschaft der Prüfung nach den Bestimmungen des § 20, so hat er bei der Anmeldung zur Prüfung ebenfalls Fr. 150, acht Tage vor der mündlichen Prüfung weitere Fr. 150 und die verbleibenden Fr. 50 mit der Einreichung der Dissertation einzuzahlen.

§ 33. Bei einer Wiederholung der mündlichen Prüfung (§ 18) ist die Hälfte der in § 31 festgesetzten Gebühren zu entrichten; doch kann die Fakultät auch eine weitergehende Ermäßigung gewähren.

§ 34. Unbemittelten Kandidaten, die wenigstens vier Semester mit großem Fleiß an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich studiert haben, kann die Fakultät auf ein mit Belegen versehenes Gesuch die Gebühren erlassen, mit Ausnahme jener für die Begutachtung der Dissertation, sowie derjenigen, die der Zentralbibliothek und der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse zufallen. Jedoch soll dem Gesuche nur entsprochen werden, wenn dem Kandidaten für die gleichzeitig einzureichende Dissertation von der Fakultät mindestens das Urteil sehr gut (magna cum laude) zuerkannt wird.

B. Ehrenpromotion.

§ 35. Für hervorragende Verdienste um die Rechts- oder die Wirtschaftswissenschaft in theoretischer oder praktischer Beziehung kann die Fakultät die Würde des Doktors beider Rechte oder des Doktors der Volkswirtschaft ehrenhalber verleihen.

§ 36. Der Antrag auf eine Ehrenpromotion muß von einem Fakultätsmitglied schriftlich beim Dekan gestellt und begründet werden.

§ 37. Der Dekan setzt die Fakultät von dem Ehrenpromotionsantrag in Kenntnis. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses müssen mindestens ¾ der Fakultätsmitglieder anwesend sein. Die Entscheidung über den Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so ist der Antrag abgelehnt.

§ 38. Die Fakultät beschließt von Fall zu Fall, in welcher Sprache das Diplom anzufertigen ist. Im übrigen finden mit Bezug auf die Ausfertigung des Diploms und die Bekanntmachung der Promotion die §§ 29 und 30 entsprechende Anwendung. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse.

Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 39. Die in der Promotionsordnung nicht ausdrücklich geregelten Spezialfragen werden durch Fakultätsbeschluß geordnet.

§ 40. Diese Promotionsordnung tritt mit dem Wintersemester 1924/25 in Kraft. Durch sie wird die Promotionsordnung vom 8. Mai 1923 aufgehoben.

Eine Ablegung der Prüfung nach den Promotionsordnungen vom 16. Januar 1917 oder vom 8. Mai 1923 kann auf eingereichtes Gesuch hin ausnahmsweise von der Fakultät auch noch für das Wintersemester 1924/25 bewilligt werden.

---

6. Promotionsordnung der philosophischen Fakultät I (philosophisch-philologisch-historische Richtung) der Universität Zürich. (Vom 21. Oktober 1924.)

§ 1. Gemäß § 139 des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen des Kantons Zürich vom 23. Christmonat 1859 steht der philosophischen Fakultät I das Recht zu, die Würde eines Doktors der Philosophie zu erteilen.

§ 2. Die philosophische Fakultät I erteilt die Doktorwürde:

1. infolge einer Bewerbung auf Grundlage einer wissenschaftlichen Abhandlung und einer Prüfung;
2. ohne vorangegangene Bewerbung von sich aus und unentgeltlich auf Grund anerkannter Verdienste um Wissenchaft oder Kunst (Ehrenpromotion).

I. Promotion infolge Bewerbung.

§ 3. Die Bewerbung erfolgt beim Dekan der Fakultät durch ein schriftliches Gesuch, in dem der Bewerber sein Hauptfach, sowie ein erstes und zweites Nebenfach zu bezeichnen hat. Wird als Hauptfach Philosophie gewählt, so muß in Anbetracht des Umfangs dieser Disziplin nur ein Nebenfach hinzugenommen werden.

Wünscht der Bewerber eines der Nebenfächer einer andern Fakultät zu entnehmen, so hat er dies in seinem Gesuche zu begründen. Als fremdes Hauptfach kommt nur Sozialökonomie in Frage. Doch bedarf es auch hiezu in jedem Falle einer Genehmigung der Fakultät. Mehr als ein fremdes Fach wird nicht zugelassen.

In keinem Falle sollen weniger als zwei Mitglieder der Fakultät prüfen.

§ 4. Dem Gesuche hat der Bewerber beizulegen:

1. Einen Abriß seines Lebens- und Studienganges;
2. entsprechend seinem Bildungsgang einen der nachfolgenden Ausweise:
   a) Das Reifezeugnis des Gymnasiums oder der Industrieschulen in Zürich und Winterthur oder einer andern, diesen gleichwertigen Anstalt,
   b) das von einer eidgenössischen oder kantonalen Behörde auf Grund besonderer Prüfung ausgestellte Reifezeugnis,
   c) das Zeugnis über das vor der zürcherischen Maturitätsprüfungskommission bestandene Ergänzungsexamen,
   d) das Fähigkeitszeugnis des zürcherischen oder eines diesem gleichwertigen schweizerischen Lehrerseminars;

   (Für Ausländer gelten nur die unter a, b und c angeführten Ausweise.)
3. genügende Zeugnisse über ein Fachstudium von mindestens sechs vollen Semestern, von denen mindestens zwei an der Zürcher Universität zugebracht sein müssen; über die Anrechnung von Semestern, während deren der Bewerber an einer andern Fakultät oder an technischen Hochschulen studiert oder gehört hat, entscheidet in jedem einzelnen Falle die Fakultät;
4. eine druckfertige, leicht lesbare wissenschaftliche Abhandlung, deren Gegenstand in der Regel dem vorgeschlagenen Hauptfache entnommen sein muß; der Bewerber hat die schriftliche Erklärung beizufügen, daß sie von ihm selbst, ohne unerlaubte Beihilfe, verfaßt worden ist;
5. das Diplom für das höhere Lehramt, sofern der Bewerber das zürcherische Staatsexamen bestanden hat (§ 17).

§ 5. Der Bewerber hat sich außerdem über hinreichende Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift auszuweisen.

§ 6. In Ausnahmefällen, die jedoch einem Beschlusse der Fakultät unterliegen, kann an Stelle der Abhandlung in Manuskript (§ 4, Ziffer 4) eine Druckschrift angenommen werden.

§ 7. Nur diejenigen Bewerber, die ihre Abhandlung spätestens acht Wochen vor Semesterschluß einreichen, könen auf Erledigung der Promotion im gleichen Semester Anspruch machen.

§ 8. Zur Wegleitung dient nachfolgendes Verzeichnis der wesentlichen Haupt- und Nebenfächer:

A. Hauptfächer.

1. Abteilung: Philosophie und Pädagogik.

Philosophie (Geschichte der Philosophie, Logik und Erkenntnistheorie, Ethik, Ästhetik, Psychologie oder physiologische Psychologie); vgl. § 3.

Pädagogik (Geschichte der Pädagogik und der Philosophie, allgemeine Pädagogik, Ethik, Psychologie oder physiologische Psychologie).

2. Abteilung: Sprach- und Altertumswissenschaft; Literaturgeschichte.

(Ausweis über Kenntnis des Lateins.)

Semitische Sprachwissenschaft.
Hebräische Sprache und Literatur.
Arabische Sprache und Literatur.
Sprachen des islamischen Orients (Arabisch, Persisch, Türkisch).
Indogermanische Sprachwissenschaft.
Indische Philologie.
Griechische Philologie (mit Einschluß der Sprachgeschichte).
Lateinische Philologie (mit Einschluß der Sprachgeschichte).
Klassische Archäologie (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Vergleichende Geschichte der germanischen Sprachen.
Geschichte der deutschen Sprache und Literatur (Gotisch inbegriffen).
Geschichte der Sprache und Literatur Englands (Angelsächsisch inbegriffen).
Vergleichende Geschichte der romanischen Sprachen.
Geschichte der Sprache und Literatur Frankreichs (Provenzalisch inbegriffen).
Geschichte der Sprache und Literatur Italiens.
Geschichte der Sprache und Literatur Spaniens.

3. Abteilung: Geschichte, Kunstgeschichte und Musikwissenschaft.

(Ausweis über Kenntnis des Lateins.)

Allgemeine Geschichte.
Alte Geschichte und Geographie nebst Quellenkunde (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Schweizer Geschichte und schweizerische Verfassungskunde (unter Voraussetzung der Kenntnis der allgemeinen Geschichte).
Geschichte der alten und der neueren Kunst.
Musikwissenschaft.

B. Nebenfächer.

Als solche können alle Hauptfächer dienen und außerdem noch folgende Spezialfächer:

1. Abteilung: Philosophie und Pädagogik.

Geschichte der antiken Philosophie (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Geschichte der neueren Philosophie (unter Voraussetzung der Kenntnis der wichtigsten Erscheinungen der alten Philosophie).
Psychologie oder physiologische Psychologie.
Ästhetik oder Ethik (unter Voraussetzung der Kenntnis der Psychologie oder der Geschichte der Philosophie).
Logik und Erkenntnistheorie.
Pädagogik (Allgemeine Pädagogik und Geschichte der Pädagogik).

2. Abteilung: Sprach- und Altertumswissenschaft; Literaturgeschichte.

Syrische Sprache und Literatur.
Neupersisch.
Türkisch.
Sanskrit.
Griechische Sprache und Literatur.
Lateinische Sprache und Literatur.
Geschichte der deutschen Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch mittelhochdeutsche Texte zu verstehen).
Geschichte der deutschen Literatur seit Goethes Tod im Zusammenhang mit der allgemeinen Kulturbewegung (unter Voraussetzung der Kenntnis der wichtigsten Erscheinungen der früheren Literatur).
Altisländisch.
Deutsche Sprachgeschichte.
Deutsche Altertümer.
Angelsächsische Sprache und Literatur.
Englische Literatur (mit Kenntnis der älteren wie auch der modernen Sprache).
Französische Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch altfranzösische und provenzalische Texte zu verstehen).
Geschichte der französischen (und provenzalischen) Sprache.
Italienische Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch altitalienische Texte zu verstehen).
Geschichte der italienischen Sprache.
Geschichte der rätischen Sprache und Literatur.

3. Abteilung: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Kunstgeschichte.

Alte Geschichte.
Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit.
Islamkunde.
Kirchengeschichte.
Allgemeine Religionsgeschichte.
Paläographie und Diplomatik.
Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit (unter Voraussetzung der Kenntnis der allgemeinen Geschichte).
Geschichte der alten oder der neueren Kunst.

§ 9. Die vom Bewerber gewählten Nebenfächer dürfen nicht in seinem Hauptfache enthalten sein.

Über die Zulassung zur Prüfung in Fächern, die in § 8 nicht aufgeführt sind, entscheidet die Fakultät.

§ 10. Wenn der Ausweis über Kenntnis des Lateins nicht in den in § 4, Ziffer 2, genannten Papieren enthalten oder sonstwie durch das Zeugnis einer Behörde erbracht ist, so wird vor der Zulassung von einem Fachvertreter, der ein Mitglied der Fakultät sein muß, eine kurze Prüfung in Latein vorgenommen. Über die Wahl des Prüfenden (auch für allfällige Wiederholung der Prüfung) entscheidet in Verbindung mit den Fachvertretern der Dekan.

Das gleiche gilt für den Ausweis über Kenntnis des Griechischen bei den Fächern, wo dieses verlangt ist.

§ 11. Der Dekan übermittelt die Abhandlung zur Prüfung und Begutachtung einem oder zwei Referenten aus der Zahl derjenigen Professoren, in deren Fach der Gegenstand der Abhandlung fällt. Im Falle des Bedürfnisses ist er befugt, ein Mitglied einer anderen Fakultät oder einen Privatdozenten um Übernahme eines Referates zu ersuchen.

Die Referenten erstatten über die Abhandlung ein schriftliches Gutachten und stellen Antrag über die Zulassung des Bewerbers zur Prüfung. Abhandlung und Gutachten sind spätestens vier Tage vor dem mündlichen Examen für die Mitglieder der Fakultät in der Kanzlei der Universität zur Einsicht aufzulegen.

§ 12. Die Zulassung zur Prüfung ist gewährt, wenn sie von den Referenten bedingungslos beantragt wird. Der Dekan trifft alsdann die Anordnungen zur Prüfung. Der Bewerber wird zugelassen, wenn alle Bedingungen erfüllt sind. Sind die Referenten geteilter Meinung oder wünschen sie einen Entscheid der Fakultät, so stimmt diese über die Zulassung ab.

Im Falle der Nichtzulassung steht dem Bewerber nach sechs Monaten das Recht zu neuer Anmeldung zu.

§ 13. Die Prüfung zerfällt in einen schriftlichen und einen mündlichen Teil; der schriftlichen Prüfung hat die mündliche in kürzester Frist zu folgen.

§ 14. Die schriftliche Prüfung besteht:

1. In der Bearbeitung einer Aufgabe, die der Bewerber innerhalb dreier Tage zu Hause, unter freier Benützung der wissenschaftlichen Hilfsmittel, zu lösen hat;
2. in einer Klausurarbeit, die innerhalb vier Stunden, ohne Hilfsmittel, anzufertigen ist.

Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung und die Sprache, in der sie zu bearbeiten sind, werden von denjenigen Professoren bestimmt, die die vom Examinanden gewählten Fächer vertreten.

In der Regel soll die Hausarbeit dem ersten Nebenfache, die Klausurarbeit dem Hauptfach entnommen sein. Wird im Hauptfach von zwei Dozenten geprüft, so soll womöglich die Klausurarbeit bei dem Dozenten gemacht werden, der nicht die Abhandlung begutachtet hat.

§ 15. Die schriftlichen Arbeiten werden von den Professoren, die das Thema gestellt haben, zensiert und samt der Beurteilung dem Dekan eingehändigt.

§ 16. Die mündliche Prüfung in den drei gewählten Fächern findet vor versammelter Fakultät statt und dauert längstens 2½ Stunden.

§ 17. Den Bewerbern, die die Diplomprüfung für Kandidaten des höheren Lehramtes in philologisch-historischen Fächern an der Universität Zürich bestanden haben, wird die schriftliche Prüfung ganz erlassen und die mündliche auf 1½ Stunden beschränkt.

§ 18. Der Dekan bestimmt den Termin der mündlichen Prüfung und setzt die Mitglieder der Fakultät durch besondere Einladung davon in Kenntnis.

§ 19. Die Examinatoren werden vom Dekan nach Besprechung mit den Vertretern der Prüfungsfächer bestimmt. Der Dekan ist befugt, nötigenfalls Mitglieder einer andern Fakultät oder Privatdozenten als Examinatoren zuzuziehen.

§ 20. Nach Beendigung der mündlichen Prüfung nimmt die Fakultät die Beratung und Abstimmung über das Ergebnis vor. Stimmt ein Viertel der Anwesenden Nein, so ist die Prüfung nicht bestanden.

§ 21. Die Zensurausdrücke für die Prüfung sind:

1. Summa cum laude: vorzüglich.

   Diese Zensur wird nur erteilt auf Grund hervorragender Leistungen in allen Fächern der Prüfung, auch in der Haus- und Klausurarbeit, und wenn sich mindestens zwei Drittel der anwesenden Fakultätsmitglieder dafür aussprechen.

2. Magna cum laude: sehr gut.
3. Cum laude: gut.
4. Rite: befriedigend.

Außerdem wird der eingereichten Abhandlung auf Grund eines Antrages des Referenten ein besonderes Prädikat erteilt.

§ 22. Unmittelbar nach der Abstimmung teilt der Dekan dem Kandidaten das Ergebnis der Prüfung und das der Abhandlung gegebene Prädikat mit.

§ 23. Ein abgewiesener Bewerber kann die Prüfung nicht früher als drei Monate und in der Regel nicht später als ein Jahr nach dem ersten Examen wiederholen. Der Dekan bezeichnet ihm die Gebiete, in denen er nach dem Urteil der Fakultät nicht die nötige Befähigung bewiesen hat. Die Fakultät entscheidet, ob auch schriftliche Prüfungen zu wiederholen seien.

§ 24. Ist ein Bewerber zweimal abgewiesen worden, so wird eine weitere Meldung von ihm nicht angenommen.

§ 25. Nach bestandener Prüfung hat der Bewerber seine Abhandlung innerhalb Jahresfrist drucken zu lassen und der Kanzlei der Universität 200 Exemplare abzuliefern. Das Titelblatt ist nach Vorschrift auszuführen. Der Lebenslauf ist der Arbeit beizudrucken. Der endgültige Druck darf erst nach Genehmigung des Titelblattes und des Lebenslaufes durch den Dekan erfolgen.

Abhandlungen, die als Sonderabzüge von Zeitschriften herauskommen, sollen als solche gekennzeichnet werden.

Die Abhandlung ist in derjenigen Sprache zu drucken, in der sie zur Begutachtung vorgelegen hat.

Der Referent hat sich zu überzeugen, ob allfällig verlangte formelle oder inhaltliche Änderungen angebracht sind. Ist dies nicht der Fall, so ist ein Neudruck zu fordern.

§ 26. Bei einer Abhandlung größern Umfangs kann ausnahmsweise die Fakultät den Druck eines in sich abgeschlossenen Teiles gestatten. Solche Teildrucke müssen mindestens 48 Druckseiten umfassen. Sie sollen eine gedruckte Angabe über den Inhalt und Aufbewahrungsort oder eventuell über den an anderer Stelle erfolgenden Druck der vollständigen Arbeit enthalten. Das bereinigte Original der vollständigen Arbeit ist, sofern diese nicht an

anderer Stelle im vollen Umfang gedruckt werden kann, mit dem Teildruck in leicht leserlicher Handschrift oder Maschinenschrift an die Kanzlei der Universität abzuliefern. Die Arbeit wird, nachdem sie vom Referenten eingesehen und richtig befunden worden ist, den Handschriften der Zürcher Zentralbibliothek zugewiesen.

§ 27. Wenn nach Ablauf eines Jahres die Einlieferung der Druckexemplare nicht vorschriftsgemäß stattgefunden oder die Fakultät nicht ausnahmsweise auf schriftliches Ansuchen des Bewerbers eine Verlängerung der Frist bewilligt hat, so wird das ganze Examen hinfällig.

§ 28. Von den eingereichten Exemplaren erhalten der (die) Referent(en) zwei, der Rektor, jedes Mitglied der Fakultät, des Erziehungsrates und der Hochschulkommission, das Archiv der Fakultät und des Senates, sowie die betreffende Seminarbibliothek je ein Exemplar. 80 Exemplare werden an die Zentralbibliothek abgeliefert.

§ 29. Sobald die Exemplare vollzählig abgeliefert und die Druckkosten des Diploms einbezahlt sind, macht der Dekan die Promotion im „Amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich" bekannt; sie wird datiert vom Tage der Ablieferung der Pflichtexemplare.

§ 30. Das Diplom wird auf Kosten des Bewerbers angefertigt und soll das Datum und das Ergebnis der Prüfung, sowie das der Abhandlung erteilte Prädikat enthalten. Das Diplom wird je nach dem Wunsch des Bewerbers in lateinischer oder deutscher Sprache ausgestellt.

§ 31. Das Diplom erhält das Datum der Ablieferung der Pflichtexemplare; es wird einerseits vom Rektor, anderseits vom Dekan und vom Aktuar der Fakultät unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität und dem der philosophischen Fakultät versehen. Der Bewerber ist erst vom Zeitpunkt des Empfangs des Diploms an berechtigt, den Doktortitel zu führen.

§ 32. Von dem Diplom werden 10 Sonderabzüge angefertigt; davon erhält der Bewerber 2 Exemplare; je ein Exemplar wird dem Archiv der Fakultät und dem des Senates einverleibt.

§ 33. Die Gebühren für die Promotion betragen im ganzen 350 Fr.

1. Für die Prüfung der Abhandlung und der schriftlichen Arbeiten sind bei der Anmeldung 80 Fr. der Kanzlei der Universität zuhanden des Dekans zu bezahlen. Diese Summe bleibt verfallen, auch wenn der Bewerber wegen Mangelhaftigkeit der eingereichten Abhandlung nicht zu Prüfungen zugelassen werden sollte. Bei erneuter Meldung gilt diese

Gebühr als bezahlt, außer wenn eine völlig neue Abhandlung abgeliefert wird.

2. Für die mündliche Prüfung sind spätestens acht Tage vorher 270 Fr. zu bezahlen. Wenn der Bewerber abgewiesen wird, bleiben davon 135 Fr. verfallen. Für eine zweite Prüfung sind nur noch 135 Fr. zu bezahlen.

§ 34. Für die Prüfung zur Erlangung des Ausweises über Kenntnis des Griechischen oder des Lateinischen ist eine Gebühr von 10 Fr. zu entrichten.

II. Promotion ohne vorangegangene Bewerbung. (Ehrenpromotion.)

§ 35. Der Antrag auf Ehrenpromotion muß von einem Mitgliede der Fakultät schriftlich bei dem Dekan gestellt und begründet werden.

§ 36. Der Dekan setzt die Mitglieder der Fakultät von dem Antrage in Kenntnis und bestimmt den Termin für die entscheidende Versammlung der Fakultät.

§ 37. Die Fakultät entscheidet über den Antrag durch geheime Abstimmung. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion und stimmen nicht mindestens drei Vierteile der Fakultätsmitglieder für dieselbe, so ist der Antrag abgelehnt.

§ 38. Die Promotion wird im „Amtlichen Schulblatt" bekannt gemacht. Die Kosten des Diploms fallen zu Lasten der Staatskasse.

Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 39. Die vorstehende Promotionsordnung ersetzt diejenige vom 16. Januar 1917 und die Verfügung der Erziehungsdirektion zwecks Erleichterungen für den Druck der Dissertationen vom 29. Juni 1921; sie tritt auf Beginn des Wintersemesters 1924/25 in Kraft.

Diejenigen Studierenden, die während der Gültigkeit der bisherigen Promotionsordnung immatrikuliert worden sind, haben bis zum 1. Januar 1926 die Wahl, die Prüfung nach der vorliegenden oder nach der bisherigen Promotionsordnung abzulegen.

---

7. Abänderung der Studienordnung der veterinär-medizinischen Fakultät der Universität Zürich. (Erziehungsratsbeschluß vom 26. Februar 1924.)

Die von der veterinär-medizinischen Fakultät vorgesehenen Ergänzungen des Studienprogrammes der Fakultät vom 2. Juli

1918 mit Einbezug des obligatorischen Besuchs der ambulatorischen Klinik während aller vier klinischen Semester werden genehmigt in der Meinung, daß eine angemessene Verteilung der Stunden für die medizinische und chirurgische Pferdeklinik und für die Buiatrik durchgeführt werde.

---

8. Änderung der Statuten für die Studierenden und Auditoren der Universität Zürich. (Vom 24. Juni 1924.)

I. Die Statuten für die Studierenden und Auditoren der Universität Zürich vom 29. August 1922 werden, soweit sie die Gebührenzuschläge der Ausländer betreffen, in Revision gezogen und abgeändert, wie folgt:

§ 7. Die Bewerber haben spätestens einen Tag vor der Immatrikulation in der Universitätskanzlei ein Anmeldeformular auszufüllen, sowie ihre Wohnung anzuzeigen und das Formular mit den in § 2 verlangten Ausweisen der Kanzlei zuhanden des Rektors abzugeben. Ist die Immatrikulation vom Rektor bewilligt, so hat der Betreffende in der Kanzlei sich in das Matrikelbuch einzutragen und die Immatrikulations- und Kanzleigebühr zu entrichten. Diese beträgt bei erstmaliger Immatrikulation an der Universität Zürich:

a) Für Schweizer, sowie für Ausländer, die selbst oder deren Eltern seit mindestens zwei Jahren in der Schweiz niedergelassen sind und Vermögen oder Einkommen versteuern: Fr. 17.—, inbegriffen Fr. 5.— Kanzleigebühr;
b) für die übrigen Ausländer: Fr. 32.—, inbegriffen Fr. 20.— Kanzleigebühr.

Wer eine innerhalb der letzten fünf Jahre ausgestellte Exmatrikel der Zürcher Universität oder einer andern Universität der Schweiz oder des deutschen Sprachgebietes oder der Eidgenössischen Technischen Hochschule beibringt oder infolge Ablaufs der Matrikel nach 12 Semestern die Immatrikulation zu erneuern hat, bezahlt Fr. 11.—, wenn er Schweizer, und Fr. 26.—, wenn er Ausländer ist.

Stipendiaten des zürcherischen Staates wird das Einschreibegeld und die Hälfte der Kanzleigebühr zurückerstattet.

§ 12. Jeder Studierende hat bei Anlaß der Einbezahlung des Kollegiengeldes (§ 15) einen Semesterbeitrag von Fr. 16.— zu entrichten. Hievon fallen Fr. 5.— an die Kranken- und Unfallkasse, Fr. 2.— an die Kasse der Studentenschaft (§ 38) für allgemeine Unkosten, Fr. 2.— an die Wohlfahrtseinrichtungen, Fr. 2.— an die studentische Unterstützungskasse und Fr. 5.— an die Bibliotheken und Sammlungen.

Zürcherische Staatsstipendiaten haben die Hälfte dieser Beträge zu entrichten.

Jeder Studierende hat außerdem an das Hochschulsanatorium einen Beitrag von Fr. 5.— im Semester zu entrichten.

§ 49. Auditoren, die mehr als acht Stunden belegen, entrichten eine Einschreibegebühr von Fr. 5.— und einen Semesterbeitrag von Fr. 5.— an die Bibliotheken und Sammlungen; sie erwerben sich damit das Recht zu deren Benutzung. Bei einer nachfolgenden Immatrikulation wird die vom Auditor bezahlte Einschreibegebühr angerechnet.

Die Kollegiengelder sind in gleicher Höhe und in den ersten drei Wochen des Semesters wie von dem immatrikulierten Studierenden zu entrichten.

II. Diese abgeänderten Bestimmungen treten auf Beginn des Wintersemesters 1924/25 in Kraft.

---

4. Lehrerschaft aller Stufen.

9. Abänderung der Verordnung über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Lehrerpersonals der kantonalen Mittelschulen. (Vom 7. Juli 1924.)

Der Regierungsrat,
nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion,
beschließt:

I. Die Verordnung über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Lehrerpersonals der kantonalen Mittelschulen vom 10. Januar 1921 wird abgeändert wie folgt:

1. § 1, Ziffer I: Die Jahresbesoldung der vollbeschäftigten Lehrer wissenschaftlicher Fächer mit abgeschlossener wissenschaftlicher Bildung beträgt:
   a) Am Gymnasium, an der Industrieschule und der Handelsschule in Zürich: Fr. 7960—11,500;
   b) am Lehrerseminar in Küsnacht, an der Kantonsschule und dem Technikum in Winterthur: Fr. 7940—11,300;
2. § 8: Vikare erhalten für die erteilte Unterrichtsstunde eine Entschädigung von Fr. 6—7.

II. In den übrigen Bestimmungen tritt keine Änderung ein.

III. Diese abgeänderten Bestimmungen treten nach ihrer Genehmigung durch den Kantonsrat mit Wirkung ab 1. Juli 1924 in Kraft.

IV. Mitteilung an den Regierungsrat zum Vollzug.

---

10. Abänderung des Reglementes über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Lehrerpersonals an der kantonalen Blinden- und Taubstummenanstalt. (Vom 18. September 1924.)

Der Regierungsrat,
nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion,
beschließt:

I. Das Reglement über die Dienst- und Besoldungsverhältnisse des Lehrerpersonals an der kantonalen Blinden- und Taubstummenanstalt vom 28. Juni 1919 wird abgeändert wie folgt:

§ 19. Für die vollbeschäftigten Lehrkräfte der Blinden- und Taubstummenanstalt, die das zürcherische Primarlehrerpatent oder vom Erziehungsrat als gleichwertig anerkannte Ausweise besitzen, bestehen folgende Besoldungsklassen mit Mindest- und Höchstgehalt:

1. Klassenlehrer	. . . . .	Fr. 6132—8748
2. Klassenlehrerinnen	. . . . .	„ 5724—8160
3. Arbeitslehrerinnen	. . . . .	„ 4200—6216
4. Aufsichtführende Hilfskräfte	. . .	„ 3816—6024

II. Die neuen Besoldungsansätze treten rückwirkend mit dem 1. Juli 1924 in Kraft.

II. Kanton Bern.

1. Allgemeines.

1. Beschluß betreffend die Durchführung der Examenfeste. (Vom 8. Februar und 18. März 1924.)

2. Primarschule.

2. Reglement über die Obliegenheiten der Primarschulkommissionen des Kantons Bern. (Vom 6. Oktober 1924.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

in Ausführung des Gesetzes über die Organisation des Schulwesens vom 24. Juni 1856 und des Gesetzes über den öffentlichen Primarunterricht vom 6. Mai 1894,

auf Antrag der Erziehungsdirektion,

beschließt:

§ 1. Das Gesetz über den Primarunterricht vom 6. Mai 1894 bestimmt über die Schulkommissionen in den §§ 89—99 folgendes:

1. Die öffentliche Primarschule, die erweiterte Oberschule, sowie die Fortbildungsschule stehen unter der unmittelbaren Aufsicht der Schulkommission (§ 89).

2. Die Schulkommission besteht aus wenigstens fünf Mitgliedern. Wählbar in dieselbe ist jeder Bürger, welcher das 20. Altersjahr zurückgelegt hat und in bürgerlichen Ehren steht (§ 90).

3. Personen, die mit dem Lehrer bis und mit dem dritten Grade verwandt oder verschwägert sind, können nicht Mitglieder der Schulkommission sein (§ 91).

4. Die Schulkommission wird auf eine Amtsdauer von vier Jahren durch die zuständige Gemeindebehörde gewählt.

In Gemeinden, welche in mehrere Schulkreise eingeteilt sind, kann die Wahl der Kommission den stimmfähigen Bürgern des Schulkreises übertragen werden (§ 92).

5. Die Schulkommission wählt ihren Präsidenten, Vizepräsidenten und Aktuar und bestimmt die Form ihrer Verhandlungen.

Sie tritt während der Schulzeit wenigstens jeden Monat einmal zusammen; ihre Verhandlungen werden protokolliert (§ 93).

6. Die Schulkommission ist die Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde der Schule. Als solcher liegt ihr ob, dafür zu sorgen, daß alle bildungsfähigen, schulpflichtigen Kinder die Schule fleißig besuchen und daß der Schulunfleiß streng geahndet, überhaupt das Wohl und Gedeihen der Schule in jeder Beziehung gefördert werde (§ 94).

7. Sie führt die Aufsicht über die Lehrer und trifft die nötigen Maßnahmen, damit die Schule nie unbesetzt sei.

Sie ist befugt, unter Anzeige an den Schulinspektor, dem Lehrer einen Urlaub bis auf 14 Tage zu gewähren und während seiner Abwesenheit für eine angemessene Vertretung zu sorgen (§ 95).

8. Die Schulkommission wacht über den gehörigen Unterhalt und die zweckmäßige Benutzung des Schulhauses, der Schulgerätschaften und Lehrmittel, sowie über pünktliche Erfüllung der Leistungen, welche der Schulgemeinde gegenüber Schule und Lehrer auferlegt sind. Es ist ihr von der Schulgemeinde der nötige Kredit zu bewilligen (§ 96).

9. Sie besucht wenigstens alle vier Wochen einmal durch wenigstens zwei ihrer Mitglieder die Schule und wohnt allen Inspektionen und Prüfungen bei. Die bezüglichen Besuche werden im Schulrodel eingetragen.

Sie bestimmt die Ferien (§ 60) und allfällige öffentliche Prüfungen (§ 97).

10. Die Mitglieder der Schulkommission sind persönlich für die treue Erfüllung ihrer Pflichten verantwortlich und haften der Schulgemeinde für allen Schaden, der durch ihre Schuld oder Nachlässigkeit erwächst (§ 98).

11. Wenn die Schulkommission in den Schulbesuchen und in der Handhabung der Gesetzesbestimmungen betreffend Bestrafung des Schulunfleißes nachlässig ist, so kann der Regierungsrat nach zweimaliger fruchtloser Warnung verfügen, daß die Gemeinde dem Staate den Staatsbeitrag ganz oder teilweise zurückzuvergüten habe (§ 99).

12. Vorbehalten bleibt für Einwohnergemeinden mit mehreren Schulkreisen und Schulkommissionen die Übertragung gewisser Kompetenzen der letzteren an den Gemeinderat (§ 9, Alinea 5, des Gesetzes).

§ 2. Die Schulkommissionen werden im weitern auch auf folgende gesetzliche Bestimmungen aufmerksam gemacht:

1. Schweizer Bürgerinnen, welche in der Gemeinde wohnen und handlungs- und ehrenfähig sind, können als Mitglieder der Schulkommissionen, sowie der Kommissionen für Armenwesen, für Gesundheitswesen und für Kinder- und Jugendfürsorge gewählt werden (Art. 27 des Gesetzes über das Gemeindewesen vom 9. Dezember 1917).

2. Die Lehrer wohnen allen Verhandlungen der Schulkommission, bei welchen weder sie selbst, noch einer ihrer Kollegen persönlich beteiligt ist, mit beratender Stimme bei.

In größeren Ortschaften kann sich, im Einverständnis mit der Schulkommission, die Lehrerschaft durch eine aus ihrer Mitte gewählte Abordnung vertreten lassen (Art. 42 des Gesetzes über das Primarschulwesen vom 6. Mai 1894).

3. Gemeinden, die den gesetzlichen Vorschriften über den Primarunterricht und den darauf beruhenden Anordnungen der zuständigen Behörden nicht Folge leisten, erhalten keine außerordentlichen Staatsbeiträge. Sie können auch vom Regierungsrat nach erfolgter Mahnung vorübergehend in eine höhere Besoldungsklasse versetzt werden. Gegen eine derartige Versetzung steht den Gemeinden das Recht des Rekurses an den Großen Rat offen (Art. 15 des Gesetzes betreffend die Besoldungen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen vom 21. März 1920).

§ 3. Insbesondere kommen der Schulkommission noch folgende Obliegenheiten zu:

1. Gestützt auf den Bericht des Arztes und des Lehrers entscheidet sie darüber, welche Kinder wegen mangelhafter körperlicher und geistiger Entwicklung auf das Begehren ihrer Eltern oder ohne ein solches um ein Jahr zurückzustellen, ferner welche als bildungsunfähig vom Schulbesuch zu dispensieren oder welche in Anstalten für Taubstumme, Blinde, Schwachsinnige und Epileptische zu bringen seien. Hierüber sendet sie dem Schulinspektor

zuhanden der Erziehungsdirektion einen Bericht ein. Über alle im Laufe der Schulzeit eintretenden Dispensationsfälle (Krankheitsfälle ausgenommen) entscheidet die Erziehungsdirektion.

2. Sie beantragt Versetzung verwahrloster Kinder in Erziehungsanstalten (§ 54 des Gesetzes).

3. Sie kann Kindern aus einem andern Schulkreis als dem des Wohnortes unter Anzeige an die betreffende Schulkommission den Schulbesuch gestatten.

4. Sie sorgt für Errichtung und Unterhaltung von Jugendbibliotheken, unter Umständen im Verein mit andern Gemeinden.

5. Sie sorgt dafür, daß die Kinder bedürftiger Familien die nötigen Lehrmittel unentgeltlich erhalten, wobei der Staat die Hälfte der Kosten trägt.

6. Bei überfüllten Klassen soll sie bei der Gemeinde die Einführung des abteilungsweisen Unterrichts oder die Errichtung neuer Klassen anbegehren.

7. Bei längerer Erkrankung eines Lehrers sorgt sie im Einverständnis mit demselben und mit dem Schulinspektor für Stellvertretung. Die Kosten derselben werden zur Hälfte vom Staat und zu je einem Viertel von der Gemeinde und dem Lehrer getragen.

Die Stellvertretungskosten bei obligatorischem Militärdienst des Lehrers (erste Rekrutenschule, Wiederholungskurse, Unteroffiziersschule) werden im gleichen Verhältnis geteilt wie in Krankheitsfällen.

8. Bei Erledigung einer Lehrstelle reicht sie rechtzeitig dem Schulinspektor zuhanden der Unterrichtsdirektion einen entsprechenden Ausschreibungsantrag ein, nimmt die Anmeldungen entgegen und prüft sie, verlangt, wenn nötig, eine neue Ausschreibung und legt schließlich der Wahlbehörde einen Wahlvorschlag vor.

9. Sie kann die Entlassung eines Lehrers vor Ablauf eines Jahres bewilligen.

10. Sie sorgt im Einvernehmen mit dem Schulinspektor für provisorische Besetzung einer im Laufe eines Schulhalbjahres erledigten oder nicht rechtzeitig definitiv besetzten Stelle. Hiebei ist die Genehmigung der Erziehungsdirektion einzuholen.

11. Sie wacht darüber, daß die Lehrer keine Nebenbeschäftigung betreiben, welche die Schule oder das Ansehen des Lehrers beeinträchtigen. In streitigen Fällen entscheidet die Erziehungsdirektion.

12. Sie bewilligt allfälligen Fächeraustausch zwischen den Lehrern unter Mitteilung an den Schulinspektor.

13. Sie nimmt Beschwerden von Eltern oder andern Personen gegen Lehrer entgegen, prüft sie und entscheidet darüber oder überweist sie an die obern Behörden. In dringenden Fällen ordnet sie die Einstellung und provisorische Ersetzung der betreffenden Lehrkräfte an. Diese Verfügung unterliegt ebenfalls der Genehmigung der Unterrichtsdirektion, nach eingeholtem Gutachten des Schulinspektors.

Jede Beschwerde ist dem Beklagten zur Vernehmlassung sofort zu eröffnen (§ 44 des Gesetzes).

14. In Fällen von ansteckenden Krankheiten trifft sie unter Berichterstattung an die Sanitätsbehörde und in Verbindung mit der Ortsgesundheitskommission die nötigen Verfügungen.

15. Sie sorgt dafür, daß alljährlich vor dem 1. April die Kinder ihres Schulkreises, welche vor dem 1. Januar des Jahres das 6. Altersjahr zurückgelegt haben, in das Verzeichnis der schulpflichtigen Kinder eingetragen werden.

16. Sie ist dafür besorgt, daß beim Schulortwechsel innerhalb des Kantons den Kindern die obligatorischen Lehrmittel des betreffenden Schuljahres mitgegeben werden.

17. Sie besorgt die Verteilung der Schulzeit innerhalb der in den §§ 59—61 des Gesetzes gezogenen Schranken.

18. Sie bestimmt die Unterbrechungen zwischen den Unterrichtsstunden.

19. Innert den nächsten acht Tagen nach einer Zensurperiode prüft sie die im Schulrodel vom Lehrer bezeichneten Abwesenheiten, entscheidet über die angegebenen Entschuldigungen und macht sofort die nötigen Strafanzeigen. Ebenso besorgt sie in den im Gesetze vorgesehenen Fällen die Anzeige an das Regierungsstatthalteramt zuhanden des Regierungsrates.

20. Für schulpflichtige Kinder, die von einem Schulort mit neunjähriger Schulpflicht in einen solchen mit achtjähriger innerhalb oder außerhalb des Kantons übersiedeln, bleibt die neunjährige Schulpflicht für so lange bestehen, als die Eltern in einer Gemeinde mit neunjähriger Schulpflicht wohnen. Die Eltern sind gehalten, der Schulkommission ihrer Wohngemeinde nachzuweisen, daß ihre Kinder die Schule bis zur Erfüllung der neunjährigen Schulpflicht regelmäßig besuchen. Die Schulkommission hat, im Falle des ungenügenden Nachweises, dem Richter Anzeige zu erstatten. Die Namen solcher Schüler sind im Rodel stehen zu lassen.

21. Sie überwacht den Besuch der Fortbildungsschulen und besorgt die Überweisung von Strafanzeigen für die Abwesenheiten.

22. Sie nimmt die Schülerverzeichnisse der Privatschulen entgegen.

23. Sie läßt sich bei Schulbesuchen, zu denen sie vom Schulinspektor eingeladen wird, vertreten.

24. Sie ist für die rechtzeitige Einsendung der Schulrödel an die Schulinspektoren verantwortlich.

25. Sie stellt der Lehrerschaft auf Begehren über ihre Amtsführung Zeugnisse aus.

26. Sie ist verantwortlich dafür, daß von der Lehrerschaft über das bewegliche Eigentum der Schule ein Verzeichnis sorgfältig geführt werde.

27. Sie sorgt für Aufbewahrung der Gesetze, Reglemente, Unterrichtspläne, Schulrödel und des amtlichen Schulblattes.

§ 4. Sie ordnet am Ende jedes Schuljahres die Promotion an, welche auf Grund der von der Lehrerschaft festgesetzten Promotionsliste, in streitigen Fällen nach einer durch Schulkommissionsmitglieder und die Lehrer geleiteten Prüfung stattfindet. Der obligatorische Unterrichtsplan bildet die Grundlage für diese Prüfung, wobei jedoch auf die besondern Fälle Rücksicht zu nehmen ist. Die Beförderten treten am ersten Tage der Sommerschule, versehen mit den für die folgende Unterrichtsstufe erforderlichen Lehrmitteln, in die neue Klasse ein. Den Lehrern ist es untersagt, von sich aus Promotionen vorzunehmen.

Bei den Promotionen ist darauf zu achten, daß die Kinder so viel als möglich in die ihrem Alter entsprechenden Klassen kommen. In keinem Falle soll ein Schüler mehr als zwei Jahre den Unterricht der gleichen Altersklasse besuchen müssen.

§ 5. Bei allfälligen Schlußprüfungen ist dem Lehrer die Leitung der Klasse zu überlassen. Es ist nicht gestattet, Aussetzungen an der Schularbeit des Lehrers öffentlich anzubringen.

Examen- und Schulfeste sind so durchzuführen, daß sie keinen unwürdigen Abschluß des Schuljahres bilden.

§ 6. Sämtliche Kinder sind beim Schuleintritt ärztlich zu untersuchen. Eine periodische ärztliche Untersuchung der Schulkinder oder doch mindestens eine zweite Untersuchung beim Schulaustritt wird empfohlen.

Wo möglich sollten die Gemeinden Schulärzte im Hauptamt oder Nebenamt anstellen.

Die Reinigung der Schulzimmer ist erwachsenen Personen zu übertragen.

§ 7. Die Schulkommissionen sollen sich die Sorge für die Speisung und Bekleidung dürftiger Schüler angelegen sein lassen.

§ 8. Die Schulkommission ist die Wahlbehörde für das Frauenkomitee und die Arbeitslehrerinnen und übt die Aufsicht aus über die Mädchenarbeitsschule nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze und Reglemente.

§ 9. Der Verkehr der Schulkommission mit den obern Behörden hat in der Regel durch die Vermittlung der Schulinspektoren zu geschehen.

§ 10. Dieses Reglement tritt sofort in Kraft und ist in die Gesetzessammlung aufzunehmen. Durch dasselbe werden die Bestimmungen des Reglementes über die Obliegenheiten der Volksschulbehörden vom 5. Januar 1871, soweit sie die Primarschulen betreffen, und des Reglementes über die Obliegenheiten der Primarschulbehörden vom 3. Juli 1895 aufgehoben.

---

3. Lehrerschaft aller Stufen.

3. Reglement für die Patentprüfung von Sekundarlehrern. (Abänderung.) (Vom 16. Mai 1924.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
auf den Antrag der Unterrichtsdirektion,
beschließt:

I. Der § 4 des Reglementes für die Patentprüfungen von Sekundarlehrern des Kantons Bern vom 31. März 1919 und der Regierungsratsbeschluß vom 30. Dezember 1919 werden in folgender Weise abgeändert:

§ 4. An die Kosten der Prüfung hat jeder Bewerber zum voraus Fr. 40.—, im Wiederholungsfall Fr. 25.—, der Hochschulverwaltung zu bezahlen. Für die Vorprüfung wird von den Kandidaten des Vorkurses eine Gebühr von Fr. 10.— erhoben. Die Quittung ist dem Präsidenten der Kommission vor der Prüfung einzuhändigen.

II. Dieser Beschluß tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft.

III. Kanton Luzern.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1924.

IV. Kanton Uri.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1924.

V. Kanton Schwyz.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1924.

VI. Kanton Obwalden.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1924.

VII. Kanton Nidwalden.

Aus: **Gesetz über die Förderung und Unterstützung von Handwerk und Gewerbe.** (Vom 27. April 1924.)

1. Allgemeines.

§ 1. Zur Hebung der Erwerbsfähigkeit des Volkes fördert der Staat, im Sinne von Art. 33 der Kantonsverfassung, Maßnahmen, die geeignet erscheinen, Handwerk und Gewerbe zu heben, Mißstände zu bekämpfen, neue Verdienstquellen zu schaffen und die Verkehrsmittel zu verbessern.

Insbesondere fördert der Staat die berufliche Bildung durch Unterstützung der gewerblichen Fortbildungsschulen und durch die Hebung des Lehrlingswesens und der Meisterfachbildung.

2. Berufliche Bildung.

§ 5. Unter der Bezeichnung „Lehrling" sind in diesem Gesetze auch die Lehrtöchter und unter „Lehrmeister" auch die Lehrmeisterinnen verstanden.

§ 6. Der Unterricht an den im Kanton bestehenden gewerblichen Fortbildungsschulen soll für die Lehrlinge unentgeltlich sein.

Der Lehrplan der gewerblichen Fortbildungsschulen soll, auf drei Jahreskurse verteilt, den beruflichen Bedürfnissen der Schüler bestmöglich angepaßt werden. Er unterliegt der Genehmigung durch den Erziehungsrat.

Die Unterrichtszeit ist so weit möglich auf den Werktag zu verlegen.

§ 7. Jeder Lehrling ist während der Dauer der vertragsmäßigen Lehrzeit, jedoch nicht länger als drei Jahre, zum regelmäßigen Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet, sofern die Schule nicht mehr als fünf Kilometer vom Wohnort des Lehrlings entfernt ist.

§ 8. Über Gesuche um Entbindung von der Pflicht zum Besuche der gewerblichen Fortbildungsschule wegen schon erwor-

bener genügender Ausbildung oder aus andern begründeten Ursachen entscheidet der Vorstand der kantonalen Handwerker- und Gewerbekommission.

§ 9. Der Lehrmeister hat nötigenfalls dem Lehrling für den Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule ohne Lohnabzug oder Zeitanrechnung bis auf fünf Unterrichtsstunden wöchentlich freizugeben.

§ 10. Die Staatskasse gewährt einen vom Landrat jährlich bei der Budgetberatung festzusetzenden Beitrag von insgesamt 3000 bis 5000 Franken zu folgenden Zwecken:

a) Zu Beiträgen an die gewerblichen Fortbildungsschulen bis auf 33⅓ % der für den Schulbetrieb nötigen Aufwendungen;

b) zu Beiträgen an im Kantone bestehende wohltätige Institutionen oder Lehrlingspatronate, welche durch Berufsberatung zur Erleichterung der Berufswahl mitwirken, Lehrstellen vermitteln, Auskunft erteilen über Lehrverträge und weitere, die Lehrverhältnisse betreffenden Fragen oder durch finanzielle Unterstützung bedürftigen Lehrlingen die Lehre bei einem tüchtigen Meister ermöglichen;

c) zu Stipendien für unbemittelte, fähige, junge Handwerker, die ihre Lehrlingsprüfung mit Erfolg bestanden haben, zum Zwecke ihrer weitern beruflichen Ausbildung in Fachschulen oder Fachkursen und dergleichen;

d) zu Beiträgen an Fachkurse, welche von Meisterfachvereinen in Nidwalden veranstaltet werden;

e) an die kantonale Handwerker- und Gewerbekommission für die Ausführung der in diesem Gesetze ihr zugewiesenen Aufgaben, soweit sie nicht unter Art. 40 fallen. Für die Vorstandssitzungen beziehen dessen Mitglieder aus diesem Beitrage Kommissions- und Weggelder nach Maßgabe des Besoldungsgesetzes. Die Sitzungen der Gesamtkommission werden als ehrenamtlich betrachtet und nicht honoriert.

§ 11. Der Regierungsrat kann auf Begehren von Eltern, Vormundschaftsbehörden oder des Vorstandes der kantonalen Handwerker- und Gewerbekommission oder von wohltätigen Institutionen im Sinne von § 10, Lit. b, die Heimatgemeinde verhalten, an die Kosten des Lehrgeldes für begabte junge Leute im Falle der Bedürftigkeit einen angemessenen Beitrag zu leisten.

3. Das Lehrverhältnis.

§ 12. Als „Lehrling" im Sinne dieses Gesetzes gilt jede männliche oder weibliche Person, welche in einem handwerksmäßigen

oder industriellen Gewerbe oder in einer Lehrwerkstätte einen bestimmten Beruf erlernen will.

Der Vorstand der kantonalen Handwerker- und Gewerbekommission entscheidet in zweifelhaften Fällen darüber, wer als Lehrling im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei. Gegen einen solchen Entscheid kann innert 14 Tagen von der Zustellung an der Rekurs an den Regierungsrat ergriffen werden.

§ 13. „Lehrmeister" im Sinne dieses Gesetzes ist, wer als Inhaber oder Leiter eines handwerksmäßigen oder industriellen Betriebes oder einer Lehrwerkstätte jugendliche Personen zur Erlernung eines Berufes beschäftigt.

§ 16. Der Eintritt in eine Lehre darf nicht vor Beendigung des obligatorischen Schulunterrichtes und nicht vor Ablauf des 14. Altersjahres erfolgen. Der Lehrling hat sich über die entsprechenden geistigen und körperlichen Fähigkeiten auszuweisen.

§ 23. Die Arbeitszeit der Lehrlinge darf 60 Stunden wöchentlich und in der Regel 10 Stunden täglich nicht überschreiten, und zwar mit Einschluß der laut Art. 9 vom Lehrling zu besuchenden Unterrichtsstunden in der gewerblichen Fortbildungsschule. Lehrlinge in Betrieben, welche auch gelernte Arbeitskräfte beschäftigen, sollen die gleiche Arbeitszeit haben wie diese.

Außer der normalen Arbeitszeit dürfen die Lehrlinge zu Aufräumungs- und Hilfsarbeiten verwendet werden, soweit diese nicht mehr als eine halbe Stunde täglich beanspruchen.

In Notfällen, wie bei Betriebsstörungen, Arbeitsüberhäufung in der Saison, bei Bestellungen anläßlich unvorhergesehener Ereignisse, zur Abwendung von großem Schaden und drohendem Materialverderbnis, ist eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde zulässig, jedoch nur bis auf 50 Stunden im Jahr und soweit auch das übrige Arbeitspersonal für den gleichen Zweck in Anspruch genommen wird.

§ 24. Der Lehrling darf in der Regel weder zu Sonntags-, noch zu Nachtarbeit (abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr) verwendet werden.

Der Regierungsrat bezeichnet auf Antrag der kantonalen Handwerker- und Gewerbekommission die Berufsarten, bei denen Ausnahmen zu bewilligen sind und stellt diese fest. Dabei muß den Lehrlingen in jedem Falle Gelegenheit gegeben werden, den Sonntagsgottesdienst zu besuchen und muß ihnen eine ununterbrochene zehnstündige Ruhezeit gesichert bleiben.

§ 25. Es sind dem Lehrling jährlich mindestens sechs Ferientage zu gewähren, und zwar, je nach Übereinkunft, auf einmal oder in zwei Abschnitten.

5. Die Lehrlingsprüfungen.

§ 36. Jeder Lehrling ist verpflichtet, sich zum Abschluß seiner Lehrzeit einer Lehrlingsprüfung zu unterziehen, um sich über die Fähigkeit zur Ausübung seines Berufes auszuweisen.

Wer die Lehrlingsprüfung wegen ungenügenden Kenntnissen nicht bestanden, oder wer sie versäumt hat, muß sich innert Jahresfrist wieder zur Prüfung melden.

§ 37. Der Lehrmeister ist verpflichtet, für rechtzeitige Anmeldung der Lehrlinge zu sorgen, ihnen die nötige Zeit für die Prüfung freizugeben, und zur Ausführung der Probearbeit ihnen die erforderlichen Materialien zur Verfügung zu stellen.

§ 38. Jeder Besitzer eines handwerklichen Betriebes oder sein fachkundiger Stellvertreter, sowie jeder Lehrer an einer gewerblichen Fortbildungsschule kann als Experte für die Lehrlingsprüfungen beigezogen werden und ist verpflichtet, als solcher mitzuwirken.

§ 39. Jedem Lehrling, der die Lehrlingsprüfung bestanden hat, wird ein Lehrbrief (Diplom) ausgestellt.

Gute Leistungen werden mit Prämien bedacht.

§ 40. Die Leitung der Lehrlingsprüfungen ist Sache der kantonalen Handwerker- und Gewerbekommission.

Die Lehrlingsprüfungen finden einmal im Jahre statt.

Das Verfahren bei den Prüfungen, die Organisation derselben, die Entschädigung der Experten usw. kann der Landrat nach Vorschlag der kantonalen Handwerker- und Gewerbekommission durch eine Verordnung regeln.

Bei Anlaß der Diplomierungsfeier der geprüften Lehrlinge soll eine Ausstellung der während der Prüfung angefertigten Arbeitsproben. verbunden mit einer Ausstellung der Schülerarbeiten der gewerblichen Fortbildungsschulen veranstaltet werden.

Die Kosten der Lehrlingsprüfungen werden unter Benützung des Bundesbeitrages und allfällig von anderer Seite geleisteter Beiträge vom Staate getragen. Die kantonale Handwerker- und Gewerbekommission hat hierüber, sowie über die Verwendung des laut § 10. Lit. e. ihr zukommenden Beitrages der Staatswirtschaftskommission zuhanden des Landrates jährlich Bericht und Rechnung zu erstatten.

6. Aufsicht und Vollzug.

§ 41. Die Aufsicht über das berufliche Bildungswesen übt der Erziehungsrat aus.

Die Aufsicht über das Lehrlingswesen steht der kantonalen Handwerker- und Gewerbekommission beziehungsweise deren Vorstand nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes zu.

Der Regierungsrat ist oberste Aufsichts- und Rekursbehörde, an welche innert 14 Tagen vom Tage der Zustellung an Entscheide weitergezogen werden können.

VIII. Kanton Glarus.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1924.

IX. Kanton Zug.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1924.

X. Kanton Freiburg.

1. Mittelschulen und Berufsschulen.

1. Règlement pour les examens du Technicum. (Du 22 février 1924.)

A. ECOLE TECHNIQUE.

Article premier. — Le Technicum délivre les diplômes: a) de technicien électromécanicien; b) de technicien du bâtiment; c) de maître de dessin, aux élèves qui ont suivi, à titre d'élève régulier, pendant les trois derniers semestres au moins, les cours et les travaux pratiques indiqués aux programmes et ont subi avec succès les épreuves fixées par le présent règlement.

Art. 2. — Dans la règle, l'obtention du diplôme comporte deux examens. Le premier a lieu, pour les techniciens électromécaniciens et techniciens du bâtiment, à la fin du IV^{me} semestre, et pour les maîtres de dessin à la fin du VI^{me} semestre. Cet examen comprend des épreuves écrites et orales sur toutes les branches dont l'enseignement est terminé au moment de l'examen.

Le second examen termine les études et comprend: a) des épreuves écrites et orales sur les matières des trois derniers semestres; b) un projet complet: dessin, devis, description dont l'objet rentre dans les matières principales du diplôme visé par le candidat.

Les candidats aux diplômes de technicien du bâtiment et de maîtres de dessin, subissent le second examen à la fin de leur dernier semestre d'études. Pour les techniciens électromécaniciens, cet examen a lieu au commencement du semestre qui suit la fin des études. Il commence par les épreuves écrites et orales sur les branches d'enseignement.

Art. 3. — Le premier examen de diplôme est obligatoire pour tous les élèves; il sert d'examen pour la promotion au semestre suivant.

En cas d'échec, le candidat est tenu de répéter au moins le dernier semestre.

Pour être admis au second examen, le candidat doit avoir subi avec succès le premier examen ou avoir obtenu une dispense. Celle-ci ne peut être accordée qu'aux élèves qui ont subi ailleurs une épreuve équivalente et qui en font la demande dès leur entrée au Technicum. Le Directeur, après avoir entendu les maîtres de la section intéressée, juge de la valeur des certificats et statue sur la dispense partielle ou totale. Dans le cas de dispense partielle, il fixe les branches sur lesquelles l'examen doit porter. Celui-ci a lieu à l'occasion et selon les règles du premier examen.

Art. 4. — Les inscriptions sont reçues au bureau de la Direction un mois, au moins, avant la date fixée pour l'examen.

Les droits d'inscription s'élèvent, pour les candidats suisses, à 25 fr.; pour les étrangers, à 50 fr.

Art. 5. — A chaque session d'examens, un jury est désigné pour chacune des catégories du diplôme, par la Direction de l'Instruction publique. Les membres externes du jury sont rétribués.

Art. 6. — Deux semaines avant l'examen, chaque professeur présente au Directeur trois sujets pour l'examen écrit de sa branche. Ces propositions sont communiquées aux divers jurys, qui choisissent entre les sujets proposés, au moins deux jours avant l'examen.

Pour les examens oraux, le jury se répartit en commissions; celles-ci s'adjoignent le professeur de la branche, qui interroge les candidats.

Art. 7. — Les élèves soumettent au jury tous leurs cahiers, résumés, relevés et dessins exécutés par eux durant les semestres qui précèdent l'examen.

Art. 8. — L'échelle des notes est la suivante: 6, Très bien; 5, Bien; 4, Suffisant; 3, Insuffisant; 2, Mal; 1, Très mal.

Art. 9. — Pour déterminer la moyenne finale, les notes de branche, calculées selon l'art. 8, sont multipliées par un coefficient. Dans chacun des examens, la moyenne finale doit atteindre 4. De plus. le candidat qui a obtenu deux fois la note 1, trois fois la note 2, quatre fois la note 3, chez au moins deux maîtres différents, est éliminé et doit subir un nouvel examen, dans toutes les branches, sauf celles où il a obtenu au moins la note 5 comme note définitive.

Art. 10. — Après la session des examens, le jury se réunit pour en arrêter les résultats. Lorsque l'examen d'une branche

comporte une épreuve écrite et une épreuve orale, on prend la moyenne des deux épreuves. La note définitive pour une branche s'obtient en formant la moyenne de la note obtenue au cours de la dernière année scolaire, et de la note d'examen, cette dernière étant comptée pour deux.

Art. 11. — Sont diplômés avec la mention: Très bien, les candidats ayant obtenu au moins la moyenne finale 5; avec la mention: Bien, ceux qui ont obtenu une note moyenne comprise entre 5 et 4,5; avec la mention: Suffisant, ceux dont la moyenne est comprise entre 4,5 et 4.

Art. 12. — Le candidat ayant échoué dans un examen, peut se présenter à la session ordinaire suivante, ou, s'il échoue encore une deuxième fois, à une troisième et dernière session. Il ne peut pas être organisé de session extraordinaire d'examen.

Art. 13. — Les résultats de l'examen ne peuvent être communiqués aux intéressés que par le Directeur, ou le président du Jury. La proclamation a lieu à la séance officielle qui clôture la session d'examens.

Les diplômes sont délivrés par la Direction de l'Instruction publique. Ils indiquent le titre et la mention obtenue par le candidat et portent les signatures du Directeur de l'Instruction publique et du Directeur du Technicum.

Les notes définitives sont communiquées officiellement par écrit à chaque candidat.

Les noms des diplômés sont publiés dans la presse et communiqués aux Directions de l'Instruction publique et d'Economie publique de leur canton d'origine.

Art. 14. — Les épreuves du premier examen comprennent:

1. Ecole d'électromécanique.

Branches	Coefficient
Arithmétique (écrit et oral)	1
Calligraphie (écrit)	1
Eléments de projections (écrit)	1
Géométrie (écrit et oral)	1
Algèbre (écrit et oral)	1
Dessin technique (écrit)	3
Chimie (oral)	1
Physique (oral)	2
Trigonométrie (écrit et oral)	1
Géométrie descriptive (écrit et oral)	1
Géométrie analytique (écrit et oral)	1
Technologie (écrit et oral)	2

Mécanique générale (oral)	2
Eléments de machines (écrit et oral)	3
Résistance des matériaux (oral)	2
Travail d'atelier	3
	26

2. Ecole du bâtiment.

Branches	Coefficient
Calligraphie (écrit)	1
Eléments de projections (écrit)	2
Arithmétique (écrit et oral)	1
Géométrie (écrit et oral)	1
Algèbre (écrit et oral)	1
Chimie (oral)	1
Physique (oral)	1
Trigonométrie (écrit et oral)	1
Géométrie analytique (écrit et oral)	1
Technologie (écrit et oral)	2
Géométrie descriptive (écrit et oral)	2
Dessin technique (écrit)	3
	17

3. Ecole normale pour maîtres de dessin.

Branches	Coefficient
Dessin à vue et croquis (écrit et oral)	2
Eléments de projections (écrit et oral)	2
Plante (écrit et oral)	4
Composition décorative (écrit)	6
Ornement en relief (écrit et oral)	1
Lettre (écrit)	2
Ronde bosse (écrit)	2
Perspective (écrit et oral)	3
Atelier (écrit)	4
	26

Les épreuves du second examen comprennent:

1. Ecole d'électromécanique.

Branches	Coefficient
Français (écrit et oral)	1
Allemand (écrit et oral)	1
Croquis à vue (écrit)	1
Statique graphique (écrit et oral)	1
Compléments de mathématiques (écrit et oral)	2
Construction de machines (écrit et oral)	3
Electrotechnique (écrit et oral)	2

Construction électrotechnique (écrit et oral) . . .	3
Installations et traction électriques (écrit et oral) .	1
Economie industrielle et comptabilité (écrit et oral)	1
Economie sociale (oral)	1
Projet (écrit et oral)	8
	25

2. Ecole du bâtiment.

Branches	Coefficient
Français (écrit et oral)	1
Allemand (écrit et oral)	1
Construction du bâtiment (écrit et oral)	3
Histoire de la construction (oral)	1
Dessin d'application aux métiers (écrit)	1
Modelage en terre	1
Applications mathématiques (écrit et oral) . . .	1
Statique graphique (écrit et oral)	1
Perspective (écrit et oral)	1
Economie industrielle et comptabilité (écrit et oral)	1
Economie sociale (oral)	1
Projet, description, devis (écrit et oral)	7
	20

3. Ecole normale pour maîtres de dessin.

Branches	Coefficient
Français (écrit et oral)	1
Croquis à vue (écrit)	1
Modelage	1
Tracé d'ombres (écrit et oral)	1
Peinture (techniques diverses), (écrit et oral) . .	1
Modèle vivant (écrit et oral)	3
Dessin de bâtiment et de mécanique (écrit) . . .	1
Arts graphiques (écrit et oral)	1
Cours d'art appliqué (écrit et oral)	1
Histoire de l'art (écrit et oral)	1
Méthodologie et leçon modèle (écrit et oral) . . .	4
Composition décorative (projet), (écrit et oral) . .	6
	22

Art. 15. — Les thèmes des projets sont proposés par les professeurs des branches principales; ils sont adoptés dans une séance des experts et des professeurs de la section, sous la présidence du Directeur. Ils sont tirés au sort — séance tenante — par les candidats. Pour l'Ecole d'Electrotechnique, il est proposé autant de sujets différents de mécanique et d'électrotechnique qu'il y a de candidats.

Art. 16. — Il est accordé aux candidats trois semaines au plus pour l'exécution du projet (dessin, devis, mémoire descriptif), qui doit être exécuté entièrement dans les locaux de l'école, sous contrôle des professeurs intéressés et de la Direction. A la fin de chaque semaine, le professeur qui a donné le thème du projet, constate l'état du travail et appose sa signature sur les dessins et textes élaborés par le candidat. Toute aide étrangère entraîne l'annulation du projet et l'exclusion de l'élève de l'examen.

Art. 17. — L'école se réserve de prendre à ses frais des calques ou photographies des dessins du projet.

B. ECOLE DE METIERS (Ecoles-ateliers).

Art. 18. — L'examen de fin d'apprentissage est obligatoire pour les élèves de la Section B. Cet examen remplace l'examen cantonal de fin d'apprentissage établi par la loi du 14 novembre 1895 sur la protection des apprentis.

Art. 19. — L'Ecole délivre aux apprentis les diplômes de métiers tels que: mécanicien-électricien, chef de chantier, menuisier-ébéniste, dessinateur d'arts graphiques, peintre-décorateur, brodeuse, etc.

Le candidat ayant subi avec succès l'examen sur une de ces professions, reçoit aussi le diplôme suisse.

Art. 20. — L'obtention du diplôme de l'Ecole de métiers comporte deux examens: le premier a lieu à la fin du 4me semestre d'apprentissage. Il sert d'examen pour la promotion au semestre suivant et comprend les branches d'enseignement dont l'étude est terminée. Dans la Section des Arts décoratifs, cet examen a lieu à la fin du 6me semestre.

En cas d'échec, le candidat est tenu de répéter au moins le dernier semestre.

Pour être admis au second examen, le candidat doit avoir subi avec succès le premier examen ou avoir obtenu une dispense. Celle-ci ne peut être accordée qu'aux élèves qui ont subi ailleurs une épreuve équivalente et qui en font la demande dès leur entrée à l'Ecole. Dans ce cas, il est procédé comme à l'art. 3 ci-dessus.

Le deuxième examen a lieu à la fin de l'apprentissage et comprend: a) des épreuves orales et écrites sur les branches théoriques étudiées dans les derniers semestres; b) un dessin de construction et éventuellement un travail d'atelier dont le sujet est indiqué par le jury.

Art. 21. — La finance d'examen est de 10 fr. pour les Suisses et de 20 fr. pour les étrangers.

Art. 22. — Les art. 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 du présent règlement sont applicables à l'examen de diplôme de l'Ecole de Métiers.

Art. 23. — Si les notes obtenues dans les branches d'examen admises par la Commission suisse des apprentissages sont suffisantes pour obtenir le certificat que délivre cette commission, celui-ci seul est accordé et l'apprenti est ainsi dispensé de répéter l'examen.

Art. 24. — Le diplôme n'est remis au candidat qu'à la fin de son apprentissage et après payement des montants qui pourraient être dus à l'Ecole.

Art. 25. — Les épreuves du premier examen comprennent:

1. Ecole-atelier de mécanique.

Branches	Coefficient
Français (écrit et oral)	1
Mathématiques (arith., géom., alg.), (écrit et oral)	2
Dessin à vue (écrit)	1
Calligraphie (écrit)	1
Projections (écrit)	1
Dessin technique (écrit)	2
Physique (oral)	1
Chimie (oral)	1
	10

2. Ecole de chefs de chantier.

Branches	Coefficient
Français (écrit et oral)	1
Calligraphie (écrit)	1
Croquis à vue (dessin d'application), (écrit)	2
Projections (écrit)	1
Mathématiques (arith., géom., alg.), (écrit et oral)	2
Technologie (oral)	1
Devis (oral)	2
	10

3. Ecole-atelier de menuiserie.

Branches	Coefficient
Dessin à vue (écrit)	1
Dessin d'ornement (écrit)	1
Arithmétique et géométrie (écrit et oral)	2
Projections (écrit)	1
Dessin technique (écrit)	2
	7

4. Ecole d'arts décoratifs.

Branches	Coefficient
Français (écrit et oral)	1
Croquis à vue (écrit)	2
Projections (écrit)	2
Plante (écrit)	3
Adaptations décoratives (écrit)	2
Ornement en relief et ronde bosse (écrit)	2
Lettre (écrit)	2
Perspective (écrit et oral)	2
Modelage	1
	17

Art. 28. — Les épreuves du deuxième examen comprennent:

1. Ecole-atelier de mécanique.

Branches	Coefficient
Construction de la pièce d'épreuve (dessin), (écrit et oral)	2
Technologie (oral)	1
Résistance des matériaux (oral)	1
Mécanique (oral)	2
Eléments d'électricité (oral)	1
Comptabilité professionnelle (écrit et oral)	1
Economie sociale (oral)	1
Travail d'atelier	6
	15

2. Ecole de chefs de chantier.

Branches	Coefficient
Construction du bâtiment (écrit et oral)	2
Dessin technique (écrit)	2
Histoire de la construction (oral)	1
Dessin d'ornement (écrit)	1
Modelage	1
Comptabilité (écrit et oral)	1
Géométrie pratique (écrit et oral)	1
Economie sociale (oral)	1
	10

3. Ecole-atelier de menuiserie.

Branches	Coefficient
Construction, technologie, devis (oral)	2
Dessin technique (écrit)	2
Comptabilité (écrit et oral)	1

Economie sociale (oral)	1
Travail d'atelier	4
	10

4. Ecole d'arts décoratifs.

Branches	Coefficient
Modèle vivant (écrit)	5
Histoire de l'art (oral)	2
Art appliqué (écrit et oral)	1
Dessin du bâtiment (écrit)	1
Tracé d'ombres (écrit)	1
Anatomie (écrit et oral)	2
Economie sociale (oral)	1
Atelier	5
	18

Les brodeuses sont dispensées du dessin d'architecture, du modèle vivant, de la perspective et du tracé d'ombres.

SECTION FEMININE (Jolimont).

Langue maternelle.
Arithmétique.
Plante et adaptations décoratives.
Connaissance des styles.
Dessin professionnel.
Chiffres et monogrammes.
Comptabilité.
Connaissances ménagères.

Le présent règlement a été adopté par la commission du Technicum.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Règlement des examens pour l'obtention et le renouvellement du brevet de capacité pour l'enseignement dans les écoles primaires du canton de Fribourg. (Du 18 janvier 1924.)

CHAPITRE PREMIER.

Des examens pour l'obtention du brevet de capacité.

SECTION PREMIERE.

Dispositions générales.

Article premier. — L'examen de capacité pour l'enseignement dans les écoles primaires du canton de Fribourg a lieu, chaque année, dans la règle, à la fin de l'année scolaire.

Cet examen est annoncé par un avis que la Direction de l'instruction publique fait insérer, au moins quatre semaines à l'avance, dans la *Feuille officielle* du canton.

Art. 2. — Les aspirants au brevet de capacité adressent leur demande par écrit au bureau de la Direction de l'Instruction publique dans le délai fixé par la publication dans la *Feuille officielle.*

Cette demande est accompagnée des pièces suivantes:

a) L'acte de naissance ou l'acte d'origine;
b) Un certificat de bonne conduite, délivré par l'autorité communale du lieu du domicile;
c) Un certificat constatant que le candidat a fait quatre années d'études préparatoires après sa sortie de l'école primaire. (Loi sur l'Instruction primaire, art. 74.)

Art. 3. — Les Instituts publics ou libres sont autorisés à faire, au nom des élèves de leur établissement, la demande prescrite à l'art. 2.

Ils remettent, dans le délai prescrit, la liste des candidats présentés, avec les indications nécessaires sur l'état civil, l'aptitude, le travail et la conduite de chacun d'eux.

Les élèves de ces Instituts sont dispensés de produire d'autres pièces.

Art. 4. — Ne sont pas admis à l'examen:

a) Les candidats qui ont déjà échoué dans deux examens précédents;
b) Ceux qui n'offrent pas des garanties suffisantes de moralité;
c) Ceux qui sont atteints de défauts corporels ou d'infirmités pouvant être préjudiciables à l'enseignement.

Art. 5. — Par exception, un candidat peut, sur sa demande, être dispensé de l'épreuve pratique de chant ou de l'épreuve de gymnastique, pour des motifs tirés du manque d'aptitude naturelle.

La demande doit être déposée en même temps que les pièces mentionnées aux art. 2 et 3. La Direction de l'Instruction publique prononce.

Le candidat dispensé ne peut pas obtenir le brevet du premier degré.

Art. 6. — Il y a deux jurys d'examen, l'un pour les aspirants de langue française, l'autre pour les aspirants de langue allemande.

Art. 7. — Le président du jury est désigné par la Commission des études, qui le prend, autant que possible, dans son sein. Il a la direction de l'examen.

Art. 8. — Le jury est nommé, avant chaque session, par la Commission des études. Les membres du jury sont indemnisés par la Caisse de l'Etat.

Art. 9. — Lorsqu'il y a lieu, le jury d'examen se subdivise en bureaux composés, dans la règle, de trois membres, savoir: un président, un examinateur et un assesseur.

Le président peut cependant former des bureaux de deux membres.

Les bureaux sont placés sous l'autorité du président du jury, qui dirige toutes les parties de l'examen et prend part à la discussion de toutes les notes.

Art. 10. — Les branches d'examen sont réparties, par le président du jury, entre les bureaux. Chacun de ceux-ci examine tous les candidats sur les branches qui lui sont confiées.

Plusieurs bureaux peuvent siéger simultanément, mais dans des salles différentes. Les candidats se présentent successivement devant les différents bureaux.

Art. 11. — L'examen de religion est confié à un bureau spécial, dont les membres sont désignés par l'autorité ecclésiastique compétente. Les notes délivrées par ce bureau sont remises au président du jury.

Art. 12. — Des examinateurs peuvent être pris en dehors du jury, pour des branches spéciales. Ils sont choisis par la Commission des études et ne fonctionnent que pour les branches dont ils sont chargés. Un membre du jury assiste en tout cas à l'examen.

Art. 13. — Les examinateurs remettent à la Direction de l'Instruction publique, au moins deux semaines avant l'examen, les textes, sujets d'épreuves et questionnaires dont la préparation leur a été confiée.

Le texte de la dictée doit être accompagné d'une échelle de notes.

Les propositions des examinateurs sont soumises à la Commission des études, qui a le droit de les modifier, de les rejeter et de les remplacer en tout ou en partie.

Art. 14. — La Direction de l'Instruction publique fournit aux examinateurs le matérial à employer dans les épreuves de géographie et de pédagogie pratique.

Les examinateurs doivent transmettre à la Direction la liste du matériel dont ils auront besoin, en même temps qu'ils lui communiquent le projet de questionnaire pour l'examen.

SECTION II.

De l'examen.

Art. 15. — L'examen de capacité pour l'enseignement primaire comprend des épreuves écrites, des épreuves orales et des épreuves pratiques.

Les examens comprennent deux séries d'épreuves qui ont lieu à un an d'intervalle. Toutefois, la Direction de l'Instruction publique peut autoriser un candidat à subir les épreuves des deux séries dans une même session.

Art. 16. — La première série d'épreuves comprend les branches suivantes: Grammaire et analyse; sciences naturelles et physiques; agriculture; hygiène; comptabilité; géographie et cosmographie; économie domestique.

La deuxième série d'épreuves comprend les autres branches du programme.

Art. 17. — L'ordre du jour est fixé par la Direction de l'Instruction publique et affiché dans les locaux d'examens.

§ 1. — *Des épreuves écrites.*

Art. 18. — Les épreuves écrites des aspirants au brevet portent sur les branches suivantes:

A. Religion: Les fondements rationnels de la foi; le dogme chrétien; la morale chrétienne;
B. Psychologie;
C. Pédagogie théorique; histoire de la pédagogie; education; théorie de l'enseignement;
D. Composition de langue maternelle;
E. Dictée d'un morceau littéraire (pour les candidats de langue française);
F. Théorie et problèmes d'après le programme des mathématiques;
G. Comptabilité théorique et pratique;
H. Thème ou version en langue allemande.

Art. 19. — Les aspirantes au brevet subissent des épreuves écrites sur les branches suivantes:

A. Religion: le dogme chrétien; la morale chrétienne;
B. Psychologie;
C. Pédagogie théorique; histoire de la pédagogie; éducation; théorie de l'enseignement;
D. Composition de langue maternelle;
E. Dictée d'un morceau littéraire (pour les candidates de langue française);
F. Théorie et problèmes d'arithmétique; équations du premier degré à une inconnue;

G. Comptabilité théorique et pratique;
H. Thème ou version en langue allemande.

Art. 20. — Le temps accordé pour chaque épreuve écrite, à part la dictée, est d'une heure au minimum. Il ne doit pas être moindre de deux heures et demie pour la composition de langue maternelle et pour les problèmes de mathématiques, et de deux heures pour les épreuves de psychologie, de pédagogie théorique et de théorie des mathématiques.

Art. 21. — La dictée, ainsi que les épreuves de mathématiques et de comptabilité, sont les mêmes pour tous les candidats d'une session d'examen.

Pour les autres branches, la Commission des études peut décider que les candidats auront le choix entre deux sujets d'épreuves.

Les sujets d'épreuves écrites sont remis, sous pli cacheté, au président du jury, par la Direction de l'Instruction publique.

Art. 22. — Les aspirants ne peuvent apporter ni livres, ni notes imprimées ou manuscrites.

Pendant toute la durée d'une épreuve écrite, il leur est interdit de communiquer entre eux ou avec le dehors; ils ne peuvent pas non plus sortir de la salle, pour quelque motif que ce soit.

Art. 23. — Les candidats peuvent, avec permission, sortir de la salle pendant l'intervalle de deux épreuves; mais en ce cas, ils doivent auparavant remettre leur travail, même inachevé.

Ils sont libres de quitter la salle dès qu'ils ont remis le dernier travail figurant à l'ordre du jour de la séance.

Art. 24. — En cas de fraude ou de tentative de fraude, l'exclusion est prononcée par le jury en corps, sur le rapport du surveillant de la salle, et après avoir entendu le coupable. Les faits qui ont motivé l'exclusion sont mentionnés dans le rapport du président à la Direction de l'Instruction publique.

Si la fraude n'a été découverte qu'après la délivrance du brevet, le retrait de celui-ci peut être prononcé par la Direction de l'Instruction publique.

Art. 25. — Le président peut déléguer à des membres du jury la surveillance totale ou partielle d'épreuves écrites.

Art. 26. — Il est remis aux aspirants, pour faire les épreuves écrites, des feuilles revêtues du sceau de la Direction de l'Instruction publique.

Le matérial nécessaire aux candidats est mis à leur disposition par les soins de la Direction de l'Instruction publique. Tout autre matérial est prohibé, à l'exception des plumes et crayons, et des boîtes de mathématiques.

Art. 27. — Les candidats signent leur travail avant de le remettre au membre du jury chargé de la surveillance.

Art. 28. — Les feuilles de chaque épreuve écrite sont corrigées par l'examinateur respectif et soumises à l'appréciation de deux autres membres du jury. La combinaison des notes se fait sous le contrôle du président du jury.

Art. 29. — Les épreuves écrites ne sont pas publiques.

§ 2. — *Des épreuves orales.*

Art. 30. — Les aspirants et les aspirantes au brevet sont soumis à des épreuves orales sur les branches suivantes:

A. Religion: Programme complet;
B. Langue maternelle;
   a) Lecture, diction et explication littéraire d'un texte choisi dans l'un des auteurs désignés par la Direction de l'Instruction publique;
   b) Grammaire et analyse;
   c) Notions de littérature;
C. Langue allemande;
D. Histoire;
E. Géographie;
F. Calcul oral;
G. Sciences naturelles et physiques:
H. Hygiène;
I. Musique et chant: théorie. exécution.

Art. 31. — Les aspirants au brevet sont interrogés, en outre. sur les branches suivantes:

A. Instruction civique:
B. Cosmographie;
C. Eléments d'agriculture.

Les aspirantes sont interrogées sur les connaissances théoriques d'économie domestique.

Art. 32. Le président du jury fixe entre cinq et huit minutes la durée de l'épreuve sur chaque branche, en tenant compte de l'importance et du développement de la branche à examiner.

Art. 33. Les examens oraux sont publics; mais les candidats sont séparés complètement des assistants, et ils ne peuvent avoir avec eux aucune communication.

Art. 34. — Les membres d'un bureau sont tenus d'assister sans interruption aux épreuves orales qu'ils sont chargés de juger.

Art. 35. — Le nombre des questions préparées sur une branche doit dépasser au moins de deux le nombre des aspirants à examiner.

Art. 36. — Le candidat prend au hasard le billet indiquant les questions auxquelles il aura à répondre.

Il est accordé au candidat au moins trois minutes pour préparer ses réponses.

§ 3. — *Des épreuves pratiques.*

Art. 37. — Les épreuves pratiques communes aux aspirants et aux aspirantes sont:

A. Une leçon d'épreuve (pédagogie pratique);
B. Un travail de calligraphie;
C. Un dessin à main levée;
D. La gymnastique.

Art. 38. — Les aspirants sont examinés en outre sur:
A. Le dessin technique;
B. La musique instrumentale.

Art. 39. — Les aspirants instituteurs sont tenus de subir l'épreuve de musique instrumentale.

Cette épreuve consiste en des exercices indiqués séance tenante, et en l'exécution d'un morceau dont l'aspirant peut demander communication une heure avant l'examen.

L'épreuve de musique instrumentale est facultative pour les aspirantes. Celles qui désirent la subir en font la demande, au moins huit jours à l'avance, à la Direction de l'Instruction publique.

Les aspirantes peuvent être autorisées par le président du jury à remplacer l'épreuve de chant par des exercices de musique instrumentale.

Art. 40. — Les épreuves pratiques spéciales aux aspirantes sont:

A. Le dessin de coupe;
B. Les raccommodages et autres travaux à l'aiguille;
C. La coupe et la confection;
D. La cuisine.

Art. 41. — La durée des épreuves pratiques est fixée comme suit:

La calligraphie, la couture et le raccommodage: 1 heure.
Le dessin à main levée: 1 heure ½.
Le dessin technique, la coupe et confection: 2 heures.
La cuisine: 3 heures.

Chaque candidat a de dix minutes à un quart d'heure pour la leçon d'épreuve de pédagogie pratique et de gymnastique.

Art. 42. — Les art. 22 à 28, 33 à 36 sont applicables aux épreuves pratiques.

SECTION III.

Appréciation de l'examen.

Art. 43. — Le résultat de l'examen dans chaque branche est déterminé au moyen de notes indiquées par des chiffres dont la signification est:

8 = distingué;
7 = très bien;
6 = bien;
5 = assez bien;
4 = faible;
3 = insuffisant;
2 = mal;
1 = très mal;
0 = nul.

Dans l'appréciation de l'examen, il est plutôt tenu compte du développement intellectuel du candidat que de l'étendue de ses connaissances.

Art. 44. — Les branches de l'examen sont réparties en onze groupes de la manière suivante:

I. Instruction religieuse.

1. Epreuve écrite.
2. Epreuve orale.

II. Pédagogie.

1. Psychologie.
2. Epreuve écrite de pédagogie théorique.
3. Epreuve pratique de pédagogie.

III. Langue maternelle.

1. Lecture, diction et explication littéraire d'un texte.
2. Grammaire et analyse.
3. Composition (note doublée).
4. Dictée (candidats de langue française).
5. Notions de littérature.

IV. Mathématiques.

1. Calcul oral.
2. Arithmétique théorique et algèbre.
3. Géométrie.
4. Problèmes et exercices.
5. Comptabilité.

V. Langue allemande.

1. Epreuve écrite.
2. Epreuve orale.

VI. Histoire, géographie et instruction civique.

1. Histoire.
2. Cosmographie et géographie.
3. Instruction civique.

VII. Sciences naturelles.

1. Histoire naturelle.
2. Physique et chimie.
3. Agriculture.
4. Hygiène.

VIII. Branches ménagères.

1. Economie domestique.
2. Dessin de patrons.
3. Raccommodage et travaux à l'aiguille.
4. Coupe et confection.
5. Cuisine.

IX. Branches graphiques.

1. Calligraphie.
2. Dessin à main levée.
3. Dessin technique.

X. Musique et chant.

1. Eléments de musique théorique.
2. Chant musical, plain-chant.
3. Musique d'instruments.

XI. Gymnastique.

1. Théorie.
2. Exercices.

Art. 45. — Des notes distinctes sont données pour chaque branche, et le jury établit, en outre, la note moyenne pour chaque groupe séparément.

Art. 46. — Le candidat a droit à un brevet de capacité s'il a obtenu en plein la note 5 dans tous les groupes.

Toutefois, la Commission des études peut délivrer un brevet au candidat qui n'a pas obtenu la note 5 pour la langue allemande, pour la gymnastique, ainsi qu'à celui qui n'a eu, dans le groupe X, une moyenne inférieure à 5 qu'à cause de la note de chant.

Art. 47. — Il est délivré des brevets portant l'une des mentions: très bien; bien; satisfaisant.

Le candidat obtient un brevet avec la mention *très bien*, lorsque la moyenne des notes atteint 6,5 pour l'ensemble des branches et pour la langue maternelle.

Un brevet avec la mention *bien* est délivré au candidat, si la moyenne de ses notes et celle de la langue maternelle sont au moins de 6.

Le candidat qui remplit les conditions fixées à l'art. 46, mais n'atteint pas la moyenne 6 pour l'ensemble des branches et pour la langue maternelle, obtient un brevet avec la mention *satisfaisant.*

Art. 48. — Le candidat qui n'a pas atteint la moyenne 5 dans l'un des groupes peut recommencer l'examen sur toutes les branches de ce groupe. Les notes des autres groupes lui restent acquises.

Le candidat qui a dû refaire une partie de l'examen ne peut pas obtenir un brevet avec la mention *très bien.*

Art. 49. — Le tableau des notes de l'examen est signé par les présidents des bureaux et transmis par les soins du président général à la Direction de l'Instruction publique.

Art. 50. — Les brevets sont délivrés pour une durée de un à quatre ans au vu du tableau des notes.

Art. 51. — L'aspirant qui, ayant subi les épreuves avec succès, déclare n'avoir pas l'intention d'enseigner dans le canton de Fribourg, peut obtenir de la Direction de l'Instruction publique, en échange de son brevet, un brevet spécial sans indication de durée.

Si, plus tard, il postule un emploi dans une école publique du canton de Fribourg, il est tenu de restituer le brevet spécial en échange du brevet ordinaire. Il est alors soumis à toutes les prescriptions imposées par la loi et par les règlements aux porteurs du brevet ordinaire, notamment en ce qui concerne le renouvellement *(Règlement général,* art. 130).

CHAPITRE II.

Des examens pour le renouvellement du brevet de capacité.

Art. 52. — Les examens pour le renouvellement des brevets arrivés à expiration ont lieu chaque année pendant les vacances.

Ils sont annoncés dans la *Feuille officielle*, au moins six semaines à l'avance, par les soins de la Direction de l'Instruction publique.

Art. 53. — Est tenu de se présenter à l'examen de renouvellement des brevets tout maître qui exerce, ou désire exercer des fonctions dans les écoles publiques du canton, et dont le brevet arrive à expiration.

Peut également y être tenu tout porteur de brevet qui le laisse périmer ou qui a abandonné pendant trois ans l'enseignement public dans le canton *(Règlement général,* art. 131).

La Direction de l'Instruction publique peut dispenser des épreuves du renouvellement et mettre au bénéfice du brevet définitif un porteur de brevet qui fait valoir un diplôme universi-

taire d'enseignement moyen reconnu équivalent au certificat d'aptitude pédagogique prévu à l'art. 76 de la loi sur l'instruction primaire.

Art. 54. — La Direction de l'Instruction publique peut, pour des raisons graves, autoriser un porteur de brevet à se présenter à l'examen de renouvellement un an avant l'époque prévue à l'art. 52. En ce cas, le nouveau brevet ne commence à ressortir ses effets qu'après l'expiration du précédent.

Art. 55. — L'instituteur en fonctions dans une école publique du canton, adresse sa demande de renouvellement du brevet à l'inspecteur. Il y joint le brevet périmé. De son côté, la commission locale envoie à l'inspecteur les certificats de service ou de conduite du renouvelant. L'inspecteur fait parvenir le tout à la Direction de l'Instruction publique, avec son préavis.

Les autres postulants adressent directement à la Direction de l'Instruction publique leur demande, accompagnée du brevet arrivé à expiration, et, s'il y a lieu, de leurs certificats *(Règlement général,* art. 132).

Art. 56. — L'examen de renouvellement du brevet porte sur les matières suivantes:

a) Epreuves écrites.

1. Psychologie, éducation et théorie de l'enseignement;
2. Composition littéraire (note doublée);
3. Dictée (pour les renouvelants et renouvelantes de langue française);
4. Allemand, thème ou version;
5. Comptabilité;
6. Hygiène.

b) Epreuves orales.

1. Diction et explication littéraire d'un texte;
2. Grammaire développée;
3. Allemand, lecture, traduction, conversation;
4. Discussion et raisonnement de problèmes;
5. Histoire de la Suisse; géographie de la Suisse; instruction civique (pour les renouvelants).

c) Epreuves pratiques.

1. Pédagogie pratique (leçon d'épreuve);
2. Dessin pédagogique, moyen auxiliaire de l'enseignement;
3. Calligraphie;
4. Chant (pratique).

Art. 57. — La Direction de l'Instruction publique indique, une année à l'avance, deux œuvres d'auteurs classiques pour l'examen d'explication de textes.

Art. 58. — Le jury de l'examen de renouvellement est constitué et fonctionne dans les formes indiquées au chapitre premier, section première. Sont applicables, en outre, les dispositions de la section II fixant les règles à observer dans les épreuves écrites, orales et pratiques. La durée des épreuves est fixée par la Commission des études.

Art. 59. — Au vu du résultat de l'examen, la Commission des études délivre un certificat d'aptitude pédagogique au renouvelant qui a obtenu la note moyenne 6,5 pour l'ensemble des branches, pour la langue maternelle et la pédagogie générale (moyenne combinée des notes pour éducation et théorie de l'enseignement, et leçon d'épreuve).

Art. 60. — Le renouvelant qui a obtenu au moins la moyenne 5 pour l'ensemble des branches, la langue maternelle et la pédagogie générale obtient le renouvellement de son brevet pour une durée à déterminer, entre deux et quatre années, par la Commission des études.

Le brevet ne peut pas être renouvelé, si la note moyenne 5 n'a pas été atteinte pour l'ensemble des branches, la langue maternelle et la pédagogie générale.

---

3. Programme des examens pour le brevet de capacité (Enseignement primaire. (Du 2 octobre 1924.)

PREMIERE PARTIE.

Programme de l'examen pour l'obtention du brevet.

I.

Instruction religieuse.

§ 1. *Pour les aspirants de la religion catholique.*

1. RELIGION.

A. Les fondements rationnels de la foi.

Nécessité d'une religion. — La révélation: nécessité; réalité. La force démonstrative des prophéties, des miracles. Divinité de Jésus-Christ. — Divinité de la religion chrétienne.

Institution d'une Eglise visible et indéfectible. Obligation de lui appartenir. Marques de la vraie Eglise; application au catholicisme.

B. Le dogme chrétien.

Dieu, son existence, ses principales perfections; la Providence. Le mystère de la Sainte Trinité. — La création du monde. Les

anges; existence, nature; les anges gardiens; les démons. — L'homme: origine, nature; spiritualité; immortalité de l'âme.

Le péché originel: existence, nature, conséquences. — L'Incarnation: la personne divine; les deux natures. Le culte du Sacré-Cœur. — La Sainte Vierge: prérogatives; culte. — La Rédemption: nécessité, effets, valeur. — La Résurrection de Notre-Seigneur.

Le Saint-Esprit. — L'Eglise: institution; constitution, hiérarchie, membres; pouvoir; droits. — Le Pape: primauté, infaillibilité. La communion des saints.

La résurrection de la chair. — Le jugement. — Le ciel, l'enfer, le purgatoire.

La grâce sanctifiante; la grâce actuelle. — Le mérite. — La prière: nécessité; efficacité. Analyse de l'Oraison dominicale et de la Salutation angélique.

Les sacrements en général: institution, effets, ministre et sujet de chaque sacrement.

Particularités de certains sacrements:

a) La Pénitence: qualités et diverses sortes de contrition; le bon propos; institution divine et qualités de la confession; satisfaction. Définition et division des indulgences.

b) L'Eucharistie: nature du sacrifice; identité et différence du sacrifice de la croix et de la messe.

La communion: nécessité, dispositions requises pour la recevoir.

c) Le Mariage: unité et indissolubilité.

C. La morale chrétienne.

La moralité d'un acte humain. — La loi naturelle; la loi divine positive; la loi ecclésiastique.

Explication des dix commandements de Dieu: ce qu'ils ordonnent; ce qu'ils défendent; gravité de leur transgression.

Confession annuelle; communion pascale. — L'abstinence; le jeûne. Les fêtes d'obligation. L'obligation de subvenir aux frais du culte.

La conscience. — Le péché: notion, distinction de nombre et d'espèce. — Péché mortel; péché véniel; péché capital, tentation.

Notions générales sur les vertus théologales, cardinales, morales. La perfection chrétienne. — Les trois conseils évangéliques.

D. La liturgie catholique.

Nécessité d'une liturgie; espèces de liturgies.

L'Eglise; l'autel. — Les vases et les principaux vêtements liturgiques. Notions générales sur la liturgie de la messe, des vêpres et des saluts. — Divisions de l'année liturgique.

HISTOIRE DE LA RELIGION.

A. Histoire sainte.

Ancien Testament. — Création du monde et de l'homme. Tentation et chute d'Adam et d'Eve. — Le déluge.

Vocation d'Abraham et sacrifice d'Isaac. — Jacob se rend en Egypte.

Naissance et vocation de Moïse. — Sortie d'Egypte. — Promulgation de la loi mosaïque. — Entrée dans la terre promise.

Caractère du gouvernement des Juges. Etablissement de la royauté. — Principaux événements des règnes de David et de Salomon. — Partage du royaume.

Fin du royaume d'Israël. — Commencement, durée et retour de la captivité.

Mission des prophètes Elie et Daniel.

Persécutions d'Antiochus Epiphane. — Exploits de Juda Machabée. La Judée soumise aux Romains.

Nouveau Testament. — Naissance de Jésus-Christ. — Adoration des bergers et des mages.

Mission de saint Jean-Baptiste. — La pêche miraculeuse. — Guérison du paralytique de Capharnaüm.

Quelques enseignements du Sermon de la montagne. — La résurrection du jeune homme de Naïm et de la fille de Jaïre. — Conversion de Marie-Madeleine. — Promesse de l'Eucharistie.

La primauté promise à saint Pierre. — Transfiguration du Sauveur. — Paraboles du semeur, du bon pasteur, de l'enfant prodigue. — Résurrection de Lazare.

Entrée triomphale de Jésus à Jérusalem. — Prophéties sur la ruine de Jérusalem, la fin du monde et le jugement dernier. — Institution de l'Eucharistie. — Condamnation et mort du Sauveur.

La résurrection de Jésus-Christ. — La primauté conférée à saint Pierre. — L'Ascension.

B. Histoire de l'Eglise.

Descente du Saint-Esprit sur les apôtres. — Première prédication de l'Evangile aux juifs et aux païens. — Concile de Jérusalem.

Les persécutions: causes générales; auteurs et victimes les plus illustres. — Triomphe de l'Eglise sous Constantin.

Conversion des Francs, des Anglo-Saxons, des Germains.

Le schisme grec et le grand schisme d'Occident.

Fondation des Bénédictins, des Franciscains, des Dominicains, des Jésuites.

Causes du protestantisme en Europe et spécialement en Suisse. — Le Concile de Trente. — La Contre-Réformation en Suisse, à Fribourg.

Jansénisme, Gallicanisme. — L'Eglise et la Révolution française. — L'Eglise et Napoléon Ier. — Le Kulturkampf en Allemagne et en Suisse; le vieux-catholicisme.

Bref aperçu sur les règnes des Papes: Pie IX, Léon XIII, Pie X, Benoît XV.

§ 2. *Pour les aspirants de la confession réformée.*

Histoire du peuple d'Israël.

Vie et doctrine de Jésus et de ses apôtres.

Connaissances des livres de la Bible.

Les principaux événements de l'Histoire ecclésiastique jusqu'à la Réforme.

II.

Pédagogie.

Psychologie et logique.

1. PSYCHOLOGIE.

Objet, importance et méthode de la psychologie. — La conscience psychologique. — Facultés de l'âme. — Sensation. — Perception. — Imagination. — Intelligence et raison. — Attention.

Abstraction, comparaison, généralisation. — Jugement, raisonnement. — Origine des idées.

Memoire sensible et mémoire intellectuelle. — Association des images et des idées. — Le langage.

Instincts, inclinations, passions, sentiments. — Habitude. — Volonté. — Liberté psychologique. — Influence réciproque des facultés de l'âme.

Union de l'âme et du corps. — Origine et destinée de l'âme. — Ressemblances et différences entre l'homme et l'animal.

2. LOGIQUE.

(Pour les aspirants.)

Objet de la logique.

Observation. — Expérimentation. — Induction. — Classification. — Définition. — Hypothèse. — Analogie. — Déduction; le syllogisme. — Méthodes analytique et synthétique.

Caractères des méthodes particulières dans les sciences mathématiques, physiques et naturelles, morales et sociales, historiques. — La démonstration religieuse; valeur de l'autorité divine.

La vérité et l'erreur. — Evidence et certitude. — Le sophisme.

3. PEDAGOGIE THEORIQUE.

(Section française.)

A. Histoire de la pédagogie.

L'éducation à Sparte, Athènes, Rome. — Les écoles au temps de Charlemagne, au temps de la Scholastique.

La pédagogie de la Renaissance. — Coménius. — Les Jésuites, Fénelon. — Saint Jean-Baptiste de la Salle. — J.-J. Rousseau. — Les Philanthropinistes.

Pestalozzi. — Frœbel. — Herbart. — P. Girard. — Mgr Dupanloup.

On se bornera à l'essentiel des théories caractéristiques de chaque auteur ou de chaque système, à l'esquisse brève, précise des institutions.

B. Education.

Définition de l'éducation et de la pédagogie.

Culture des sens et de leurs organes. — Education de l'imagination, de la mémoire et du raisonnement. — Culture de l'attention, de l'observation et de la réflexion.

Education des passions et des sentiments. — Rôle de la conviction et de l'habitude dans la formation du caractère. — Formation de la conscience morale. — Formation de la volonté.

Education des principales habitudes et des principales vertus de l'enfance et de la jeunesse: propreté, ordre et ponctualité; politesse, obéissance, sincérité, pureté, travail, patriotisme, piété; conduite à l'égard des êtres inférieurs.

C. Enseignement.

Définition de la méthode pédagogique. — L'instruction et la culture intellectuelle.

L'enseignement simultané; l'emploi des moniteurs. — Les formes expositive, interrogative, active. — Matériel d'enseignement: musée scolaire, gravures, projections, cartes, tableau noir et dessin, livres de classe.

Organisation pédagogique: classement des élèves, répartition du programme, concentration de l'enseignement; horaire journalier.

Grandes lignes de l'organisation actuelle de l'enseignement primaire, secondaire et supérieur dans notre canton. — L'enseignement post-scolaire, ménager, professionnel dans notre canton.

Préparation de la leçon. — Progression normale de la leçon: rappel des notions connues, intuition, élaboration intellectuelle, applications. — Procédés de répétition et de contrôle.

Discipline scolaire. — Récompenses et punitions scolaires. — L'émulation.

Connaissance de la valeur éducative et pratique de chaque branche du programme de l'école primaire. — Exposé des méthodes, des formes et des procédés à employer dans l'enseignement des différentes branches à chaque division de l'école primaire.

4. ENSEIGNEMENT PRATIQUE.

(Leçon d'épreuve.)

Le candidat est appelé à donner une leçon d'épreuve à des élèves réunis par les soins de la Direction de l'Instruction publi-

que et appartenant, si possible, aux trois degrés de l'école primaire. Cette leçon porte sur un sujet pris dans n'importe quelle branche du programme primaire.

Pour l'instruction religieuse, l'épreuve consiste soit dans l'explication littérale de quelques demandes et réponses du catéchisme diocésain, soit dans l'exposition d'un chapitre de l'histoire de la religion.

Le jury prépare autant de sujets différents qu'il y a de candidats à examiner, plus deux. Les sujets proposés sont distribués à l'aspirant, par voie de tirage au sort, un quart d'heure avant chaque épreuve individuelle.

Les candidats restent seuls pour préparer leur leçon. Le jury met à leur disposition les livres et objets nécessaires.

Chaque leçon d'épreuve dure de dix minutes à un quart d'heure. Elle ne peut avoir le caractère ni d'une récapitulation, ni d'un examen.

Le candidat indique brièvement au jury l'ordre à suivre et les moyens à employer dans l'enseignement des matières qui vont faire le sujet de la leçon. Ensuite, il applique les principes énoncés, et a soin d'employer un langage à la portée des élèves. L'ordre, la clarté et la sobriété dans les explications sont particulièrement exigés.

III.

Langue maternelle.

1. LECTURE - DICTION.

Le candidat est appelé à lire un morceau de prose ou de vers dont il fera ensuite un compte rendu. L'épreuve de lecture est combinée avec celle de l'explication de texte.

L'examen a pour objet:

a) La prononciation, l'articulation, les pauses, la lecture expressive;

b) Le compte rendu, qui permettra d'apprécier le degré de développement intellectuel du candidat et sa facilité d'élocution. Le candidat doit rendre le sens du morceau et non le mot à mot.

Des questions sont ensuite posées sur les idées principales, la liaison des idées et le sens des mots.

2. GRAMMAIRE.

Les sons et leur transcription par les diverses sortes de voyelles. Les articulations et leur représentation par les consonnes simples ou composées. La lettre h. Emploi de la majuscule. La syllabe et le mot; les mots composés. Les signes de ponctuation.

Le nom: nom commun, nom propre, nom collectif. Le genre et la formation du féminin; noms à double genre. Le nombre et

la formation du pluriel; pluriel des noms propres et principales règles concernant le pluriel des noms composés.

L'article: article défini, indéfini, partitif; élision et contraction. Répétition ou suppression de l'article. Emploi de l'article devant plus, mieux, moins.

L'adjectif: classification. Formation du féminin et du pluriel des adjectifs qualificatifs; degrés de signification. Règles générales de l'accord de l'adjectif; particularités concernant nu, demi, feu, possible, vingt, cent, mille, même, quelque, tout. Adjectifs employés adverbialement.

Le pronom: espèces; les personnes du discours. Nous et vous employés pour le singulier. Le pronom neutre le. Emploi de qui, que, en, y, dont, d'où, chacun.

Le verbe: verbe transitif, verbe intransitif, verbe passif, verbe pronominal, verbe impersonnel; formes interrogative et négative; temps primitifs et temps dérivés. Particularités se rapportant aux verbes de la première conjugaison. Règles générales de l'accord du verbe avec son sujet. Orthographe du verbe quand le sujet renferme un collectif ou le peu, quand les sujets sont joints par ni, ou, comme, ainsi, que, etc. Accord du verbe être après le pronom ce. Compléments d'objet ou de circonstance; compléments direct ou indirect. Compléments distincts ou complément unique pour plusieurs verbes. Emploi des modes et des temps; concordance des temps. Distinction entre le participe présent et l'adjectif verbal. Règles d'accord du participe passé.

Mots invariables. Rôle de l'adverbe; formation de l'adverbe de manière. Fonction de la préposition. Conjonctions de coordination et de subordination. Etude de que, ou, parce que, quoique, quand, plutôt.

Analyse: La proposition et ses éléments: sujet, verbe, attribut; les compléments et les complétives; le vocatif; l'ellipse et le pléonasme.

3. REDACTION.

Lettre, narration, description, dissertation facile (développement d'une pensée morale ou d'un précepte pédagogique). On tiendra compte de la liaison des idées, de leur originalité, de la façon personnelle de concevoir les idées autant que de la forme. On exigera la clarté, la pureté et la correction du style de préférence à la recherche souvent affectée d'élégance et à la surabondance des figures.

On donnera une note d'orthographe qui sera combinée avec celle de la dictée.

4. ORTHOGRAPHE.

L'orthographe d'usage, l'orthographe de règles et la ponctuation sont l'objet d'une dictée, choisie dans une œuvre littéraire.

5. LITTERATURE.

A. Explication de textes.

Le candidat est appelé à formuler un jugement raisonné sur un passage court, en prose ou en vers, choisi dans les œuvres d'auteurs des XVII^me^, XVIII^me^ et XIX^me^ siècles. Il doit apprécier ce passage au point de vue de la nature du morceau (genre littéraire et fond), de la division et de la suite des idées, des qualités du style.

L'explication de textes sera suivie ou de questions sur la théorie du style ou de questions sur l'histoire de la littérature, autant que possible en rapport avec le texte interprété. La note de théorie du style ou d'histoire de la littérature sera distincte de celle d'explication de textes.

B. Théorie du style.

Qualités générales du style: clarté, précision, correction, naturel, harmonie.

Figures de construction: ellipse, pléonasme, inversion. Figures de pensée: comparaison, antithèse, périphrase, apostrophe, prosopopée. Figures de mot: métaphore, allégorie, métonymie.

Règles de composition concernant la narration, la description, la dissertation et la lettre.

Principes de la versification (mesure, élision, hiatus, repos, rime).

Caractères des genres lyrique, épique, didactique (fable, épître, satire, poème descriptif) et dramatique (tragédie, comédie, drame).

Caractères des genres en prose (histoire, roman, prose didactique).

C. Histoire de la littérature.

Le candidat doit pouvoir indiquer d'une manière succincte, mais précise, les caractères des époques et des écoles littéraires que l'on mentionne ci-dessous, et, quant aux écrivains, le sujet de leurs principaux ouvrages et une appréciation générale de leur œuvre.

La littérature française au moyen âge; la Renaissance française: Ronsard et la Pléiade; Montaigne, saint François de Sales.

La formation de l'idéal classique: Malherbe, l'Hôtel de Rambouillet. — Corneille, Pascal. — L'école classique: Boileau, La Fontaine, Molière, Racine, Bossuet, M^me^ de Sévigné, La Bruyère, Fénelon.

Les caractères de la littérature au XVIII^me^ siècle; l'Encyclopédie, Montesquieu, Voltaire, Buffon, J.-J. Rousseau.

Le romantisme et la littérature au XIX^me^ siècle. J. de Maistre, Chateaubriand, Lamartine, Victor Hugo, Musset, Vigny, Lacordaire, Montalembert, Veuillot, Thiers, Guizot, Taine, Daudet, F. Coppée.

IV.

Mathématiques.

1. ARITHMETIQE.[1])

Théorie de la numération décimale.

Théorie des quatre opérations fondamentales avec les nombres entiers. Preuves.

Théorie de la racine carrée. Opérations.

Caractères de divisibilité par 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 et 15.

Les nombres premiers; recherche du plus grand commun diviseur de deux ou plusieurs nombres. Décomposition d'un nombre en ses facteurs premiers; recherche du plus petit commun multiple de deux ou plusieurs nombres.

Théorie des fractions ordinaires et des fractions décimales; opérations; transformations; fractions périodiques.

Opérations sur les nombres complexes.

Notre système des poids et mesures, d'après la loi fédérale du 24 juin 1909. Principales formules pour la mesure des surfaces et des volumes.

Rapports de nombres et de grandeurs; proportions.

Règle de trois simple et règle de trois composée; résolutions des problèmes par la réduction à l'unité et par les proportions.

Règle d'intérêt; règle d'escompte; échéance moyenne; répartition proportionnelle et règle de société; règles de mélange et d'allitage.

Notions sur les actions et les obligations.

Résolution des équations numériques du premier degré à une inconnue. Mise en équation de problèmes numériques à une inconnue.

2. ALGEBRE.

(Pour les aspirants.)

Les quatre opérations sur les quantités algébriques. Fractions algébriques.

Résolution des équations du premier degré à une et à plusieurs inconnues. Résolution des équations incomplètes et de l'équation complète du second degré à une inconnue.

Mise en équation de problèmes.

Progressions arithmétique et géométrique.

Théorie des logarithmes. Emploi des logarithmes.

Intérêts composés; annuités et amortissement.

---

[1]) Les aspirantes ne sont pas interrogées sur les parties qui sont en italiques.

3. GEOMETRIE.
(Pour les aspirants.)

A. Géométrie plane.

La droite et les angles. Cas d'égalité des triangles. Somme des angles d'un polygone. Propriété d'un parallélogramme. Mesure des angles.

Lignes proportionnelles. Cas de similitude des triangles et propriétés des polygones semblables.

Le triangle rectangle: ses propriétés, relations entre les côtés et la perpendiculaire abaissée du sommet de l'angle droit sur l'hypoténuse.

Les polygones réguliers: inscription du triangle équilatéral, du carré, de l'hexagone, de l'octogone, du dodécagone réguliers; calcul des côtés en fonction du rayon.

Longueur d'une circonférence en fonction du rayon.

Aires du rectangle, du parallélogramme, du triangle, du trapèze, des polygones réguliers, du cercle, du secteur et segment circulaires. Rapports des aires de deux polygones semblables.

Constructions: perpendiculaire et parallèle à une droite; division d'une droite en parties égales et en parties proportionnelles; tangentes à une ou à deux circonférences, raccordement de deux droites; quatrième proportionnelle, moyenne proportionnelle.

B. Géométrie dans l'espace.

Volume du parallélipipède, du prisme, de la pyramide, du tronc de pyramide à bases parallèles et du tronc de prisme.

Surface latérale et volume du cylindre, du cône et du tronc de cône à bases circulaires et parallèles.

Surface et volume de la sphère; surface de la zone et volume du secteur sphérique.

Cubage des bois. Volume des tas de gravier.

4. COMPTABILITE.

I. Les principales opérations commerciales; leur mécanisme: achats et ventes au comptant et à crédit; le prix de revient, les frais généraux.

II. Les principaux moyens de payements directs et indirects avec ou sans escompte: Le payement en espèces, le mandat postal, le recouvrement postal, la lettre de change, le billet de change, le chèque, le chèque postal, le billet à ordre, le mandat et le virement.

III. Les principales pièces comptables dressées à l'occasion des opérations commerciales: Devis, mémoires des artisans, factures, quittances, effets de change, bordereaux d'escompte et d'encaissement.

IV. Conservation des pièces comptables.

V. Tenue des livres en partie simple et en partie double.

Livres essentiels: Journal, Grand-Livre.

Livres auxiliaires: Brouillard, Magasinier, Echéancier et Livre des inventaires. — Clôture. Bilan.

VI. Comptes courants de banque avec intérêts réciproques (méthode indirecte avec nombres et diviseur fixe).

V.

Langue allemande.

Thème ou version faciles.

Lecture d'un morceau facile, avec compte rendu, autant que possible en langue allemande.

Explications grammaticales élémentaires sur le morceau lu.

Conversation.

VI.

Histoire, géographie et instruction civique.

1. HISTOIRE.

A. Histoire universelle.

Histoire romaine: César, Auguste. L'Empire durant les trois premiers siècles. Constantin et Théodose: division de l'Empire (d) [1]). Invasion des Visigoths, des Vandales et des Huns. Chute de l'Empire romain d'Occident (d).

Moyen âge. Clovis et les Francs mérovingiens. Mahomet; conquêtes de l'Islamisme. Règne de Charlemagne. Othon le Grand et la fondation du Saint-Empire germanique; luttes du sacerdoce et de l'empire. — Principaux faits des Croisades. — Résumé de la guerre de Cent-Ans. — Invasion des Turcs ottomans et chute de l'Empire d'Orient (d).

Histoire moderne. Grandes inventions. Découvertes géographiques: Christophe Colomb et Vasco de Gama (d). Luttes de la France contre la Maison austro-espagnole: François Ier et Charles-Quint; Henri II et Philippe II. La Renaissance en Italie et en France. Résumé de la guerre de Trente-Ans; traités de Westphalie (d). Cromwel et la première révolution en Angleterre (d). Guillaume d'Orange et la seconde révolution en Angleterrre: établissement du régime parlementaire. Principaux événements des règnes de Louis XIV et de Louis XV.

L'Empire russe au XVIIIme siècle: Pierre le Grand et Catherine II. — Partages de la Pologne. Guerre d'indépendance d'Amérique. La Révolution française: causes et faits principaux. — Le Consulat et l'Empire (d).

[1]) Les candidats doivent indiquer la date des événements marqués d'un (d).

Période contemporaine. Congrès de Vienne (d). La Restauration en France. — Révolutions de 1830 et de 1848; principales étapes de la formation de l'unité italienne jusqu'à l'occupation de Rome en 1870. — La question d'Orient: guerre de Crimée (d); guerre russo-turque en 1877 et le Congrès de Berlin. Formation de l'unité allemande: guerre de la Prusse contre l'Autriche en 1866 et contre la France en 1870.

B. Histoire suisse.

Temps antérieurs à la Confédération. Populations lacustres. Tentatives d'émigration des Helvètes: Divico. Principaux événements sous la domination romaine. Etablissement des Allémanes et des Burgondes; formation du premier royaume de Bourgogne. Soumission de l'Helvétie par les Francs. Etablissement du christianisme.

Le second royaume de Bourgogne. L'Helvétie sous les empereurs allemands: les Zæhringen. Fondation de Fribourg. Les suzerains de Fribourg depuis sa fondation jusqu'au traité de Berne (1477).

La Confédération suisse. Les origines. — Le pacte de 1291. Guerres d'indépendance: Morgarten (d), Laupen (d). Sempach (d), Næfels (d). Entrée de Lucerne, Zurich, Glaris, Zoug et Berne dans la Confédération (d). Démêlés entre Fribourg et Berne.

L'ancienne guerre de Zurich (d). Formation des bailliages d'Argovie, de Thurgovie et du Tessin: Arbédo (d). Guerres de Bourgogne (d). Entrée de Fribourg et de Soleure dans la Confédération (d). Guerre de Souabe (d). Entrée de Bâle, Schaffhouse et Appenzell dans la Confédération (d). — Rôle des Suisses durant les guerres d'Italie: le cardinal Schiner; Novarre et Marignan (d). La vie intellectuelle, les arts et les mœurs aux XV^me^ et XVI^me^ siècles. Le service étranger: service mercenaire et service capitulé.

Extension du protestantisme en Suisse; premières guerres religieuses: Cappel. Insurrections populaires; guerre des paysans. Guerres de Villmergen (d). Insurrections politiques: Davel, Henzi et Chenaux. Essor intellectuel et artistique de la Suisse aux XVII^me^ et XVIII^me^ siècles.

La Suisse et la Révolution française. — Massacre de la Garde suisse à Paris (d). — Invasion de la Suisse par les Français (d). Indépendance du pays de Vaud. Chute des gouvernements patriciens. Résistance de Berne et de la Suisse centrale. — La République helvétique (d). L'Acte de Médiation (d). Le Pacte de 1815.

Le mouvement libéral vers 1830. Guerre du Sonderbund.

La vie intellectuelle et artistique au XIX^me^ siècle.

2. COSMOGRAPHIE ET GEOGRAPHIE.

A. Cosmographie.

(Pour les aspirants.)

Classification des astres qui forment l'univers.

La terre: preuves de la rotondité; coordonnées terrestres; la rotation; la translation avec l'obliquité et le parallélisme de l'axe; conséquences de ces mouvements et de ces particularités.

Le soleil: parallaxe et distance; diamètre apparent et dimensions; mouvement de rotation. — La lune: parallaxe et distance; diamètre apparent et dimensions; phases et mouvements lunaires. Eclipses de soleil et de lune: conditions de possibilité; éclipses totales et éclipses partielles.

Les planètes: système planétaire; lois de Kepler et de Newton.

B. Géographie générale.

Géographie physique: Répartition des continents et des océans. Les formes du relief et leur représentation cartographique. Les principales lois climatiques concernant la température, le vent et la pluie; climat maritime et climat continental. Le travail d'érosion par les eaux courantes. Répartition des végétaux selon le climat.

Géographie humaine: La population et sa répartition; les races et les religions; les Etats et les villes.

Europe: Avantages de sa situation; ses systèmes montagneux; son climat tempéré et privilégié; ses cours d'eau; productions de l'Europe méditerranéenne, atlantique et orientale; les familles ethniques; les langues et les religions; le partage politique; principales possessions des Etats européens.

Asie: Les vieilles terres du nord et du sud; la région plissée du centre; climat, hydrographie, productions et géographie humaine de l'Asie froide, de l'Asie sèche et de l'Asie de la mousson.

Afrique: Caractère de son relief; climat, hydrographie, productions selon les zones symétriques disposées de part et d'autre de l'équateur. Colonies.

Amérique: La grande chaîne des Cordillères et ses plateaux; la forêt canadienne et amazonienne; les cultures des Etats-Unis et de l'Argentine; les steppes de l'Orénoque et de la Patagonie.

Océanie: L'Australie et ses caractères; les principaux archipels volcaniques ou madréporiques du Pacifique.

C. La Suisse.

Situation; concordance ou discordance entre ses limites naturelles et ses limites politiques; les six chaînes des Alpes par-

tant du Gothard avec les grands sommets et les cols importants. Caractères orographiques et hydrographiques du Jura. Les collines et les vallées du Plateau.

Le climat et les étages de végétation. Localisation des principales industries; les grandes places de commerce avec les principaux articles d'importation et d'exportation.

Population, langues, religions.

Les cantons: limites, localités importantes.

Canton de Fribourg: Limites et étendue. Les régions naturelles: la Plaine et la Montagne. Les cours d'eau; les produits agricoles. La population avec les particularités linguistiques ou religieuses.

Les districts avec les principales communes et paroisses.

3. INSTRUCTION CIVIQUE.

(Pour les aspirants.)

La commune: ses autorités et leurs attributions. La paroisse.

Le canton: la constitution cantonale; les pouvoirs législatif, exécutif et judiciaire; leurs attributions.

La Confédération: les pouvoirs législatif, exécutif et judiciaire; leurs attributions.

L'Etat: sa légitimité, son but, ses ressources. Les devoirs et les droits du citoyen.

L'instruction: les droits de la famille. L'organisation de l'instruction publique dans le canton.

L'armée suisse.

VII.

Sciences physiques et naturelles.

1. ZOOLOGIE.

Les principales fonctions vitales.

Appareil digestif; phénomènes de la digestion; absorption.

Appareil circulatoire; mécanisme de la circulation; sang.

Appareil respiratoire et son fonctionnement. Production de la chaleur animale.

Assimilation et sécrétion.

Appareil de la locomotion; os, description du squelette, fonctions des muscles.

Appareil de la sensibilité: anatomie et physiologie élémentaires de l'encéphale, de la moelle épinière, des nerfs et des organes des sens.

Zoologie descriptive: les embranchements du règne animal; caractères distinctifs des vertébrés; division des vertébrés en classes; division en ordres de la classe des mammifères et de

celle des oiseaux, avec les espèces les plus connues. Caractères distinctifs de la classe des insectes.

Zoologie appliquée: bétail, gibier, basse-cour. Animaux nuisibles.

2. BOTANIQUE.

Racine; formes et fonctions des racines.

Tige: allongement et épaississement de la tige; fonctions et usages des tiges.

Bourgeons et feuilles; rôle des diverses parties de la feuille; sève; produits végétaux provenant de l'élaboration de la sève.

Fleur: les parties de la fleur et leurs fonctions; fruit, graine, germination.

Les embranchements du règne végétal et caractères généraux des classes dans lesquelles ils se divisent.

Usage des plantes: les principales plantes alimentaires, oléagineuses, textiles, fourragères, médicinales.

3. PHYSIQUE.[1])

Propriétés générales des corps. Les trois états de la matière.

Pesanteur: fil à plomb, centre de gravité; pendule; leviers, balance.

Hydrostatique: principe de Pascal, presse hydraulique. Equilibre des liquides, vases communiquants, niveau d'eau. Principe d'Archimède; poids spécifiques. *Aréomètre, alcoomètre, pèse-lait.*

Gaz: transmission des pressions, pesanteur. Pression atmosphérique, baromètre. Aérostats et appareils d'aviation plus lourds que l'air. Loi de Mariotte; manomètre. Machine pneumatique, pompes, siphon.

Acoustique: transmission du son, réflexion du son, écho. Diapason. Phonographe.

Chaleur: dilatation des corps. Température, thermomètre. Changement d'état. Conductibilité; rayonnement. Appareils de chauffage; *machine à vapeur, moteurs à essence.*

Optique: propagation de la lumière, vitesse de la lumière. Réflexion: miroirs plans et miroirs sphériques. Réfraction: prismes, lentilles, lunettes, loupe, microscope, lanterne de projections. Composition de la lumière, spectre solaire.

Magnétisme: aimants naturels et aimants artificiels; boussole.

Electricité: électrisation par frottement; corps bons et corps mauvais conducteurs. Machines électriques; bouteille de Leyde. Foudre; paratonnerre.

Courant électrique: élément voltaïque et éléments à deux liquides.

Décomposition de l'eau; galvanoplastie.

---

[1]) Les aspirantes ne sont interrogées sur les parties en italipues.

Aimantation par les courants: électro-aimants; télégraphe; sonnerie électrique.

Courants d'induction: téléphone; *machine d'induction:* lumière électrique; *transport de force motrice.*

Ondes électromagnétiques: télégraphie et téléphonie sans fil.

4. CHIMIE.[1])

Corps simples: métalloïdes et métaux.

Corps composés: acides, oxydes, bases, sels.

Air atmosphérique: oxygène, azote. Combustion.

Eau: composition et propriétés principales. Hydrogène.

Carbone: charbons naturels et charbons artificiels. Principaux combustibles. Anhydride carbonique et oxyde de carbone; leur action sur l'économie.

Notions sur l'acide azotique et sur l'ammoniaque; nitrates.

Notions sur le phosphore et l'acide phosphorique. Allumettes; phosphates employés en agriculture.

Soufre: anhydride sulfureux, application au blanchiment. *Acide sulfurique.*

Chlore; application au blanchiment. *Acide chlorhydrique.*

Silice: principaux silicates; verres.

Potasse et soude de commerce.

Sel marin; sel gemme.

Chaux; mortiers; ciments. Carbonate de calcium; sulfate de calcium, plâtre. Applications.

Quelques notions sur les métaux usuels: fer, zinc, cuivre, mercure, plomb, étain, argent, or, platine, aluminium, nickel.

Matières organiques, leur composition.

Principaux carbures d'hydrogène; gaz d'éclairage.

Alcool ordinaire; fermentation alcoolique: vin, bière, cidre.

Acide acétique: vinaigre.

Tannage.

Corps gras: saponification: savons, bougies stéariques.

Sucre de canne et de betterave.

Amidon, fécule; farines; panification.

Cellulose: papier.

5. AGRICULTURE.

(Pour les aspirants.)

Eléments d'agriculture.

Agriculture. — Composition du sol. Propriétés physiques, chimiques et biologiques du sol. — Façons culturales (labours, hersages, roulages, binages), engrais, amendements, drainage, irrigation.

---

[1]) Les aspirantes ne sont pas interrogées sur les parties en italiques.

Principes d'élevage; croisement et sélection. Particularités des bêtes bovines, chevalines, ovines et porcines. Alimentation du bétail. Soins à donner aux animaux. — Production du lait; production de la viande.

Arboriculture. — Choix des arbres fruitiers. Soins à donner aux arbres fruitiers. Cueillette et conservation des fruits.

Apiculture. — Les abeilles en ruche, couvain, essaimage. Soins à donner à la ruche. Les maladies et les ennemis des abeilles. Nature et usage de la cire et du miel.

6. HYGIENE.

(Pour les aspirants.)

Alimentation. Classification de s aliments. Variété du régime alimentaire; préparation des aliments. Qualités de l'eau potable. Usage du lait, du vin, de la bière.

Dangers de l'alcool.

Habitation. Conditions relatives à l'emplacement et à l'exposition des bâtiments d'habitation. Aération des appartements. Précautions à prendre dans le chauffage. Propreté de l'habitation.

Hygiène des vêtements. Propreté du corps: dents, chevelure, ongles, mains, pieds. Rôle hygiénique des bains.

Travail et repos. Effets du travail musculaire. Rôle du sommeil. Soins à donner aux différents sens.

Hygiène scolaire. La salle de classe: dimensions, éclairage, ventilation et chauffage. Bancs d'école.

Règles hygiéniques à observer par le maître et par les élèves pendant les classes et les récréations.

Connaissance élémentaire des maladies de l'enfance au point de vue de l'hygiène scolaire: maladies parasitaires; conjonctivite, grippe, diphtérie, scarlatine, rougeole, variole, fièvre typhoïde, scholiose.

VIII.

Branches ménagères.

(Pour les aspirantes.)

1. CONNAISSANCE THEORIQUE.

A. Comptabilité du ménage.

Son importance. Budget. Livres de comptabilité du ménage. Institutions de prévoyance.

B. L'habitation.

Situation, exposition, distribution, aération. L'air: quantité nécessaire; divers systèmes de ventilation.

Eclairage. Avantages et inconvénients des divers modes d'éclairage; précautions à prendre avec le gaz, le pétrole, les essences. Entretien des lampes.

Chauffage. Divers systèmes. Température des appartements. Combustibles. Dangers de l'oxyde de carbone.

Tenue de la maison. Choix et entretien du mobilier. Divers travaux de ménage.

Lit. Soins particuliers à donner à la literie. Utilité des caves et des greniers.

C. Le vêtement.

Valeur des divers tissus; leur conductibilité pour l'air, la chaleur, l'humidité suivant la matière première, la texture, la couleur. Choix des vêtements suivant l'âge, la température, le climat, la saison.

Forme des vêtements; dangers des vêtements trop étroits.

Soins à donner aux vêtements; importance du raccommodage. Préservation des vêtements contre les teignes.

Lessive, ses diverses opérations. Matières employées pour la lessive. Moyens d'enlever les taches sur le linge, sur la soie, sur la laine, etc. Repassage.

D. Les aliments.

Nécessité des aliments. Valeur nutritive; digestibilité.

Aliments d'origine animale, Viandes de diverses espèces: viandes de boucherie, volaille, poissons, œufs, lait, dérivés du lait. Viandes dangereuses.

Aliments végétaux: céréales, légumineuses, plantes potagères, tubercules, fruits, sucre, miel, huiles.

Altérations des aliments. Principales falsifications.

Aliments minéraux: L'eau: eau de la pluie, de source, de rivière, de puits. Qualités essentielles d'une eau potable. Moyens de purifier l'eau: filtrage, ébullition.

Le sel: effets, emploi. Les condiments.

Les boissons. Eau aérées. Boissons alimentaires: café, thé, cacao. Boissons alcooliques: vin, bière, cidre, eau-de-vie, liqueurs. Dangers de la consommation abusive des boissons alcooliques. Falsification des boissons.

Aliments et boissons pour malades et convalescents.

Préparation des aliments. Conservation; provisions.

Composition hygiénique et économique des repas.

E. La santé (hygiène).

Conditions nécessaires à la santé. L'exercice et le repos. Importance de la gymnastique. La peau; ses fonctions; soins qu'elle exige. Importance de la propreté corporelle. Soins à donner aux cheveux, aux dents. Hygiène des organes des sens.

Soins à donner aux enfants en bas âge: coucher, vêtements, alimentation.

Maladies contagieuses. Précautions à prendre; isolement; désinfection; vaccination, sérothérapie. — Mesures et précautions à prendre à l'école en cas de maladie contagieuse, d'épidémie. Hygiène scolaire.

Soins à donner aux malades. Qualités de la garde-malade. Température de la chambre du malade, aération, entretien.

Premiers secours en cas de maladies ou d'accidents. Convulsions; croup; refroidissements; contusions; blessures; coupures; hémorragies; brûlures; évanouissement; asphyxie; indigestion; empoisonnement. — Pharmacie domestique: compresses, bandages, sinapismes, sangsues. — Respiration artificielle.

F. Jardinage.

Utilité d'un jardin potager. Terrain. Fumure. Assolement. Semis. Sarclage et entretien du jardin potager. Jardinet médicinal.

2. EPREUVES PRATIQUES.

A. Cuisine.

Soupes aux légumes verts, aux légumes secs, aux farineux, gruaux, pâtes. Bouillons gras, maigres.

Viandes bouillies, rôties, braisées. Ragoûts. Sauces. Viandes fraîches, salées, fumées.

Légumes verts, légumes secs. Farineux; pâtes alimentaires; laitage; œufs; crèmes et entrements simples.

Fruits verts, fruits secs; compotes, marmelades. Pâtisserie de ménage; pâte brisée. Pain. Biscuits simples.

Conserves de ménage.

Aliments et boissons pour malades.

B. Travaux à l'aiguille.

Tricotage. — Théorie du bas à l'endroit et du bas à côtes.

Lingerie. Couture. — a) Principaux points employés en couture: point devant; point d'ourlet; point de côté; point arrière, piqûre; point de surfilage; point lacé; point de flanelle; point de feston.

b) Surjet.

c) Faux ourlet en droit fil et en biais.

d) Couture rabattue, droit fil et biaisée; couture anglaise. Fronces et plis. Biais. Bordage et attache des rubans.

e) Boutonnière bride plate, bride ronde, œillet. Attache des boutons et agrafes (crochets et mailles).

f) Marque du linge au point de croix.

Raccommodage. — a) Raccommodage des bas; mailles claires; trou de mailles à l'endroit; trou de mailles à l'envers; trou de côtes; trou de point de couture; trou de diminutions.

b) Pièces rapportées: pièce à surjet; pièce à couture rabattue; pièce dans l'étoffe à dessins; pièce au point lacé.

c) Reprises: reprise simple; reprise damassée; reprise dans le drap.

Tracé des patrons, coupe et confection. — a) Layette: corsage, chemisette, pantalon-couche, bavette.

b) Pantalon.

c) Chemise de femme: chemise avec manches ou sans manches.

d) Tablier à empiècement et chemise de nuit.

e) Camisole.

IX.

Branches graphiques.

1. DESSIN A MAIN LEVEE.

Le candidat exécute „à vue", le dessin d'un objet mis sous ses yeux. (Perspective d'observation.)

Il peut ombrer son dessin, en tout ou en partie. On demande surtout une esquisse correcte.

2. DESSIN TECHNIQUE.

Projections d'un objet simple, dessiné grandeur naturelle ou „à l'échelle" éventuellement. Dessin du plan, de l'élévation et, suivant le cas, dessin de profil et coupes.

Perspective d'un détail.

Un croquis coté du même objet pourra être exigé.

Note. — L'examen de dessin professionnel à subir par les aspirantes, consiste en un Dessin de patrons. (Voir ch. VIII, *Economie domestique.)*

3. CALLIGRAPHIE.

Le candidat trace une page d'écriture à main posée, en gros, en moyen et en fin, dans les trois principaux genres, savoir: la cursive, la bâtarde et la ronde.

Il est tenu compte aussi de l'écriture courante, d'après l'ensemble des travaux écrits.

X.

Musique et chant.[1])

A. Théorie.

Solfège. — Portée, clefs, notes, silences; termes et signes concernant les nuances; termes et signes concernant le tempo; me-

[1]) Les aspirantes ne sont pas interrogées sur les parties en italiques.

sures; syncopes, contretemps. Intervalles et leurs renversements; gammes majeures et leurs armatures; les trois sortes de gamme mineure.

Harmonie. — Accords à trois sons consonnants et dissonnants, leurs positions, leurs renversements. Enchaînement des accords: mouvement des voix, notes communes; suites de quintes et d'octaves directes ou cachées; la fausse relation; l'intervalle de triton.

Cadence authentique, plagale, à la dominante, grégorienne (IV à V), interrompue, rompue.

Accords de septième primaires, leurs renversements, résolutions les plus naturelles de l'accord de septième de dominante.

Notes de passage, broderies, échappées, anticipations, retards; appogiatures.

Diatonie, chromatisme. — Transposition; modulation.

Chant grégorien. — Modes grégoriens avec dénomination, ambitus, finale, dominante, caractère spécial. Prononciation et accentuation du latin.

Genre grégorien syllabique, psalmodique, mélismatique. Les neuf formules romaines du chant des psaumes (par cœur), psaumes d'introït (lus). Les neumes simples, leurs noms latins, leurs figures, leur exécution, leur transcription en notation moderne; les neumes composées. Le quilisma; les notes liquescentes; la virga isolée; les „blancs" de la notation grégorienne; genre et rôle des barres dans les deux notations.

Pédagogie musicale. — La voix d'enfant; le solfège, la dictée musicale et le chant à l'école primaire; principes élémentaires de leur enseignement. *L'homophonie et la polyphonie vocales. Les voix dans le chœur mixte, le chœur d'hommes; principes de direction d'un chœur.*

B. Pratique.

Solfiation, solmisation ou exécution, avec texte, d'un solfège facile ou d'un chant en français, puis d'une pièce ordinaire de chant grégorien. (Le candidat peut s'orienter pendant deux minutes sur sa tâche, sans pourtant l'exécuter à haute voix, ni l'essayer sur un instrument. Si l'examinateur ne lui a pas prescrit une manière, il est libre de solfier (avec le nom des notes), ou de solmiser (avec une voyelle ou syllabe de son choix), ou de chanter avec texte le chant français ou latin qu'on lui a proposé).

Pour les aspirants. — Exécution, sur l'harmonium, l'orgue ou le piano, d'un morceau facile présenté au candidat deux minutes auparavant. Accompagnement de l'une ou l'autre des neufs psalmodies grégoriennes, ou d'une pièce grégorienne simple au naturel ou transposées.

XI.

Gymnastique.

I. Epreuves orales.

1. Utilité de la gymnastique pour les deux sexes et aux différents âges. — Avantages des exercices en plein air. — Influence de la gymnastique sur la santé. — Précautions hygiéniques suivant l'état de l'atmosphère. — Le sport et le jeu.

2. Méthode à suivre et choix des exercices pour un programme et pour une leçon suivant les âges et les sexes. — Explication des exercices choisis dans le manuel fédéral; valeur et but de ces exercices.

II. Epreuves pratiques.

1. Exécution de deux exercices choisis dans le manuel officiel et fixant les aptitudes du candidat à la démonstration des exercices.

2. Leçon à donner d'après le manuel officiel.

SECONDE PARTIE.

Programme de l'examen pour le renouvellement du brevet.

Après avoir obtenu le brevet de capacité, l'instituteur qui veut se mettre à la hauteur de sa vocation doit consacrer les instants dont il dispose à un travail personnel en vue de développer et de compléter les connaissances acquises à l'Ecole normale.

L'examen de renouvellement a pour but de constater le résultat des études faites ainsi au début de la carrière de l'instituteur et de favoriser l'initiative individuelle et le développement de l'expérience. Le programme est basé sur cette préoccupation.

Seules, les branches mentionnées ci-après figurent au programme du renouvellement. Nous nous contentons de donner le titre des branches chaque fois que le programme ne diffère pas de celui fixé pour l'examen d'obtention du brevet.

I. Pédagogie.

A. Psychologie et logique.
B. Education et théorie de l'enseignement.
C. Pédagogie pratique. (Il est tenu compte de la pratique de l'enseignement.)
D. Dessin pédagogique, destiné à illustrer l'enseignement.

II. Langue maternelle.

A. Diction et explication littéraire de textes.
B. Grammaire développée. — Le développement est basé sur l'ouvrage „Cours de langue française. grammaire, III^{me} degré", par Maquet et Flot, librairie Hachette & C^{ie}.

C. Rédaction.
D. Orthographe.

III. Mathématiques.

A. Problèmes (selon le programme de mathématiques). — L'examen consiste en une discussion raisonnée au tableau noir.
B. Comptabilité.

IV. Langue allemande.

V. Histoire, géographie et instruction civique.

A. Histoire: La Suisse.
B. Géographie: Le canton de Fribourg et la Suisse.
C. Instruction civique.

VI. Hygiène.

VII. Calligraphie.

VIII. Chant (partie pratique).

XI. Kanton Solothurn.

1. Fortbildungsschulen.

1. Lehrplan für die gewerblichen Fortbildungsschulen des Kantons Solothurn. Als verbindliche Vorschrift für die gewerblichen Fortbildungsschulen auf 31. März 1925 vorläufig für die Dauer von zwei Jahren eingeführt durch Regierungsratsbeschluß Nr. 3472 vom 20. August 1924.

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Departemental-Regulativ für die Handelsschule der Kantonsschule Solothurn. (Vom 9. Dezember 1924.)

In der Erwägung, die Stellung und den Geschäftskreis der Handelsschulkommission abzugrenzen und, um der Kommission die Möglichkeit der Begutachtung in wichtigen organisatorischen Fragen der Handelsschule zu verleihen, damit zwischen Kommission und Schule eine innige Verbindung stattfinde,

in der Absicht, den stets nur bruchstückweise vorhandenen, in verschiedenen Erlassen, Regierungsratsentscheiden, Jahresberichten der Kantonsschule schwer auffindbaren, durch zahlreiche Spezialerlasse durchlöcherten Lehrplan einheitlich zusammenzufassen,

in der Absicht, die Diplomprüfung der Schüler einheitlich zu ordnen, und gleichzeitig auch festzulegen, ob die Abnahme der

Diplomprüfung auch andern Inspektoren als den Mitgliedern der Handelsschulkommission übertragen werden könne,

in der Meinung, daß dieses Departemental-Regulativ jederzeit widerrufen und abgeändert werden könne,

in Berücksichtigung und Anwendung des Gesetzes betreffend die Erweiterung der zweiklassigen Merkantil-Abteilung an der solothurnischen Kantonsschule zu einer dreiklassigen Handelsschule vom 3. April 1892, des Regierungsratsbeschlusses vom 25. Mai 1898 betreffend Schaffung einer fünfgliedrigen Handelsschulkommission, des Regierungsratsbeschlusses vom 8. März 1902 betreffend Abänderung des Lehrplanes der Gewerbeschule, Handelsschule und pädagogischen Abteilung der Kantonsschule, der §§ 17, 18, 29 und 35 des Kantonsschulgesetzes vom 29. August 1909, des Regierungsratsbeschlusses vom 29. März 1916 betreffend die provisorische Anwendung des Maturitäts-Reglementes vom 21. März 1907, auf die Diplomprüfungen der Handelsschule der Kantonsschule, wird

festgestellt und verfügt:

I. Stellung und Kompetenz der Handelsschulkommission.

§ 1. Der Regierungsrat ernennt auf die gesetzliche Amtsdauer von vier Jahren die Handelsschulkommission. Sie besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern. Die Kommission wählt aus ihrer Mitte den Präsidenten. Der Vorsteher der Handelsschule führt von Amts wegen das Protokoll der Kommission und hat beratende Stimme.

§ 2. Die Mitglieder der Handelsschulkommission beziehen gleich den Mitgliedern der Maturitäts-Prüfungskommission keine Taggelder. Das Amt ist Ehrenamt.

§ 3. Die Handelsschulkommission versammelt sich auf Einladung ihres Präsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern.

§ 4. Die Handelsschulkommission kann zu ihren Beratungen Professoren der Handelsschule beiziehen.

§ 5. Die Handelsschulkommission überwacht den von den Professoren, Lehrern und Hilfslehrern erteilten Unterricht an der Handelsschule. Der Vorsteher, die Professoren, Lehrer und Hilfslehrer haben der Kommission und den einzelnen Mitgliedern jede die Aufsicht und die Überwachung des Unterrichts betreffende Auskunft zu erteilen.

Sie führt die Diplomprüfung durch gemäß besonderem Reglement.

Die Handelsschulkommission hat das Recht, die Aufsicht über den Unterricht, die Durchführung der Diplomprüfung in einzel-

nen Fächern und die Festsetzung der Noten darin an eines oder mehrere Mitglieder oder im Einverständnis mit dem Erziehungsdepartement an dritte Personen zu delegieren.

§ 6. Der Handelsschulkommission werden insbesondere zur Vorberatung und Begutachtung überwiesen:

1. Fragen, die sich bei notwendig werdender Parallelisation von Klassen ergeben;
2. Abänderungen des Lehrplanes;
3. Einführung neuer Lehrmittel;
4. Fragen betreffend Wahl von Inspektoren für die Handelsschule;
5. alle auf die Handelsschule bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Reglemente.

§ 7. Bei Neuwahl von Lehrkräften der Handelsschule oder solchen Lehrern, die hauptsächlich an ihr zu wirken haben, wird das Anmeldungsmaterial der Handelsschulkommission zur Einsichtnahme und Prüfung unterbreitet. Zu allfälligen Probelektionen und zur anschließenden Besprechung sämtlicher Zuhörer werden die Mitglieder der Handelsschulkommission eingeladen. Die Kommission kann beim Erziehungsdepartement Anregungen und Meinungsäußerungen anbringen.

§ 8. Schlußnahmen und Anregungen über die der Handelsschulkommission zugewiesenen Gegenstände, sowie aus eigener Initiative entstandene Anregungen der Kommission sind dem Erziehungsdepartement zu überweisen. Eingaben über Fragen, mit denen sich die Lehrerkonferenz befassen muß, werden an sie weitergeleitet.

II. Lehrplan der Handelsschule.

A. Organisation und Zweck der Schule.

Die Handelsschule hat drei Jahreskurse. Sie bietet die Vorbildung für die Ausübung des kaufmännischen Berufes und für den Verwaltungs- und Verkehrsdienst, sowie für das Studium an Handelshochschulen. Als Vorbildung setzt sie die Absolvierung einer zweiklassigen Bezirksschule oder einer anderen gleichwertigen Schulanstalt voraus.

B. Lehrziel.

1. Religionslehre.

a) Römisch-katholische. Die Kirche in ihrer Gründung und Wirksamkeit. Methodische Begründung und Verteidigung der katholischen Religion.

b) Christ-katholische. Begründung der Geschichte der christlichen Kirche in ihrer innern Entwicklung und in ihrem Verhältnis zum Staat.

c) Reformierte. Vermittlung einer gründlichen Kenntnis der heiligen Schrift, um so den Boden zu schaffen für einen erfolgreichen Unterricht in der evangelisch-christlichen Glaubens- und Sittenlehre. Weckung und Pflege der Erkenntnis von der fortschreitenden Entwicklung der christlichen Kirche, um die Schüler zu befähigen, sich im spätern Leben in den religiös-kirchlichen Fragen ein richtiges Urteil zu bilden.

2. Deutsche Sprache.

Sicherheit im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Muttersprache. Richtige, möglichst dialektfreie Aussprache, sinngemäßes Lesen, Gewandtheit im mündlichen Ausdruck und in der schriftlichen Fixierung eines einfachen Gedankenganges. Durch Hinweis auf nachahmenswerte Vorbilder aus dem Reiche der Dichtung: Förderung der Charakterbildung; durch Hinweis auf das Schöne in den Werken unserer Dichter: Förderung der ästhetischen Bildung.

Vertrautheit mit bedeutenderen literarischen Erscheinungen des deutschen Sprachgebietes.

3. Fremdsprachen.

Der Unterricht im Französischen, Englischen und Italienischen soll den Schüler befähigen, die Fremdsprache zu verstehen, und sich ihrer mit einiger Fertigkeit zu bedienen. Fähigkeit, leichtere kaufmännische Briefe zu schreiben.

4. Geschichte.

a) Allgemeine. Kenntnis der wichtigsten Ereignisse und Kulturerscheinungen der Welt- und Schweizergeschichte und Einsicht in den Kausalzusammenhang der geschichtlichen Ereignisse.

b) Handelsgeschichte. Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart auf dem Grunde ihrer geschichtlichen Entwicklung.

5. Geographie.

a) Allgemeine. Kenntnis der wichtigsten Gesetze und Erscheinungen der allgemeinen Geographie als Vorschule für den Unterricht in der Handelsgeographie.

b) Länderkunde (Handelsgeographie, einschließlich Wirtschafts- und Verkehrsgeographie). Hinreichende Kenntnis der Erdräume, mit besonderer Betonung ihrer Produktions-, Handels- und Verkehrsverhältnisse. Verständnis der Faktoren, welche die handelsgeographischen Verhältnisse der einzelnen Wirtschaftsgebiete bedingen.

6. Arithmetik.

a) Kaufmännisches Rechnen. Sicherheit und Gewandtheit in der Auffassung und Ausführung der für den Kaufmann wichtigen Berechnungen des Waren- und Bankgeschäftes. Gewöhnung an logisches Denken. Klares, rechnerisches Verständnis.

b) Mathematik. Kenntnis der mathematischen Grundlagen der politischen Arithmetik.

7. Buchhaltung.

Erlernung der Systematik der Buchführung, ihre Darstellungsformen und ihre Anwendung in den verschiedenen wirtschaftlichen Betrieben (Waren-, Bank- und Fabrikationsgeschäft). Bilanzkunde und Statistik.

8. Handelsrecht.

Kenntnis der elementaren Rechtsbegriffe und der wichtigsten Bestimmungen des Handelsrechts, welche dem Kaufmann unerläßlich sind.

9. Volkswirtschaftslehre.

Einblick in die Tätigkeit und die Vorgänge, welche bezwecken, die menschlichen Bedürfnisse nach äußern Gütern zu befriedigen. Die Wirtschaftstheorien in ihren Grundzügen, mit Berücksichtigung der Stellung und Aufgabe des Staates zur Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Volkes.

10. Handelslehre.

Kenntnis der Technik des Handels und seiner Hilfsgewerbe. Wirtschaftliche Formen des Geschäftsbetriebes.

11. Physik.

Kenntnis der wichtigsten physikalischen Vorgänge und Gesetze auf experimenteller Grundlage, mit besonderer Berücksichtigung ihrer praktischen Anwendungen.

12. Chemie und Warenkunde.

Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der Chemie. Verarbeitung der Naturprodukte zur fertigen Ware. Industrielehre.

13. Kalligraphie.

Aneignung einer geläufigen Handschrift. Zierschriften.

14. Stenographie.

Der Schüler soll die Schnellschrift so beherrschen, daß er ein geläufig gesprochenes Diktat nachschreiben kann.

15. Gesang.

Kenntnis der allgemeinen Musiklehre. Beherrschung der Stimmittel; Weckung der Freude am Gesang und des Kunstverständnisses. Aneignung eines Liederschatzes.

16. Turnen.

Harmonische Ausbildung des Körpers zur Festigung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Mut und Selbstvertrauen, Entschluß zu raschem Handeln sollen geweckt werden.

C. Lehrstoff und Stundenzahl.

Die Lehrfächer und die Wochenstunden verteilen sich auf die einzelnen Klassen folgendermaßen:

I. Klasse:

Religionslehre (1 Stunde).

a) Römisch-katholische: Kirchengeschichte 1. bis 11. Jahrhundert.

b) Christ-katholische: Das Zeitalter der Apostel. Geschichte der christlichen Kirche im Römischen Reich.

c) Reformierte: Christliche Glaubens- und Sittenlehre, als Vorbereitung auf die Admission. Memorieren von Kirchenliedern.

Deutsch (4 Stunden).

Lektüre und Erklärungen ausgewählter prosaischer Lesestücke, Gedichte und leichterer Werke der epischen und dramatischen Poesie (z. B. Tell, Jungfrau von Orleans, Hermann und Dorothea, und Erzählungen neuerer Schweizerautoren). Memorieren von Gedichten. Sprechübungen in Form leichter Vorträge. Regelmäßige Wiederholungen und Ergänzungen der Sprachlehre. Haus- und Schulaufsätze.

Französisch (4 Stunden).

Wiederholung und Fortsetzung der Formenlehre. Das Wichtigste über den Satzbau. Grundzüge der Phonetik. Lesen, Übersetzen und Behandeln von Prosastücken. Sprechübungen im Anschluß an die Lektüre und auf Grund des Erfahrungskreises und der Anschauung. Schriftliche Arbeiten.

Englisch (4 Stunden).

Phonetische Übungen. Formenlehre. Das Wichtigste über den Satzbau. Lesen, Übersetzen und Behandeln von Prosastücken und Gedichten. Memorierübungen. Sprechübungen im Anschlusse an die Lektüre und auf Grund des Erfahrungskreises und der Anschauung. Schriftliche Arbeiten.

Italienisch (4 Stunden).

Einführung in die Laut- und Formenlehre. Das Wichtigste über den Satzbau. Lesen, Übersetzen und Behandeln von Prosastücken und Gedichten. Memorierübungen. Sprechübungen im Anschluß an die Lektüre, an die Betrachtung von Wandbildern

und an Vorkommnisse aus dem Erfahrungskreis des Schülers. Schriftliche Arbeiten.

Geschichte (3 Stunden).

Das Wichtigste aus der allgemeinen Geschichte der Neuzeit.

Geographie (2 Stunden).

Grundzüge der allgemeinen Geographie. (Kosmographie, mathematische und physikalische Erdkunde.)

Arithmetik (4 Stunden).

a) Kaufmännisches Rechnen (2 Stunden). Repetition der Grundrechnungsarten. Abgekürztes Rechnen. Das englische Münz-, Maß- und Gewichtssystem. Dreisatz, Vielsatz und Kettensatz. Proportionen. Kopfrechnen.

b) Algebra (2 Stunden). Die Grundformeln. Zerlegen in Faktoren, Bruchlehre. Gleichungen des 1. Grades mit einer Unbekannten. Quadrat- und Kubikwurzel.

Buchhaltung (3 Stunden).

Einfache Buchhaltung. Einführung in die doppelte Buchhaltung. Kontokorrentlehre. Progressive, retrograde und Staffelmethode.

Kalligraphie (1 Stunde).

Zierschrift, lateinische Kurrentschrift.

Stenographie (1 Stunde).

Einigungssystem Stolze-Schrey. Leseübungen, Diktat für Schnellschreibübungen.

Turnen (2 Stunden).

Knaben: Ordnungs-, Marsch-, Frei- und Stabübungen. Schweizerische Turnschule. Kombinierte Übungen an den Geräten. Pferdspringen.

Mädchen: Klassenturnen nach Turnanleitung. Freiübungen.

Militärische Übungen (2 Stunden im Sommer).

II. Klasse:

Religionslehre (1 Stunde).

a) Römisch-katholische: Kirchengeschichte 12. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

b) Christ-katholische: Die christliche Kirche im germanischen Reich. Das Papalsystem im Mittelalter.

c) Reformierte: Kirchengeschichte bis zur Reformation.

Deutsch (4 Stunden).

Behandlung schwerer Prosastücke und Gedichte. Lektüre und Erklärungen klassischer Dichtungen (Lessings, Goethes, Schillers) und einzelner Werke des 19. Jahrhunderts (z. B. Kleists, Grillparzers und vor allem der bedeutendsten Schweizerautoren). Einführung in die Metrik und Poetik. Vorträge. Haus- und Schulaufsätze.

Französisch (4 Stunden).

Abschluß der Formenlehre. Die Lehre vom Satzbau. Lektüre und Besprechung von Prosastücken. Konversationsübungen und Memorieren. Schriftliche Arbeiten.

Englisch (4 Stunden).

Abschluß der Formenlehre. Die Lehre vom Satzbau. Lektüre und Besprechung von Prosastücken und einigen Gedichten. Konversationsübungen und Memorieren. Schriftliche Arbeiten.

Italienisch (4 Stunden).

Abschluß der Formenlehre. Die Lehre vom Satzbau. Lektüre und Besprechung von Prosastücken. Sprechübungen und Memorieren. Schriftliche Arbeiten.

Geschichte (2 Stunden).

Geschichte der Schweiz im 18. und 19. Jahrhundert, mit besonderer Betonung der Kultur- und Verfassungsentwicklung.

Geographie (2 Stunden).

Wirtschafts-, Handels- und Verkehrsgeographie der Länder Europas, mit Ausnahme der Schweiz.

Arithmetik (4 Stunden).

a) Kaufmännisches Rechnen (3 Stunden): Wiederholung der gewöhnlichen Rechnungsarten. Verteilungs-, Mischungs-, Prozent-, Zins- und Diskontrechnungen. Wechsel- und Terminrechnungen. Einfache Warenkalkulation. Kopfrechnen.

b) Algebra (1 Stunde): Gleichungen des 1. Grades mit mehreren Unbekannten. Potenzen. Logarithmen. Quadratische Gleichungen.

Buchhaltung (2 Stunden).

Die systematische Buchführung nach verschiedenen Systemen vermittelst Durchführung praktischer Geschäftsgänge. Abschlüsse der doppelten Buchhaltung. Buchhalterische Verarbeitung des Warengeschäftes. Theorie.

Wechselrecht (2 Stunden).

Wechsel, Scheck, Anweisung und Billet à ordre. Namen- und Inhaberpapiere. Die wirtschaftliche Bedeutung des Wechsels.

Physik (2 Stunden).

Wärmelehre, Mechanik, Magnetismus und elektrische Ströme.

Chemie (2 Stunden).

Die wichtigsten Elemente und ihre Verbindungen.

Kalligraphie (1 Stunde).

Schreibübungen zur Verbeserung der Handschrift.

Turnen (2 Stunden).

Knaben: Ordnungs-, Marsch-, Frei- und Stabübungen und Turnspiele. Schweizerische Turnschule. Kombinierte Übungen an den Geräten. Pferdspringen (Grätsche, Hocke).

Mädchen: Klassenturnen nach Turnanleitung. Rhythmische und Freiübungen.

Militärische Übungen (2 Stunden im Sommer).

III. Klasse:

Religionslehre (1 Stunde).

a) Römisch-katholische: Theorie und Beweis der Religion.

b) Christ-katholische: Die christliche Kirche im Zeitalter der Reformation. Die kirchlichen Ereignisse in der Neuzeit.

c) Reformierte: Kirchengeschichte von der Reformation bis zur Gegenwart.

Deutsch (4 Stunden).

Fortsetzung in der Lektüre der Meisterwerke des 18. und 19. Jahrhunderts. Auswahl aus der Lyrik. Literaturkunde der Neuzeit, besonders der klassischen Epoche und der schweizerischen Dichtung des 19. Jahrhunderts. Aufsätze.

Französisch (3 Stunden).

Befestigung der Sprachlehre. Lektüre und Behandlung geeigneter Prosa. Konversation. Aufsätze. Leichtere Handelsbriefe.

Der Unterricht wird, soweit möglich, in allen Klassen in französischer Sprache erteilt.

Englisch (3 Stunden).

Befestigung der Sprachlehre. Lektüre und Behandlung von Prosastücken. Konversation. Schriftliche Arbeiten. Leichtere Handelsbriefe.

Italienisch (3 Stunden).

Befestigung der Sprachlehre. Lektüre und Behandlung von Prosastücken. Konversation. Schriftliche Arbeiten. Leichtere Handelsbriefe.

Handelsgeschichte (2 Stunden).

Die wirtschaftliche Entwicklung der wichtigsten Handelsvölker. Handelsepoche der italienischen Städte. Die Hansa und das nördliche Handelsgebiet. Das Zeitalter der Entdeckungen. Die neuere Zeit, vornehmlich Behandlung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse.

Geographie (2 Stunden).

Wirtschafts-, Handels- und Verkehrsgeographie der außereuropäischen Erdteile und der Schweiz.

Arithmetik (4 Stunden).

a) Kaufmännisches Rechnen (3 Stunden): Warenrechnung. Bezugs- und Verkaufskalkulation. Münzrechnung. Gold- und Silberrechnung. Münzparitäten. Wechselrechnung: Direkte und indirekte Wechselreduktionen, Wechselarbitrage. Effektenrechnung: Berechnung des Ein- und Verkaufswertes an den verschiedenen Börsen. Goldexport- und Importpunkt.

b) Politische Arithmetik (1 Stunde): Arithmetische und geometrische Progressionen. Zinseszins- und Rentenrechnungen. Annuitäten. Amortisationsrechnungen.

Buchhaltung und Kontorarbeiten (5 Stunden).

a) Allgemeine Buchhaltung (3 Stunden): Die doppelte Buchhaltung in ihrer Anwendung auf die verschiedenen Firmenformen und die wirtschaftlichen Betriebe (Waren, Bank, Fabrikation, Verkehrsanstalten). Bilanzkunde. Statistik. Spezialgeschäfte in der Buchhaltung (Konsignationen und Partizipationsgeschäfte).

b) Kontokorrentlehre (1 Stunde): Konti in fremder Währung. Die Kontokorrentlehre und die rechnerischen Schwierigkeiten.

c) Korrespondenz (1 Stunde): Deutsch und fremdsprachig. Abwicklung eines Überseegeschäftes. Bank, Spedition.

Handelsrecht (2 Stunden).

Entstehung und Einteilung des Rechtes. Vertragslehre. Firmenrecht. Handelsregister, Buchführungsrecht, das kaufmännische Hilfspersonal. Gesellschaftsrecht. Schuldbetreibungs- und Konkursrecht.

Volkswirtschaftslehre (2 Stunden).

Grundbegriffe, Produktionsfaktoren, landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion. Unternehmungsformen. Preisbildung. Geld-, Bank- und Börsenwesen. Freihandel, Schutzzoll, Zölle und Handelsverträge. Handels- und Zahlungsbilanz. Lehre vom Einkommen. Der Staat und die Volkswirtschaft. Geschichtlicher Überblick.

Handelsbetriebslehre (1 Stunde).

Offerten, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen. Überseeischer Handel, Abwicklung, Dokumente. Eisenbahn-, Schiff-, Zoll- und Postverkehr. Effekten und Börsenwesen. Banken und Bankgeschäfte. Das Versicherungswesen. Das Girorechnungswesen (Clearing). Telegraphenkodexe.

Physik (1 Stunde).

Elektrizität und Optik.

Warenkunde (2 Stunden).

Lebens- und Genußmittel, Textilwaren, Metalle und anorganische Fabrikate.

Maschinenschreiben (1 Stunde).

Turnen (2 Stunden).

Knaben: Ordnungs-, Marsch-, Frei- und Stabübungen und Turnspiele. Schweizerische Turnschule. Geräteturnen. Kampfspiele.

Mädchen: Klassenturnen nach Turnanleitung. Rhythmische Übungen. Freiübungen nach System Matthias.

Militärische Übungen (2 Stunden im Sommer).

Gesang (I.—III. Klasse je 1 Stunde).

a) Musikalische Grundbegriffe, Tonleitern, Intervalle, Metrik, Rhythmik, Dynamik. Grundbegriffe der Akkordlehre. Die für die Liedkomposition in Frage kommenden Teile der Formenlehre. Einführung in die Musikästhetik.

b) Treffübungen, Solfeggien, Stimmbildung, Vortrag. Volks- und Kunstlieder der bedeutendsten Liederkomponisten für gemischten Chor, Männerchor und Töchterchor; einstimmige Lieder mit Klavierbegleitung.

* * *

Übersicht
der Fächer- und Stundenverteilung.

Fächer	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse
1. Religionslehre	1	1	1
2. Deutsche Sprache	4	4	4
3. Französische Sprache	4	4	3
4. Englische Sprache	4	4	3
5. Italienische Sprache	4	4	3
6. Geschichte	3	2	2
7. Geographie	2	2	2
8. Arithmetik	4	4	4

9. Buchhaltung	3	2	}	5
10. Kontorarbeiten				
11. Rechtskunde	—	2		2
12. Volkswirtschaftslehre	—	—		2
13. Handelsbetriebslehre	—	—		1
14. Physik	—	2		1
15. Chemie	—	2		—
16. Warenkunde	—	—		2
17. Kalligraphie, Stenographie, Maschinenschreiben	2	1		1
18. Gesang	1	1		1
19. Turnen	2	2		2
20. Militärische Übungen (im Sommer)	2*	2*		2*
	36	39		41

* Da die militärischen Übungen nur im Sommer abgehalten werden, reduziert sich die Stundenzahl im Winter für jede Klasse um je zwei Stunden (= 34, 37, 39).

III. Promotionsordnung und Reglement für die Diplomprüfungen.

Für die Aufnahme und Promotion der Schüler an der Handelsschule gilt das Reglement über Aufnahme und Promotion an der solothurnischen Kantonsschule vom 21. Dezember 1923.

Für die Durchführung der Diplomprüfung an der Handelsschule ist sinngemäß das Reglement für die Maturitätsprüfungen am Gymnasium und an der Realschule der Kantonsschule vom 21. März 1907 mit den seitherigen Abänderungen anzuwenden.

XII. Kanton Baselstadt.

1. Allgemeines.

I. Ordnung für die Dispensation der Schüler und Schülerinnen vom Unterricht oder einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden. (Vom Regierungsrat 12. September 1924 genehmigt.)

Der Erziehungsrat des Kantons Basel-Stadt, in Ausführung von § 53 des Schulgesetzes vom 21. Juni 1880, bestimmt über die Dispensation der Schüler und Schülerinnen vom Unterricht oder von einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden folgendes:

I. Allgemeines.

§ 1. Die Schüler und Schülerinnen der hiesigen öffentlichen Schulen sind zur Teilnahme am Unterricht in allen obligatorischen Fächern, sowie in den von ihnen frei gewählten Fächern verpflichtet.

Zur Befreiung vom Unterricht oder von einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden aus Gesundheitsrücksichten oder aus andern individuellen Gründen bedarf es einer besondern Bewilligung.

§ 2. Gesuche um Dispensation vom Unterricht oder von einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden sind dem zuständigen Schulvorsteher schriftlich und unter genauer Darlegung der Gründe einzureichen.

Für Gesuche um Dispensation aus Gesundheitsrücksichten sind die amtlich vorgeschriebenen Formulare zu benützen.

§ 3. Dispensationen werden auf bestimmte Zeit und jeweilen nur für das laufende Schuljahr bewilligt.

Ist eine Verlängerung der Dispensation notwendig, so muß ein neues Gesuch eingegeben werden.

§ 4. In allen Fällen, wo Schüler oder Schülerinnen von einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden dispensiert sind, ist jeweilen mit der Erteilung der Bewilligung ein Entscheid darüber zu treffen, ob die Schüler oder Schülerinnen die betreffenden Stunden zu ihrer freien Verfügung oder ob sie dem Unterricht als Zuhörer beizuwohnen haben oder anderweitig beschäftigt werden sollen. Diesen Entscheid trifft, wenn es sich um Dispensationen aus Gesundheitsrücksichten handelt, auf den Antrag des Schulvorstehers der Schularzt, in allen andern Fällen der Schulvorsteher.

II. Dispensation aus Gesundheitsrücksichten.

§ 5. Dispensationsgesuche, die aus Gesundheitsrücksichten gestellt werden, müssen von einem ärztlichen Zeugnis begleitet sein, das genaue Angaben über die den Dispens erfordernden Krankheitsumstände enthalten, und sich über dessen Dauer und Umfang aussprechen muß.

§ 6. Alle Gesuche um Dispensation vom Unterricht oder von einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden aus Gesundheitsrücksichten sind durch den Schularzt zu überprüfen. Der Klassen- oder Fachlehrer und der Schulvorsteher sollen sich jeweilen darüber äußern, ob das Gesuch empfohlen werden kann oder nicht.

Dem Schularzt steht es frei, das Gesuch lediglich auf Grund des beigelegten ärztlichen Zeugnisses zu begutachten, oder durch Vornahme einer Untersuchung des Schülers oder der Schülerin zu überprüfen. In allen Fällen, wo gänzliche Dispensation vom Unterricht auf die Dauer von zwei oder mehr Monaten verlangt wird, ist die ärztliche Untersuchung der betreffenden Schüler oder Schülerinnen durch den Schularzt obligatorisch.

§ 7. Die Bewilligung in jedem einzelnen Falle wird auf den Bericht und Antrag des Schularztes durch das Erziehungsdeparte-

ment erteilt. In dringenden Fällen, wo der Gesundheitszustand eines Schülers oder einer Schülerin offensichtlich einen Dispens erfordert, kann der Schulvorsteher den sofortigen Eintritt des Dispenses anordnen, ohne damit den definitiven Entscheid des Vorstehers des Erziehungsdepartements zu präjudizieren.

Die Dispensation hat erst Gültigkeit, wenn dem Schulvorsteher eine schriftliche Mitteilung des Erziehungsdepartements oder des Schularztes über die erteilte Bewilligung zugegangen ist.

§ 8. Die Dispensation vom Turnen hat unter Beachtung der eidgenössischen Vorschriften über die Befreiung vom Turnunterricht zu erfolgen.

Gänzliche Dispensation vom Turnunterricht soll nur in dringenden Fällen bewilligt werden. Der Schularzt hat in seinem Gutachten an das Erziehungsdepartement über den Umfang der Dispensation vom Turnunterricht bestimmte Anträge zu unterbreiten.

Über die Dispensation vom Gesangunterricht wegen Stimmbruchs oder Mangels des Gehörs entscheidet auf den Antrag des Fachlehrers der Schulvorsteher.

III. Dispensation aus andern Gründen.

§ 9. Gesuche um Dispensation vom Unterricht oder einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden aus andern als Gesundheitsrücksichten können nur bei Vorliegen besonderer Voraussetzungen und triftiger Gründe bewilligt werden.

§ 10. Die Dispensation vom Unterricht in der griechischen Sprache am untern Gymnasium, welche laut Gesetz gegen Ersatzstunden in andern Fächern für diejenigen Schüler zulässig ist, welche das obere Gymnasium nicht zu besuchen beabsichtigen, wird durch den Schulvorsteher erteilt.

Ebenso werden kürzere Dispensationen von einzelnen Fächern bei Eintritt eines Schülers in die Schule, sowie beim Übertritt aus einer Abteilung der obern Töchterschule in die andere vom Schulvorsteher bewilligt.

§ 11. Dem Schulvorsteher wird das Recht eingeräumt, Schüler und Schülerinnen, welche Eltern oder Pflegeeltern in die Ferien mitnehmen wollen, bis zu höchstens drei Wochen zu dispensieren.

§ 12. Dispensationsgesuche, welche nicht nach den Vorschriften der §§ 10 und 11 erledigt werden können, sind mit Bericht und Antrag des Schulvorstehers dem Erziehungsdepartement zum Entscheid einzureichen.

IV. Übergangsbestimmungen.

§ 13. Für das Dispensationswesen an der Allgemeinen Gewerbeschule und an der Frauenarbeitsschule gelten die Bestimmungen dieser Ordnung nicht.

§ 14. Durch diese Ordnung ist die Ordnung für die Dispensation der Schüler von einzelnen Unterrichtsfächern oder -stunden vom 24. November 1881 aufgehoben.

§ 15. Vorliegende Ordnung tritt unter Vorbehalt der Genehmigung des Regierungsrates auf den 1. Oktober 1924 in Kraft und Wirksamkeit.

---

2. Ordnung für die Schwerhörigenschule. (Vom 21. Juni 1924.)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat über die Organisation und den Betrieb der Schwerhörigenschule folgendes bestimmt:

§ 1. Für normalbegabte Schüler der Primar- und Mittelschule, welche an hochgradiger und unheilbarer Schwerhörigkeit leiden, und infolge ihres Gebrechens dem gewöhnlichen Unterricht nicht zu folgen vermögen, besteht die Schwerhörigenschule, und zwar für Knaben und Mädchen gemeinsam. Hinsichtlich der Organisation und des Betriebes der Schwerhörigenschule gelten die Bestimmungen der Schulgesetzgebung, soweit nicht in nachstehenden Paragraphen besondere Vorschriften vorgesehen sind.

§ 2. Die Schwerhörigenschule umfaßt acht Klassen, die den vier Primar- und den Sekundarklassen 1—4 entsprechen.

§ 3. Zwei Klassen bilden zusammen eine Abteilung, die von einer Lehrkraft geführt wird. Die Schülerzahl einer Abteilung soll in der Regel 15 nicht übersteigen.

§ 4. Die Schwerhörigenschule steht unter Aufsicht der Inspektion der Knabenprimarschule.

§ 5. Die Aufnahme in die Schwerhörigenschule findet in der Regel bei Beginn und im Laufe des ersten Schulquartals statt. Sie erfolgt im Einverständnis mit den Eltern auf den Antrag des Schularztes durch den Schulinspektor.

§ 6. Das Lehrziel der Schwerhörigenschule richtet sich im allgemeinen nach demjenigen der Primar- und Sekundarschule. Als besondere Unterrichtsfächer treten Artikulations- und Absehunterricht hinzu.

§ 7. Auf den Antrag des Lehrers und mit Zustimmung des Schularztes und des Schulinspektors kann ein Schüler aus der

Schwerhörigenschule in eine entsprechende Klasse der Primar- oder Mittelschule versetzt werden. Versetzungen sollen normalerweise nur zu Beginn oder am Ende des Schuljahres vorgenommen werden.

§ 8. In die Schwerhörigenschule können — soweit Platz ist — auch normalbegabte Schüler aufgenommen werden, die an schweren Sprachfehlern leiden.

§ 9. Diese Ordnung ist zu publizieren; sie tritt auf 1. Juli 1924 in Kraft und Wirksamkeit.

---

2. Mittel- und Berufsschulen.

3. Vereinbarung. (Vom Großen Rate des Kantons Basel-Stadt genehmigt am 12. Juni 1924; von Basel-Land genehmigt durch Landratsbeschluß vom 29. September 1924 und durch Volksabstimmung vom 21. Dezember 1924.)

Zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, vertreten

durch den Präsidenten und den Sekretär,

und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Land, vertreten

durch den Präsidenten und den Landschreiber,

ist hinsichtlich der Regelung der Aufnahme von Schülern und Schülerinnen aus dem Kanton Basel-Land in die baselstädtischen Schulen folgende Vereinbarung getroffen worden:

I. Der Kanton Basel-Stadt verpflichtet sich, Knaben und Mädchen aus den Gemeinden des Kantons Basel-Land in das Gymnasium, in die Realschule, in die Töchterschule, die Fortbildungsklassen der Sekundarschule und die beiden beruflichen Bildungsanstalten, Allgemeine Gewerbeschule und Frauenarbeitsschule, unter nachstehenden Bedingungen aufzunehmen.

II. Für die Aufnahme der basellandschaftlichen Schüler und Schülerinnen gelten das Schulgesetz des Kantons Basel-Stadt und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen.

Knaben und Mädchen werden demgemäß nur aufgenommen, wenn sie gute Zeugnisse besitzen, und die vorgeschriebene Aufnahmeprüfung bestehen, und ferner nur dann, wenn sie in bereits bestehenden Klassen untergebracht werden können. Der Kanton Basel-Stadt ist nicht verpflichtet, mit Rücksicht auf die Anmeldung auswärts wohnender Schüler neue Klassen zu bilden. Können nicht alle Angemeldeten in die bestehenden Klassen aufgenommen werden, so erhalten die basellandschaftlichen Schüler den Vorzug vor andern auswärts wohnenden, mit Ausnahme der

auswärts wohnenden Bürger von Basel-Stadt. Können von den basellandschaftlichen oder baselstädtischen Angemeldeten nicht alle aufgenommen werden, so erhalten die Befähigtsten unter ihnen den Vorzug ohne Rücksicht auf die Kantonsangehörigkeit.

Wenn ein basellandschaftlicher Schüler in eine der in Art. I bezeichneten Anstalten aufgenommen ist, so kann er nur aus Gründen davon ausgeschlossen werden, die nach der baselstädtischen Gesetzgebung einen Ausschluß rechtfertigen.

III. Der Kanton Basel-Land verpflichtet sich, an die Kosten, welche dem Kanton Basel-Stadt aus der Erfüllung der sub I und II genannten Verpflichtungen erwachsen, eine jährliche Pauschalentschädigung von Fr. 50,000.— zu leisten.

Die Bezahlung der Entschädigung hat jeweilen auf das Ende eines Schuljahres zu erfolgen.

IV. Die Vereinbarung bezieht sich nicht auf die Aufnahme von basellandschaftlichen Schülern in die Primar- und Sekundarschulen des Kantons Basel-Stadt. In dieser Hinsicht behält sich der Kanton Basel-Stadt freie Hand vor.

V. Die Vereinbarung gilt vorläufig auf die Dauer von fünf Jahren, vom Beginn des Schuljahres 1924/25 an. Nach Ablauf der fünfjährigen Frist dauert die Vereinbarung fort, kann aber von den Vertragsparteien jeweilen am 1. Oktober auf das Ende des Schuljahres, also erstmals am 1. Oktober 1928, gekündet werden.

---

3. Universität.

4. Aus: Ordnung für die Studierenden der Universität Basel. (Vom 27. März 1890.) [Revidierte Artikel aus dem Jahr 1924.]

§ 3[1]). Die zur Immatrikulation erforderlichen Zeugnisse bleiben bis zum Abgang von der Universität beim Rektor deponiert; sie können zum Einschicken an Behörden vorübergehend ausgegeben werden, jedoch nur gegen Einlage des Schriftenempfangscheines und eines Entlastungsscheines der Universitätsbibliothek.

§ 5[2]). Für alle Vorlesungen, die ein Studierender zu hören wünscht, hat sich derselbe möglichst bald, jedenfalls innerhalb der ersten drei Wochen nach dem im Lektionskatalog angegebenen Semesterbeginn, auf der Quästur zu melden und unter Vorweisung des Kollegienbuches, das er bei der Immatrikulation erhalten hat, das ihn betreffende Kollegiengeld zu entrichten. Die An-

[1]) Redaktionelle Änderungen gemäß Beschlüsse des Eeziehungsrates vom 18. März 1922 und vom 6. Oktober 1924

[2]) Absatz 1: Redaktionelle Änderung gemäß Beschluß des Erziehungsrates vom 6. Oktober 1924.

meldung auf der Quästur hat auch dann stattzufinden, wenn die betreffende Vorlesung unentgeltlich oder der Studierende vom Kollegiengeld befreit ist.

Die Anmeldung für jede einzelne Vorlesung wird im Kollegienbuch zuerst durch Beidrücken des Quästurstempels, alsdann durch Unterschrift des betreffenden Dozenten bescheinigt. Die Anmeldung beim letztern hat persönlich, und zwar bis zum 10. Mai beziehungsweise 10. November zu geschehen. Ebenso ist am Schluß der Vorlesungen persönliche Abmeldung beim Dozenten unter Vorweisung des Kollegienbuches erforderlich; jedoch soll die Abmeldung nicht vor dem 10. Juli beziehungsweise dem 5. März nachgesucht werden.

§ 6[1]). Jeder Studierende hat beim Pedell gleich bei der Immatrikulation seine Wohnung und auch später jede Wohnungsveränderung innerhalb zwei Tagen anzugeben. Saumselige werden vom Pedell gemahnt und haben ihm dafür eine Buße von 50 Centimes zu erlegen.

§ 7[2]). Nach der definitiven Immatrikulation wird jedem Studierenden eine Legitimationskarte verabfolgt, welche für ihren Inhaber als Ausweis gegenüber der Polizei dienen kann. Diese Karte muß jeweilen im Verlaufe der ersten vier Wochen eines neuen Semesters beim Pedell zur Abstempelung vorgewiesen werden. Wer seine Karte verliert, hat eine neue zu lösen, und dafür 50 Centimes zu entrichten. (Vgl. Statuten für die Studentenvertretung an der Universität Basel.)

§ 8[3]). Jeder Studierende ist zum Eintritt in die Studentenkrankenkasse verpflichtet und hat zu diesem Zwecke bei der ersten hiesigen Immatrikulation Fr. 8 und außerdem für jedes Semester Fr. 4 zu entrichten. Dafür wird ihm in Krankheitsfällen unentgeltliche Verpflegung im Basler Bürgerspital (event. in der Augenheilanstalt, der Irrenanstalt, dem Frauenspital und den andern mit der Studentenkrankenkasse im Vertragsverhältnis stehenden Krankenanstalten) zugesichert, jedoch nur bis auf einen Zeitraum von 90 Tagen innerhalb zweier aufeinanderfolgender Semester. Statt der Verpflegung in einem Krankenhause gewährt die Krankenkasse auch solche in einem Lungensanatorium bis zum Betrage, der in der Basler Heilstätte Davos für 90 Tage ausgelegt werden müßte, doch nur solchen Studierenden, die seit mehr als einem Semester in Basel immatrikuliert sind. Wird der Studierende in das Universitätssanatorium aufgenommen, so erstreckt

[1]) Redaktionelle Änderung gemäß Beschluß des Erziehungsrates vom 6. Oktober 1924.

[2]) In der Fassung des Beschlusses des Erziehungsrates vom 6. Oktober 1924.

[3]) In der Fassung der Beschlüsse des Erziehungsrates vom 30. August 1921 und vom 17. März 1924.

sich die Verpflegungsberechtigung auf 120 Tage innerhalb zweier aufeinanderfolgender Semester.

Die freie Spitalverpflegung gilt nur für solche, die als Patienten in den Spital aufgenommen worden sind, nicht bei anderweitiger Benützung des Spitals.

Die Aufnahme in die Krankenhäuser geschieht durch deren Direktionen auf Grund eines Immatrikulationsausweises; der Aufgenommene ist der Hausordnung der betreffenden Anstalt unterstellt.

Wegen der Aufnahme in ein Sanatorium hat sich der den Studierenden behandelnde Arzt zunächst an den Delegierten zur Krankenkasse zu wenden.

Wenn ein Studierender auswärts plötzlich erkrankt und genötigt ist, eine in dieser Ordnung nicht vorgesehene Heilanstalt in Anspruch zu nehmen, so entscheidet der Rektor nach Bericht des Delegierten zur Krankenkasse, ob und inwieweit die Krankenkasse für die Kosten einer solchen Verpflegung aufzukommen hat.

Studierende, welche vom Besuche der Vorlesungen dispensiert sind, zahlen keinen Beitrag, und haben auch keinen Anspruch an die Krankenkasse.

Wird ein Studierender vom Besuche der Vorlesungen dispensiert infolge einer Krankheit, deren Ausbruch im vorhergehenden, in Basel absolvierten Semester durch ärztliches Zeugnis festgestellt ist, so hat er Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse, wenn er die Semesterbeiträge für die Krankenkasse und das Universitätssanatorium bezahlt. Ein solcher Krankheitsdispens kann höchstens für zwei Semester hintereinander erteilt werden.

§ 9[1]). Die Studierenden der medizinischen Fakultät und diejenigen Studierenden anderer Fakultäten, die in einer naturwissenschaftlichen oder medizinischen Anstalt arbeiten oder eine Experimentalvorlesung hören, werden gegen Unfall versichert, und haben dafür auf der Quästur eine Semesterprämie von Fr. 3.50 zu entrichten.

---

5. Aus: **Ordnung für Zuhörer und Zuhörerinnen der Universität Basel.** (Vom 7. April 1904.) [Revision von 1924.]

§ 5[2]). Sämtliche männliche und weibliche Zuhörer, die in einer naturwissenschaftlichen oder medizinischen Anstalt arbei-

[1]) Redaktionelle Änderung gemäß Beschlüsse des Erziehungsrates vom 18. März 1922 und vom 6. Oktober 1924.

[2]) Redaktionelle Abänderung gemäß Beschlüsse des Erziehungsrates vom 18. März 1922 und vom 6. Oktober 1924.

ten, oder eine Experimentalvorlesung hören, werden gegen Unfall versichert, und haben dafür eine Semesterprämie von Fr. 3.50 auf der Quästur zu entrichten.

---

6. Ordnung über den Betrag und die Entrichtung der Kollegiengelder.

(Vom 27. März 1890.) [Revisionen von 1924.]

§ 5[1]). Bedürftige Studierende können um Herabsetzung oder gänzlichen Erlaß der Kollegiengelder einkommen. Die Gesuche sind im Sommersemester vor dem 1. Mai und im Wintersemester vor dem 1. November dem Rektor einzureichen. Hiefür ist ein Formular zu benützen, das beim Pedell bezogen werden kann. Dem Gesuch sind ämtliche Ausweise über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Gesuchstellers oder dessen Eltern beizulegen. Eine ständige Kommission der Regenz wird jedes Gesuch prüfen und wird, wenn die Voraussetzungen vorliegen, und Fleiß und Betragen des Gesuchstellers eine Vergünstigung rechtfertigen, dem Petenten für das betreffende Semester Herabsetzung der Kollegiengelder auf die Hälfte oder auf einen Franken die Stunde oder gänzlichen Erlaß der Kollegiengelder gewähren. Der Universitätssekretär hat die Petenten zu benachrichtigen.

Diejenigen, denen Ermäßigung oder Erlaß der Kollegiengelder bewilligt worden ist, haben sich binnen drei Tagen, nachdem sie hievon Anzeige erhalten haben, auf der Quästur zu stellen, und sich dort ihre Vorlesungsanmeldungen ordnungsgemäß bescheinigen zu lassen, widrigenfalls die ihnen gewährte Vergünstigung erlischt.

§ 7[2]). Die Bestimmungen von § 5 finden keine Anwendung arf die praktischen Kurse in der medizinischen und der philosophischen Fakultät; die Teilnehmer an solchen Kursen haben ausnahmslos ein Honorar von 5 Franken für die wöchentliche Stunde zu entrichten, falls nicht der Dozent Ermäßigung oder Erlaß bewilligt oder gratis ankündet. Besondere Ansätze gelten:

1. Für die Sezierübungen in der normal-anatomischen Anstalt: Fr. 40.—.
2. Für die pathologisch-histologischen Untersuchungen und für den pathologischen Sektionskurs: zweistündiger Kurs Fr. 15.—, vierstündiger Kurs Fr. 25.—.
3. Für den chirurgischen Operationskurs: Fr. 20.—.

---

[1]) In der Fassung des Beschlusses des Erziehungsrates vom 19. September 1901 und Absatz 1 redaktionell abgeändert durch Beschlüsse des Erziehungsrates vom 18. März 1922 und vom 6. Oktober 1924.

[2]) Redaktionelle Abänderung gemäß Beschluß des Erziehungsrates vom 18. März 1922.

3. Bei den Sezierübungen in der normal-anatomischen Anstalt, sowie bei dem chemischen, dem physikalischen und dem pharmazeutischen Praktikum wird Studierenden, welchen von der Regenz Erlaß oder Ermäßigung der Kollegiengelder bewilligt worden ist, das Honorar auf die Hälfte herabgesetzt [1]).

In obigen Ansätzen ist die Gebühr von höchstens Fr. 5.— nicht inbegriffen, welche bei einzelnen Kursen zugunsten des Abwarts des betreffenden Instituts erhoben wird. Außerdem werden für Praktika und Kurse Gebühren erhoben, worüber eine besondere Ordnung Auskunft gibt.

---

7. Auszug aus der Ordnung für die Erteilung der Stipendien. (Vom 14. Oktober 1912.) [Revision von 1924.]

§ 5 [2]). Das Rektorat weist die Universitätsverwaltung an, den bewilligten Betrag dem Universitätssekretär zu überweisen, und gibt letzterem ein Verzeichnis der Stipendiaten. Der Universitätssekretär benachrichtigt die Gesuchsteller von dem getroffenen Entscheid und besorgt die Auszahlung der bewilligten Stipendien. Der Gesuchsteller oder im Falle der Verhinderung ein von ihm Bevollmächtigter hat den Empfang zu bescheinigen.

---

8. Ordnung betreffend das zahnärztliche Institut, die Schulzahnklinik und die Volkszahnklinik. (Vom 16. Februar 1923, in der Fassung vom 25. April 1924.) [3])

---

9. Bestimmungen betreffend die Kollegiengelder und Kursgebühren für die Studierenden und Hörer des Zahnärztlichen Institutes. (Vom 21. November 1924.)

---

10. Verordnung betreffend den Gebührentarif des Zahnärztlichen Instituts und der Volkszahnklinik. (Vom 6. Dezember 1924.)

---

4. Lehrerschaft aller Stufen.

11. Reglement betreffend das Urlaubswesen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Schulen des Kantons Basel-Stadt. (Vom 25. August 1924.)

---

[1]) Ziffer 4 in der Fassung des Beschlusses des Erziehungsrates vom 6. Oktober 1924.

[2]) In der Fassung der Beschlüsse des Erziehungsrates vom 18. März und vom 6. Oktober 1924.

[3]) Text im Archiv 1924, II. Teil, Seite 52 ff.)

12. Beschluß des Regierungsrates betreffend Abänderung von § 10 der Vollziehungsverordnung zum Lehrerbesoldungsgesetz vom 13. November 1919. (Vom 16. September 1924.)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt beschließt:

In § 10 der Vollziehungsverordnung vom 6. Januar 1920 zum Lehrerbesoldungsgesetz vom 13. November 1919 wird nach Absatz 4 folgender neuer Absatz 5 eingeschaltet:

„Die gewährten Entlastungen (Altersentlastungen und andere Entlastungen) müssen sich im Rahmen der Pflichtstundenzahlen bewegen. Das Minimum der Pflichtstundenzahl darf nicht unterschritten werden, sofern nicht durch Beschluß des Regierungsrates eine besondere Regelung getroffen worden ist."

Dieser Beschluß ist zu publizieren; er tritt sofort in Kraft und Wirksamkeit.

XIII. Kanton Baselland.

1. Allgemeines.

1. Gesetz betreffend die Schülerunfall- und Schulhaftpflichtversicherung. (Vom 20. März 1924.)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschließt auf Antrag des Regierungsrates als Gesetz, was folgt:

§ 1. Für die öffentlichen Primar-, Sekundar- und Bezirksschulen des Kantons Basel-Land, mit Einschluß der Mädchenarbeitsschule und der Knabenhandarbeitskurse, sowie der allgemeinen Fortbildungsschule und der Erziehungsanstalten, sofern sie der Allgemeinheit dienen, wird eine obligatorische Unfall- und Haftpflichtversicherung eingeführt, mit dem Zwecke:

a) die Schüler und Schülerinnen der genannten Schuleinrichtungen gegen die Folgen von körperlichen Unfällen, die sich beim Schulbetrieb inner- und außerhalb des Schulgebäudes, sowie auf dem Schulwege ereignen, zu versichern;
b) die Haftpflicht der Gemeinden und des Staates als Aufsichtsbehörden über den Schulbetrieb und als Eigentümer der Schulgebäude, Plätze und Mobilien gegenüber Schülern und Schülerinnen, sowie sonstigen Drittpersonen zu decken.

In die Versicherung sollen auf ihr Gesuch hin auch die Kleinkinder- und die beruflichen Schulen und hauswirtschaftlichen Kurse einbezogen werden, sofern die Anmeldung mit den erforderlichen Unterlagen vor dem 1. Dezember eines Jahres erfolgt.

§ 2. Die Entschädigungen der Unfallversicherung der Schüler und Schülerinnen betragen:

a) Im Todesfalle, d. h. wenn der Unfall innerhalb Jahresfrist den Tod zur Folge hat . . . . Fr. 1000.—

b) im Falle dauernder Invalidität, d. h. wenn der Unfall innerhalb Jahresfrist eine dauernde, voraussichtlich lebenslängliche Beeinträchtigung der künftigen Erwerbsfähigkeit zur Folge hat, je nach dem Grade der Invalidität bis . . Fr. 5000.—

Kapitalabfindungen aus lit. b sind den Vormundschaftsbehörden auszuzahlen und von diesen nach Maßgabe eines regierungsrätlichen Reglementes zu verwalten und an die Berechtigten abzuführen.

c) Ersatz der durch den Unfall notwendig gewordenen Heilungskosten (Arzt- und Apothekerkosten, sowie die Kosten für Transport und allfälliger vom Arzt vorgeschriebener Spital- oder Kuraufenthalte, künstliche Glieder, Augen etc.) bis auf die Dauer eines Jahres.

§ 3. Die Haftpflichtversicherung hat Deckung zu gewähren für Personenschäden bis Fr. 20,000.—, wenn nur eine Person verunglückt, und Fr. 150,000.—, wenn durch dasselbe Ereignis mehrere Personen zu Schaden kommen, wobei jedoch gilt, daß für Ansprüche von ein- und derselben Person nie mehr als Fr. 20,000.— versichert sind.

Sachschäden, d. h. Haftpflicht aus der Beschädigung oder Zerstörung von Sachen, welche Schülern oder sonstigen Drittpersonen gehören, sind bis zum Höchstbetrage von Fr. 1000.— versichert. Die ersten Fr. 10.— in jedem Sachschadenfalle sind vom Haftpflichtigen selbst zu tragen.

§ 4. Der Regierungsrat wird ermächtigt, zur Durchführung dieses Gesetzes mit einer oder mehreren in der Schweiz konzessionierten Unfall- und Haftpflichtversicherungsgesellschaften einen kollektiven Versicherungsvertrag abzuschließen, dem die Bestimmungen von §§ 1 bis 3 zugrunde zu legen sind, und dessen Bedingungen mit den Vorschriften des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 im Einklang stehen müssen.

Dem Landrat steht das Recht zu, im Bedürfnisfalle auch die Lehrer-Haftpflichtversicherung und nach gesetzlicher Einführung der kantonalen Aufsicht über die beruflichen Fortbildungsschulen auch die Versicherung für diese obligatorisch einzuführen, sowie zu gegebener Zeit auf Grund versicherungstechnischer Gutachten die Schülerunfall- und -haftpflichtversicherung auf dem Wege der Selbstversicherung durchzuführen. Im weitern ist er er-

mächtigt, wenn sich das Bedürfnis hiefür zeigt, insbesondere bei allfällig sich wesentlich ändernden Währungsverhältnissen, die in § 2 aufgeführten Beträge entsprechend zu erhöhen.

§ 5. Die für die Unfall- und Haftpflichtversicherung erforderliche Prämie ist zu zwei Dritteln vom versicherten Schüler und der Schulgemeinde und zu einem Drittel vom Staat zu tragen. Die Schulgemeinden können auch den Prämienanteil der Schüler übernehmen. Für die Bezirksschulen übernimmt der Staat zwei Drittel der Prämie, für die Schulen der Erziehungsanstalten die ganze Prämie. Die der Versicherung angeschlossenen Kleinkinder- und beruflichen Schulen und hauswirtschaftlichen Kurse zahlen zwei Drittel der Prämie, den Rest übernimmt der Staat.

Für die Berechnung der Gesamtprämie einer Schulgemeinde ist maßgebend der Stand des Schülerverzeichnisses vom vergangenen 1. Dezember eines Jahres. Der auf die Schüler und die Schulgemeinden entfallende Prämienanteil wird jeweilen von den im IV. Quartal fälligen Staatsbeiträgen an die Schulgemeinden in Abzug gebracht.

Die Prämienanteile der Bezirksschüler sind durch die Rektorate, die Prämienbeiträge der beteiligten Kleinkinder- und beruflichen Schulen durch deren Vorstände jeweilen bis spätestens den 31. Dezember der Finanzdirektion einzuliefern.

Die gesamte Prämie wird durch die letztere an die Versicherungsgesellschaft ausbezahlt.

§ 6. Die im Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits bei Privatgesellschaften gegen Unfälle der Schüler oder gegen die Haftpflicht der Schulgemeinden versicherten Gemeinden sind bis zum Ablauf der diesbezüglichen Verträge von der kollektiven Unfall- und Haftpflichtversicherung dieses Gesetzes ausgenommen. Die bestehenden Versicherungen sind jedoch auf den nächstzulässigen Termin zu kündigen.

§ 7. Dieses Gesetz tritt nach erfolgter Annahme durch das Volk auf den darauffolgenden 1. Januar in Kraft.

---

2. Reglement betreffend die Verwaltung und Abgabe der Invaliditätsentschädigung verunfallter Schüler. (Vom 18. November 1924.)

---

3. Unfall- und Haftpflichtversicherungsvertrag zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (nachstehend bezeichnet mit „Regierungsrat"), **einerseits, und der Basler Lebensversicherungs-Gesellschaft in Basel** (nachstehend mit „Versicherungsgesellschaft" bezeichnet), **anderseits. [Schülerunfall- und Haftpflichtversicherung.]** (Vom 4. November 1924.)

---

4. Reglement betreffend die Promotion der Primar-, Sekundar- und Bezirksschüler. (Vom 22. Januar 1924.)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft erläßt in Ausführung von § 18 des Schulgesetzes auf Grund einer Vorlage des Erziehungsrates nachstehende Vorschriften:

§ 1. Primarschüler, die in den Fächern Sprache und Rechnen mindestens die Note 3 (mittelmäßig) haben, sind definitiv zu befördern; wer in einem dieser Fächer eine geringere Note hat, wird provisorisch befördert. Schüler mit Note 4 (ungenügend) in beiden Fächern werden nicht befördert.

§ 2. Sekundar- und Bezirksschüler, deren Notensumme in den drei Hauptfächern Deutsch, Französisch und Mathematik 8½ nicht übersteigt, sind definitiv zu befördern. Wer die Notensumme 9 oder in einem Fach die Note 3½ hat, wird nur provisorisch befördert. Nicht befördert werden Schüler mit der Notensumme 10 und darüber.

§ 3. Die Eltern der nicht definitiv zu befördernden Schüler sind anfangs Januar durch die Lehrerschaft zu benachrichtigen.

Maßgebend für Beförderung sind die Noten im Ende März ausgestellten Zeugnis.

§ 4. Provisorisch beförderte Schüler, die dem Unterricht nicht folgen können, sind längstens nach dem ersten Quartal (Mitte Juli) wieder zurückzuversetzen. Derselbe Zeitpunkt gilt auch für die Rückweisungen aus den Sekundar- und Bezirksschulen.

§ 5. Dieses Reglement tritt mit Beginn des Schuljahres 1924/25 in Kraft.

---

2. Mittel- und Berufsschulen.

5. Landratsbeschluß über Krediterteilung zur Erfüllung der Vereinbarung mit dem Kanton Baselstadt[1]) vom 4. April 1924 betreffend die Regelung der Aufnahme von Schülern und Schülerinnen aus dem Kanton Baselland in die baselstädtischen Schulen. (Vom 29. September 1924.)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschließt zwecks Durchführung der Vereinbarung mit dem Kanton Basel-Stadt betreffend die Regelung der Aufnahme von Schülern und Schülerinnen aus dem Kanton Basel-Land in die baselstädtischen Schulen, gestützt auf § 11 der kantonalen Verfassung, was folgt:

§ 1. Der Landrat wird ermächtigt, die erforderlichen finanziellen Mittel zur Erfüllung der Vereinbarung dem Fonds zur Förderung der Errichtung höherer Mittelschulen zu entnehmen.

---

[1]) Siehe Seite 134, II. Teil.
[2]) Angenommen am 21. Dezember 1924.

§ 2. Eine eventuelle Abänderung oder Kündigung der Vereinbarung, vorbehalten die verfassungsrechtlichen Bestimmungen des § 18, Ziffer 10, der Verfassung, fällt in die Kompetenz des Landrates.

§ 3. Dieser Beschluß wird der Volksabstimmung unterstellt.

3. Lehrerschaft aller Stufen.

6. Regierungsratsbeschluß betreffend die ärztliche Untersuchung der Lehramtskandidaten. (Vom 13. Juni 1924.)

7. Vertragsbestimmungen. (Lehrer-Haftpflichtversicherung.) (In Kraft seit 1. Juli 1924.)

XIV. Kanton Schaffhausen.

Reglement zur Durchführung der kantonalen Schulzahnklinik. (Vom 7. Juni 1924.)

XV. Kanton Appenzell A.-Rh.

Lehrerschaft aller Stufen.

Statuten der Pensionskasse für die Lehrer der Kantonsschule von Appenzell A.-Rh. (Vom Kantonsrat angenommen am 30. Juni 1924.)

I. Zweck.

§ 1. Die Pensionskasse hat den Zweck, Lehrern der appenzell-außerrhodischen Kantonsschule, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen oder altershalber den Schuldienst aufgeben, oder aus solchen Gründen in den Ruhestand versetzt werden, sowie den Hinterlassenen verstorbener Lehrer Jahrespensionen zu sichern.

II. Bestand.

§ 2. Mitglieder der Kasse sind die Hauptlehrer und der Konviktführer. Sie sind zum Beitritte verpflichtet.

Über die allfällige Aufnahme von Hilfslehrern entscheidet der Regierungsrat auf Gutachten der Kantonsschulkommission.

Mitglieder können jedoch nur Lehrer werden, deren Gesundheitszustand ärztlich als gut ausgewiesen ist.

Ist die Frage über den Beitritt zur Kasse streitig, so entscheidet darüber die Erziehungsdirektion, welche in solchen Fällen ein Gutachten der Kantonsschulkommission einholen soll.

Für Gesuchsteller, die über 45 Jahre alt sind, oder die auf Grund der ärztlichen Untersuchung nicht in die Pensionskasse aufgenommen werden können, wird eine besondere Sparversicherung angegliedert.

§ 3. Wer vor erlangter Pensionsberechtigung die Schule verläßt, oder seine Stelle durch Selbstverschulden verliert, kann nicht mehr Mitglied sein, hat aber Anspruch auf folgende Auslösungsbeträge:

a) Auf die geleisteten Nachzahlungen nach § 12;

b) auf 90 % der von ihm persönlich geleisteten Jahresbeiträge, wenn er beim Rücktritt noch nicht das 45. Altersjahr erreicht hat;

c) auf 100 % der von ihm persönlich geleisteten Jahresbeiträge, wenn er das 45. Altersjahr zurückgelegt hat. In allen Fällen ohne Zinsberechnung.

§ 4. Mitgliedern, welche ohne eigenes Verschulden ihre Stelle vor ihrer Pensionsberechtigung verlieren, werden alle persönlichen Leistungen an die Kasse samt Zins zu 4 % zurückerstattet.

§ 5. Wenn ein ausgetretenes Mitglied wieder an die Kantonsschule gewählt wird, so hat es die erhaltenen Rückzahlungen und die inzwischen verfallenen Jahresprämien mit Zins und Zinseszins zu 4 % an die Kasse zu entrichten, wodurch es in die früheren Rechte eintritt.

III. Bildung der Kasse.

§ 6. Die Pensionskasse besteht aus einem Reservefonds und einer laufenden Kasse, sowie aus einer Sparkasse für die nur in die Sparversicherung aufgenommenen Mitglieder.

§ 7. Der Reservefonds wird gebildet aus Vermächtnissen, Geschenken und allfälligen sonstigen Einnahmen. Er dient insbesondere zur Deckung allfälliger Defizite der laufenden Kasse.

§ 8. In die laufende Kasse fallen:

a) Die Zinsen des Reservefonds und der laufenden Kasse;

b) die Jahresprämien des Staates und der Mitglieder;

c) die Nachzahlungen nach § 12.

§ 9. Die Jahresprämie pro verpflichtete Lehrstelle beträgt Fr. 200.— und ist vom Staate und vom einzelnen Lehrer zu gleichen Teilen zu tragen.

§ 10. Die Einzahlungen des Staates erfolgen am Anfang des Kalenderjahres, diejenigen der Mitglieder in vier Quartalraten pränumerando.

Neueintretende Lehrer sind verpflichtet, ihren ersten Beitrag für das ganze laufende Quartal zu entrichten.

§ 11. Die persönliche Beitragsleistung eines Mitgliedes hört mit dem zurückgelegten 62. Altersjahre, für Invalide mit dem Eintritt in den Pensionsgenuß auf.

§ 12. Ist ein beitrittsberechtigter Lehrer beim Antritt einer Stelle älter als 27 Jahre, so hat er alle Prämien nachzuzahlen, die er persönlich hätte leisten müssen, wenn er mit 27 Jahren an die Kantonsschule gewählt worden wäre; dabei wird kein Zins berechnet.

Wird an der Kantonsschule eine neue Lehrstelle geschaffen und durch einen Lehrer besetzt, der beitrittsberechtigt, aber älter als 27 Jahre ist, so hat nicht nur der betreffende Lehrer Nachzahlungen nach § 12, Absatz 1, zu leisten, sondern auch der Staat übernimmt die Nachzahlung der entsprechenden staatlichen Prämienanteile.

Zur Erleichterung der Nachzahlungen kann den Mitgliedern auf ihren Wunsch die nötige Summe durch Beschluß der Aufsichtskommission der Kantonsschule gestundet werden. Die Schuld muß alljährlich zu 4 % verzinst und längstens innert drei Jahren in halbjährlichen Raten abbezahlt werden.

IV. Leistungen der Kasse.

§ 13. Die Pensionskasse zahlt folgende Renten aus:

1. Eine Altersrente von Fr. 2000.— an solche Lehrer, die nach dem zurückgelegten 62. Altersjahr in den Ruhestand treten.
2. Invalidenrenten. Diese sind nach folgendem Schema abgestuft:

Eintritt der Invalidität mit dem Alter:	Invalidenrente:
27 Jahre	Fr. 600.—
28 „	„ 625.—
29 „	„ 650.—
30 „	„ 700.—
31 „	„ 750.—

mit jedem spätern Jahr Fr. 50.— mehr bis zum Maximum von Fr. 2000.— bei einem Rücktritt im Alter von 56 und mehr Jahren.

Die Invalidenrente wird nicht ausbezahlt, wenn dem Mitglied in anderer Stellung die Möglichkeit eines Erwerbes bleibt, der mindestens dem zuletzt bezogenen Jahresgehalte gleichkommt.

Kann das Mitglied dagegen später den Nachweis leisten, daß es nicht mehr so viel erwerben kann, so erfolgt Pensionierung nach vorstehender Skala, wobei dasjenige Altersjahr, in welchem das Mitglied den Schuldienst verlassen hat, maßgebend ist.

3. Witwenrenten. Die Witwenrente wird ausbezahlt an die Witwe eines Mitgliedes bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverehelichung. Sie beträgt Fr. 900.— sowohl für die Witwe aktiver, als auch pensionierter Mitglieder.

Hat das verstorbene Kassamitglied jedoch nicht volle fünf Dienstjahre hinter sich, so wird die Witwenpension auf Fr. 600.— reduziert.

4. Waisenrenten erhalten die Kinder eines verstorbenen Mitgliedes bis zum zurückgelegten 18. Altersjahre. Sie betragen für jede Halbwaise jährlich Fr. 200.—, für jede Ganzwaise jährlich Fr. 400.— (vorbehalten § 15, Alinea 4 und 5).

Es dürfen jedoch die Waisenrenten zusammen die Invaliditätsrente nicht übersteigen.

5. Verwandtenrenten. Wenn ein Lehrer, der sechs oder mehr Jahre an der Kantonsschule gewirkt hat, ledig oder als Witwer ohne bezugsberechtigte Kinder stirbt, und Eltern oder erwerbsunfähige Geschwister hinterläßt, die auf seine Unterstützung angewiesen waren, so erhalten diese je nach dem Grade ihrer Bedürftigkeit einen Teil, im Maximum 50 % derjenigen Invalidenpension, welche seinem Alter entsprochen hätte. Die Pension wird ausgerichtet, solange die Bedürftigkeit dauert; an Geschwister, bis das jüngste derselben das 18. Altersjahr zurückgelegt hat.

Über die Höhe dieser Pension entscheidet der Regierungsrat auf Antrag der Landesschulkommission.

6. Rentenzuschüsse. Erfolgt der Rücktritt eines Mitgliedes in den Ruhestand erst im Alter von 63 Jahren oder später und nach mindestens 20jährigem Schuldienst, so werden die Alters- und Witwenrenten um die folgenden jährlichen Zuschüsse erhöht:

Wenn der Rücktritt erfolgt:	Alterspension	Witwenpension
Im Alter von 63 Jahren	Fr. 200.—	Fr. 80.—
„ „ „ 64 „	„ 400.—	„ 160.—
„ „ „ 65 „ und später . .	„ 600.—	„ 240.—

§ 14. Für Lehrer, die infolge ihres Gesundheitszustandes oder aus andern statutarischen Gründen der Pensionskasse nicht angehören können, sind die persönlichen Prämien, die Beiträge des Staates und jährlich Fr. 100.— aus der laufenden Kasse auf Sparkasse anzulegen.

Beim Rücktritt vom Schuldienst nach zurückgelegtem 62. Altersjahr oder bei Rücktritt infolge Invalidität hat der Lehrer Anspruch auf Auszahlung der gesamten Spareinlage, bei freigewähltem Rücktritt vor dem 62. Altersjahr auf Auszahlung der persönlich geleisteten Beiträge, mit einfachem Zins.

Bei Todesfall erfolgt die Auszahlung der gesamten Sparanlage an Witwe und Kinder. Sind keine solchen Erben vorhanden, so haben Anspruch auf die Sparanlage nur erwerbsunfähige Eltern und Geschwister, die auf die Unterstützung des Lehrers angewiesen waren, und zwar auf die Hälfte bis drei Viertel, je nach dem Grade der Dürftigkeit. Fehlen auch erwerbsunfähige Eltern und Geschwister, so fallen die kantonalen und die Beiträge der laufenden Kasse in den Reservefonds der Pensionskasse. Die persönlichen Beiträge kommen mit einfachem Zins in allen Fällen den Erben zu.

§ 15. Wenn ein Mitglied vor dem 27. Altersjahr und nach weniger als dreijähriger Zugehörigkeit zur Kasse stirbt, oder dienstunfähig wird, so werden seine persönlich geleisteten Einzahlungen mit Zins und Zinseszins zu 4 % zurückerstattet. Renten werden in diesem Falle keine ausbezahlt.

Ist der betreffende Lehrer vor dem 27. Altersjahre schon drei volle Jahre Mitglied der Kasse gewesen, so tritt für ihn Pensionsberechtigung, wie für einen 27jährigen Lehrer nach § 13, Ziffer 2 bis 5, ein.

Ist die Frau zehn oder mehr Jahre jünger als der Mann, so tritt eine Reduktion der Witwenrente nach folgendem Schema ein:

Altersdifferenz 10—14 Jahre, Herabsetzung der Rente um 10 %
„ 15—19 „ „ „ „ „ 17½ %
„ 20—24 „ „ „ „ „ 25 %
u. s. w.

Gerichtlich geschiedene Frauen, sowie Stiefkinder von Mitgliedern sind nicht pensionsberechtigt.

Aus einer erst nach eingetretener Pensionsberechtigung geschlossenen Ehe kann kein Recht zum Genuß einer Witwen- oder Waisenpension abgeleitet werden.

Im Falle der Wiederverehelichung bezieht eine pensionsberechtigte Witwe ihren Pensionsanteil für dasjenige Quartal zum letzten Male, in welchem die Wiederverehelichung stattfindet. Die Kinder derselben bleiben wie mutterlose Waisen bis zum vollendeten 18. Altersjahre pensionsberechtigt (§ 13, Ziffer 4).

§ 16. Scheiden ein Mitglied oder dessen Witwe oder dessen Waisen aus dem Rentengenuß aus, bevor die Familie Renten bezogen hat, die zusammen den vom Mitgliede geleisteten Einzahlungen gleichkommen, so wird der Rest dieser Einzahlungen

den überlebenden Kindern über 18 Jahren zurückerstattet. Dabei wird kein Zins gerechnet.

§ 17. Der Pensionsbezug beginnt für alle Nutznießer mit dem Zeitpunkt, in welchem die Gehaltszahlung, beziehungsweise der bisherige Rentengenuß, aufhört. Für das laufende Rechnungsquartal ist die Pension pro rata temporis zu berechnen. Die weitern Renten sind am Anfang eines jeden Rechnungsquartals fällig.

Die Verwaltung der Kasse ist berechtigt, vor der Auszahlung der Renten die nötigen amtlichen Ausweise zu verlangen.

Die Renten werden für dasjenige Rechnungsquartal zum letzten Mal bezahlt, in welchem der Tod des Rentenberechtigten erfolgt.

§ 18. Die Pensionen sind an die Personen der Bezugsberechtigtigten geknüpft und können daher weder veräußert, noch verpfändet werden.

§ 19. Anmeldungen zum Eintritt in den Pensionsgenuß sind an das Rektorat der Kantonsschule zuhanden der Aufsichtskommission der Kantonsschule zu richten, bei Invalidenpensionen unter Beilegung eines verschlossenen ärztlichen Zeugnisses über Dienstunfähigkeit.

Todesfälle oder andere Personaländerungen, die mit der Kasse in Beziehung stehen, müssen dem Rektorat zuhanden der Aufsichtskommission der Kantonsschule unter Beilegung von zivilstandsamtlichen Ausweisen sofort angezeigt werden.

Wechsel im Lehrkörper meldet der Rektor der Kassaverwaltung.

§ 20. Auf Antrag der Landesschulkommission, nach schriftlichem Gutachten der Aufsichtskommission der Kantonsschule, kann der Regierungsrat einen Lehrer auch ohne Gesuch gemäß den Bestimmungen dieser Statuten in den Ruhestand versetzen.

V. Verwaltung der Pensionskasse.

§ 21. Die Verwaltung der Pensionskasse ist Sache der Aufsichtskommission der Kantonsschule. Die Kassaführung wird von der Landesbuchhaltung besorgt.

Die Aufsichtskommission der Kantonsschule prüft die Personallisten und stellt Antrag betreffend Pensionierung an die Landesschulkommission zuhanden des Regierungsrates.

Die Rechnung ist alljährlich durch zwei Revisoren zu prüfen, von denen der eine durch die Landesschulkommission, der andere durch den Lehrkörper der Kantonsschule bezeichnet wird. Über den Befund ist der Aufsichtskommission der Kantonsschule und der Landesschulkommission schriftlicher Bericht zu erstatten.

Als Rechnungsjahr gilt das Kalenderjahr.

§ 22. Gegen Beschlüsse der Aufsichtskommission der Kantonsschule über die Ansprüche aus diesen Statuten steht innert 14 Tagen der Rekurs an die Landesschulkommission und innert gleicher Frist an den Regierungsrat offen, dessen Entscheide endgültig sind.

§ 26. Je nach 10 Jahren, oder wenn die Aufsichtskommission der Kantonsschule es für nötig erachtet, auch früher, ist der Stand der Kasse durch einen Fachmann zu prüfen. Dahinzielende Anträge gehen an die Landesschulkommission zuhanden des Regierungsrates.

§ 24. Statutenrevisionen kann der Kantonsrat vornehmen nach eingeholter Begutachtung durch die Landesschulkommission und die Lehrerschaft. Eine derartige Revision darf aber an der Bestimmung der Fonds nichts ändern.

VI. Übergangs- und Schlußbestimmung.

§ 25. Vorstehende Statuten treten für Aktive und Rentner mit dem 1. Januar 1924 in Kraft.

XVI. Kanton Appenzell I.-Rh.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1924.

XVII. Kanton St. Gallen.

Lehrerschaft aller Stufen.

Statuten der Sparkasse für nur teilweise beschäftigte Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen der Volksschule des Kantons St. Gallen. (Vom 8. November 1924. Vom Regierungsrate genehmigt am 25. November 1924.)

XVIII. Kanton Graubünden.

1. Mittelschulen und Berufsschulen.

1. Disziplinarordnung für die Bündnerische Kantonsschule. (Vom Kleinen Rat genehmigt und in Kraft erklärt am 16. Juni 1917, mit Abänderungen und Ergänzungen vom 11. Juli 1924.)

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Verordnung über die Versicherungskasse für die bündnerischen Volksschullehrer. (Vom Kleinen Rat genehmigt am 23. April 1924.)

Art. 1. Die Versicherungskasse für die bündnerischen Volksschullehrer hat den Zweck, Mitgliedern, die aus Altersrücksichten

vom Schuldienst zurücktreten oder wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht mehr imstande sind, eine Lehrstelle in genügender Weise zu versehen, sowie den Witwen und Waisen verstorbener Lehrer und den Waisen verstorbener Lehrerinnen Unterstützungen in Form von Jahresrenten zu verabfolgen.

Neben der Versicherungskasse bleibt die alte Hilfskasse für die bei derselben versicherten Volksschullehrer bestehen. Für diese gelten die Statuten der Hilfskasse und die bisher mit der Rentenanstalt in Zürich und mit der Versicherungsgesellschaft „La Suisse" in Lausanne abgeschlossenen Versicherungsverträge unverändert fort.

Art. 2. Mitglieder der Versicherungskasse werden, sobald sie eine öffentliche Lehrstelle an der Volksschule übernehmen, alle Lehrer und Lehrerinnen, welche von nun an patentiert werden; ebenso alle Lehrer und Lehrerinnen, die früher bereits Mitglieder waren, dann aber wegen Aufgabe des Lehrerberufes gestrichen wurden, und später wieder eine öffentliche Lehrstelle im Kanton annehmen.

Ältere Lehrer, die sich bisher trotz mehrfacher Gelegenheit nicht in die Kasse eingekauft haben, können dieser von nun an nicht mehr beitreten.

Art. 3. Die Kasse verfügt über folgende Einnahmen:

a) Beiträge der Mitglieder und des Staates nach Art. 4;
b) Zinsen des Reservefonds;
c) allfällige Legate und Schenkungen.

Sie hat folgende Ausgaben zu bestreiten:

a) Die Alters- und Invaliditätsrenten für Lehrer und Lehrerinnen nach Art. 5;
b) die Witwen- und Waisenrenten für Witwen von Lehrern und Waisen von Lehrern und Lehrerinnen nach Art. 8;
c) Rückvergütungen nach Art. 5, 8 und 14;
d) die Verwaltungskosten.

Art. 4. Die Mitglieder der Versicherungskasse, welche eine öffentliche Lehrstelle im Kanton versehen, und Gehaltszulage beziehen, bezahlen an die Kasse einen jährlichen Beitrag von Fr. 60.—, welcher jeweilen im Januar für das angetretene Jahr durch die Standeskasse auf Rechnung der Gehaltszulage vorgeschossen wird.

Zu gleicher Zeit zahlt der Kanton für jedes Mitglied der Kasse einen Staatsbeitrag von Fr. 30.—.

Lehrer, welche auch der alten Kasse angehören, haben die Prämie für diese selbst zu bezahlen, und sie bis spätestens am 31. Dezember jeden Jahres an den Kassier der Verwaltungskommission einzusenden.

Art. 5. Lehrer und Lehrerinnen, die nach wenigstens 40 Versicherungsjahren vom Schuldienst zurücktreten, haben Anspruch auf eine Jahresrente von Fr. 1000.—.

Lehrer und Lehrerinnen, welche nach mindestens 30 Jahren wegen Krankheit, geistiger oder körperlicher Gebrechen, nicht mehr imstande sind, eine Lehrstelle in genügender Weise zu versehen, und darum vom Schuldienst zurücktreten müssen, haben ebenfalls Anspruch auf eine Jahresrente von Fr. 1000.—.

Erfolgt der Rücktritt vom Schuldienst aus den im vorigen Absatz angegebenen Gründen vor dem 30. Versicherungsjahr, so betragen die Jahresrenten bei mindestens

5	Versicherungsjahren	100 Fr.
6	„	120 „
7	„	140 „
8	„	160 „
9	„	180 „
10	„	200 „
11	„	240 „
12	„	280 „
13	„	320 „

und jedes Jahr 40 Fr. mehr bis

30	Versicherungsjahren	1000 Fr.

Lehrer und Lehrerinnen, die mit weniger als fünf Dienstjahren aus den oben angegebenen Gründen vom Schuldienst zurücktreten müssen, haben nur Anspruch auf die Erstattung ihrer persönlichen Jahresbeiträge an die Kasse, aber ohne Zinsvergütung.

Eine entsprechende Reduktion der Jahresrenten bleibt vorbehalten, sobald die Kasse zur Ausrichtung der vollen Jahresrenten nicht mehr genügt.

Art. 6. Die Altersrente im Sinne von Art. 5, Abs. 1, wird zum erstenmal fällig am 31. Dezember desjenigen Jahres, in welchem der Bezugsberechtigte aus Altersrücksichten den Schuldienst aufgab, und wird jeweilen im Monat Januar bis zum Tode des Bezugsberechtigten ausbezahlt.

Die Invalidenrente im Sinne von Art. 5, Abs. 2 und 3, wird zum erstenmal fällig am 31. Dezember desjenigen Jahres, in welchem der Bezugsberechtigte wegen Invalidität vom Schuldienst zurücktreten mußte, und wird unter der Voraussetzung, daß die Invalidität fortbestehe, jeweilen bis zum Tode des Bezugsberechtigten ausbezahlt.

Art. 7. Wenn ein aus Gesundheitsrücksichten zurücktretender Lehrer wieder vollständig hergestellt ist, und doch nicht zum Lehramt zurückkehrt, wird seine Invalidenrente aufgehoben.

Art. 8. Die Witwenrente beträgt 40 % der entsprechenden Invalidenrente ihres Mannes.

Die Waisenrente beträgt für jedes minderjährige Kind 20 % der entsprechenden Lehrerrente.

Doppelt verwaiste Kinder von Lehrern und Lehrerinnen erhalten doppelte Waisenrenten.

Die Witwen- und Waisenrenten dürfen zusammen die in Art. 5 normierte Invalidenrente des Lehrers nicht übersteigen.

Witwe und Waisen eines verstorbenen Lehrers mit weniger als fünf Versicherungsjahren erhalten die persönlichen Jahresbeiträge ohne Zins zurück.

Wenn sich ein im Pensionsgenuß stehender Lehrer verheiratet, sind dessen Frau und Kinder vom Bezuge der Witwen- und Waisenrente ausgeschlossen.

Art. 9. Für die Berechnung der Rente kommen nur in Betracht:

a) die Witwe des verstorbenen Lehrers, solange sie sich im Witwenstande befindet;
b) die Kinder, solange sie das 18. Altersjahr nicht erfüllt haben.

Maßgebend für die Berechnung ist jeweilen der Familienstand an dem Tage, an dem die Rente fällig wird.

Art. 10. Die Witwen- und Waisenrente im Sinne von Art. 8 wird zum erstenmal fällig am 31. Dezember desjenigen Jahres, in welchem ein Mitglied der Kasse mit Hinterlassung von Witwe oder Kindern oder von Personen beider Kategorien verstorben ist. Sie wird, solange bezugsberechtigte Personen vorhanden sind, nach Maßgabe des Art. 8, jeweilen im Januar ausbezahlt.

Art. 11. Die durch die Delegiertenversammlung des Bündnerischen Lehrervereins von 1906 vorgeschlagenen und vom Kleinen Rate genehmigten Zulagen zu den Renten derjenigen, die sich im Jahre 1898 einkauften, werden durch die vorliegende Verordnung nicht berührt.

Ebenso wird sämtlichen dermaligen Rentenbezügern, die bis und mit 1. Januar 1921 erstmals bezugsberechtigt wurden, die von der Delegiertenversammlung vom November 1922 vorgeschlagene und vom Kleinen Rate genehmigte prozentuale Erhöhung ihrer Renten gewährleistet.

Die seit 1. Januar 1922 erstmals fälligen Renten richten sich nach den Bestimmungen der vorliegenden Verordnung.

Art. 12. Lehrer, Lehrerwitwen und die zuständigen Vertreter von Lehrerwaisen haben ihre Rentenansprüche jeweilen im Dezember der Verwaltungskommission schriftlich einzureichen, un-

ter Beilage eines Lebensausweises, beziehungsweise eines Altersausweises für die Waisen.

Zum Bezuge der Invalidenrenten ist ein ärztliches Attest erforderlich.

Art. 13. Lehrer und Lehrerinnen, die sich regelmäßig dem Lehrerberuf widmen, bleiben lebenslänglich Mitglieder der Kasse.

Wenn ein Mitglied während fünf aufeinander folgenden Jahren, ohne durch zwingende Gründe verhindert zu sein, keine Lehrstelle übernimmt, so wird es von der Kasse ausgeschlossen, verliert dann für sich und seine Erben die in den vorangehenden Artikeln aufgeführten Ansprüche auf Renten und hat nur auf die in Art. 14 normierte teilweise Erstattung seiner persönlichen Einzahlungen Anspruch.

Tritt ein solches Mitglied später wieder in den Schuldienst ein, so wird es von neuem Mitglied der Kasse, und seine früher im Kanton geleisteten Dienstjahre werden ihm voll angerechnet. Allfällig beim Austritt bezogene Rückvergütungen sind beim Wiedereintritt in die Kasse samt Zins und Zinseszins à 4 % zu erstatten. Auch soll es ihm gegen Nachzahlung der Beiträge samt Zins auf Zins gestattet sein, sich für auswärtige Dienstjahre an öffentlichen Schulen einzukaufen. Die Anrechnung von auswärtigen Dienstjahren durch Nachzahlung wird im Maximum auf 20 Dienstjahre beschränkt.

Bisherige Kassenmitglieder, die nicht mehr an einer öffentlichen Schule als Lehrer wirken, deren Tätigkeit aber doch im Dienste der bündnerischen Schule steht, wie Schulinspektoren, Vorsteher von Waisenanstalten, Lehrer an Übungsschulen etc., können der Versicherungskasse auch weiterhin angehören, sofern sie die volle Jahresprämie selbst bezahlen.

Art. 14. Ausgeschlossenen oder austretenden Mitgliedern, sowie den Eltern oder erwerbsunfähigen erwachsenen Kindern verstorbener Mitglieder mit fünf oder mehr Versicherungsjahren werden, sofern keine Witwen- oder Waisenrenten auszurichten sind, 50 % der persönlich geleisteten Einzahlungen ohne Zins rückvergütet. Ausgeschlossene oder ausgetretene Mitglieder mit weniger als fünf Versicherungsjahren haben auf keine Erstattung ihrer Einzahlungen Anspruch.

Art. 15. Die Versicherungskasse wird unter Aufsicht des Kleinen Rates von einer Dreierkommission verwaltet: Präsident, Aktuar und Kassier.

Die Verwaltungskommission wird vom Kleinen Rat für eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt und bezieht eine von demselben zu bestimmende Entschädigung.

Die Verwaltungskommission legt die Gelder der Kasse stets beim Kanton zinstragend an.

Sie prüft jeweilen im Laufe des Monats Dezember die eingegangenen Gesuche um Bewilligung beziehungsweise Ausrichtung einer Rente und die dazugehörigen Ausweise und setzt die Höhe der fälligen Renten fest.

Nötigenfalls geht das Erziehungsdepartement der Verwaltungskommission behufs Einholung von Gutachten des Schulinspektors und des Bezirksarztes an die Hand.

Sie legt jeweilen im Monat Januar dem Kleinen Rat über die Verwaltung des vorhergehenden Jahres einläßlich Bericht ab und veröffentlicht diesen Bericht auszugsweise im Jahresbericht des Bündnerischen Lehrervereins.

Art. 16. Alle Anstände, namentlich solche zwischen der Verwaltungskommission und den Mitgliedern der Kasse, oder deren Hinterlassenen, entscheidet auf Beschwerde hin der Kleine Rat unweiterzüglich. Beschwerdefrist und Verfahren regeln sich nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Kleinen Rates.

Art. 17. Die Jahresrechnung der Versicherungskasse ist jeweilen durch zwei vom Kleinen Rat zu bezeichnende Revisoren zu prüfen.

Art. 18. Eine Haftbarkeit des Kantons über den jährlichen Beitrag von Fr. 30.— an die Versicherungskasse für jeden aktiven Lehrer, welcher als Mitglied der Kasse angehört, ist nach Art. 3, Abs. 2, der Verordnung betreffend die Versicherungskasse der Volksschullehrer vom 28. Juni 1913 ausgeschlossen.

Art. 19. Alle zehn Jahre ist von der Regierung eine fachmännische Expertise über den Stand und die Leistungsfähigkeit der Kasse einzuholen.

Art. 20. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai 1924 in Kraft und ersetzt die Verordnung vom 30. Dezember 1913.

XIX. Kanton Aargau.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1924.

XX. Kanton Thurgau.

1. Fortbildungsschulen.

I. Lehrplan für die Gewerblichen Schulen des Kantons Thurgau. (Vom 11. April 1924.)

Gliederung des Stoffes.

I. Berufskundliche Fächer.

1. Berufskunde im engern Sinne; gewerbliche Naturlehre; Mechanik; Chemie; Elektrizität.
2. Berufliches Rechnen.
3. Zeichnen:
   a) Vorbereitendes und berufliches Freihandzeichnen;
   b) Linear- und fachliches Projektionszeichnen;
   c) Fachzeichnen. (Für ungeteilte Schulen empfiehlt es sich, hier die Materiallehre anzugliedern.)

II. Geschäftskundliche Fächer.

1. Deutsch.
2. Rechnen und Kalkulation.
3. Buchhaltung.

III. Bürgerkundliche Fächer.

1. Vaterlandskunde.
2. Verfassungskunde.

IV. Fakultative Fächer.

1. Algebra.
2. Schreibkurse für technische Schriften.
3. Fremdsprache.
4. Modellieren.
5. Materialkunde; Werkstatt-, Werkzeug- und Maschinenlehre; Festigkeits- und Konstruktionslehre.

Beispiel für Stundenverteilung.

	Semester					
	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Zeichnen	3	3	3	3	3	3
Berufskunde			1	1	1	
Geschäftliches Rechnen	1	1				
Berufliches Rechnen und Kalkulation			1	1	1	1
Deutsch und Gesetzeskunde	1	1	1		1	
Buchhaltung		1		1		1
Vaterlandskunde	1					
Verfassungskunde						1

I. Berufskundliche Fächer.

1. Berufskunde: Gewerbliche Physik und Chemie, Elektrizität, Gewerbehygiene.

Dieser Unterricht muß dem Lehrling das Verständnis für die physikalischen und chemischen Vorgänge in seinem Berufe wekken und muß sich scharf den Bedürfnissen der durch die Schüler vertretenen Gewerbe anpassen.

Es muß hauptsächlich experimentell gearbeitet werden.

Für die Elektrizität, die sozusagen Allgemeingut aller Berufe ist, ist ein Semester vorzusehen.

Gewerbehygiene; Desinfektionen.

In gemischt beruflichen Klassen kommen allgemein interessierende gewerbliche Stoffe aus der Praxis zur Behandlung.

2. Berufliches Rechnen. Der Unterricht soll es ermöglichen, daß der Schüler Rechnungen, die sich aus dem technischen Betriebe seines Berufes ergeben, zu lösen versteht. Die Werkstatt muß da Hand in Hand gehen mit dem Unterricht.

3. Zeichnen.

a) Vorbereitendes und berufliches Freihandzeichnen.

Es soll erreicht werden, daß die Schüler einfache Formen aus Natur und Beruf richtig erfassen und wiedergeben können.

Sämtliche Lehrlinge, deren Vorbildung dieses Zeichnen bedingt, müssen diesen Kurs besuchen.

Es sind die Bedürfnisse der schmückenden Gewerbe zu lehren.

Aufgaben im Konturzeichnen in Blei, Quellstift und Redisfeder. Skizzieren von gewerblichen und Naturgegenständen. Ornamentik.

Selbstredend alles unter Berücksichtigung der beruflichen Bedürfnisse.

b) Linear- und fachliches Projektionszeichnen.

Das Ziel für Projektions- und Fachzeichnen muß sein: Praktische Handhabung der Zeichengeräte, Verständnis der geometrischen Konstruktionen für den Beruf. Lesen der Skizzen und Werkstattzeichnungen und Wiedergabe von technischen Gegenständen und Modellen in fachgemäßer Darstellung. Konstruktion geometrischer Grundformen. Anwendung geometrischer Konstruktionen aus dem Berufe (nach Maßen).

Der Unterricht im Projektionszeichnen muß von Anfang an fachlich gestaltet werden; für den Klassenunterricht verwende man allen Berufen gemeinsame Gegenstände. Es ist das Hauptaugenmerk auf rasches, klares Arbeiten zu richten. Ausstellungszeichnungen nur wenige und nur in Blei.

c) Fachzeichnen für bautechnische und maschinentechnische Abteilung.

Freihändige Skizzen nach Fachgegenständen. Die Maßeintragung ist dabei von größter Bedeutung. Reinzeichnungen dürfen nur nach Skizze, nicht nach Modell, ausgeführt werden.

Werkstattzeichnungen sind nach Skizzen auszuführen, entweder in natürlicher Größe oder nach den in verschiedenen Berufen üblichen Maßstäben. Ausführung vornehmlich in Blei und Farbstift. Beschriftung.

Hand in Hand mit diesem Zeichnen sollte hier eigentlich die Materialkunde und Festigkeitslehre eingeschaltet werden.

II. Geschäftskundliche Fächer.

1. Deutsch mit gewerblicher Gesetzeskunde.

Die Schüler müssen befähigt werden, die im geschäftlichen Leben vorkommenden schriftlichen Arbeiten selbständig anzufertigen. Es sollen die bezüglichen Geschäftsformulare verwendet werden. — Gliederung in berufskundlichen und geschäftskundlichen Aufsatz. — Der Unterricht muß sich anlehnen an die schweizerische Gesetzgebung und muß den Anforderungen des Berufslebens angepaßt sein.

Verträge nach dem schweizerischen Obligationenrecht; Kranken- und Unfallversicherung; Fabrik-, Zivilgesetz.

Siehe Spezialprogramm.

2. Rechnen und Kalkulation.

Im ersten Lehrjahre muß der Schüler im allgemeinen Rechnen und speziell in der Geometrie gefördert werden, daß später beim beruflichen Rechnen nicht die elementarsten Begriffe und Voraussetzungen fehlen.

Rechnungsaufgaben aus dem täglichen Leben zur Wiederholung der einfachen Rechnungsarten.

Prozentrechnungen, Längen-, Flächen-, Körper- und Hohlmaße in praktischen Aufgaben, nicht in nackten Zahlen; das Verhältnis, eine einfache Gleichung.

3. Buchhaltung.

Der Unterricht soll den Schüler befähigen, die Buchführung eines Kleinhandwerkers zu besorgen, nach dem aufgestellten Lehrplan des thurgauischen Gewerbelehrerverbandes.

Die Produktions- und Kalkulationsfaktoren und vorgängig deren Elemente, haben aus den Buchhaltungsaufgaben herauszuwachsen.

Siehe Spezialprogramm.

III. Bürgerkundliche Fächer.

Der Unterricht in Verfassungskunde und Vaterlandskunde muß den Schüler vorbereiten auf das Verhältnis zwischen Staat und Staatsbürger. Das Interesse für allgemein bürgerliche Angelegenheiten in Gemeinde, Staat und Bund ist zu wecken. Auf die kulturelle und verfassungsgeschichtliche Entwicklung der Schweiz ist das Hauptaugenmerk zu richten.

Auf Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen, aktuelle Tagesfragen, die speziell Handel und Gewerbe berühren, ist mit besonderem Nachdruck hinzuweisen.

Der Geographieunterricht gilt hauptsächlich der schweizerischen Volkswirtschaft.

1. Vaterlandskunde.

a) Geschichte. Kurzer Überblick über die Entwicklung und den geschichtlichen Werdegang der Schweiz bis in die Neuzeit, speziell die Ereignisse der Neuzeit seit 1815. Anlehnung an die Verfassungskunde. — Geschichte des Handwerks; das Zunftwesen; Vergleich mit den heutigen Organisationen.

b) Wirtschaftsgeographie. Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, jetziges Verhältnis im Handel, Ein- und Ausfuhr, Zölle, Verkehr, S. B. B., Fahrpläne, Elektrifikation der S. B. B. Neue Bestrebungen für Hebung des Handels (Rhein-Bodenseeschiffahrt), Genossenschaftswesen.

c) Verfassungskunde. Gegenwärtige Verfassungsverhältnisse in Gemeinde, Kanton und Bund. Spezielle Würdigung der gewerblichen Gesetze.

Verein, Orts-, Schul-, Kirch- und Munizipalgemeinde.

Staat und Bund; deren Behörden und deren Kompetenzen; Dreigliederung (Zweikammersystem in Bundesversammlung). Das Gerichtsverfahren. Die Einbürgerung.

IV. Fakultative Fächer.

1. Algebra.
2. Schreibkurse für technische Schriften.
3. Fremdsprachen.
4. Modellieren.
5. Materialkunde. Werkstatt-, Werkzeug- und Maschinenlehre; Festigkeits- und Konstruktionslehre.

   Wo es angängig, d. h. wo in eigentlichen Berufsgruppen unterrichtet wird, muß dieses Fach der Berufskunde angegliedert werden, also obligatorisch erklärt werden.

Besprechung der im Berufe vorkommenden Materialien, Stoffe und Fabrikate; deren Herkunft und Verwendung; Werkstatteinrichtungen, Maschinen, technische Neuerungen, die für das betreffende Gewerbe von Bedeutung sind, müssen in diesem Unterricht behandelt werden.

Vorstehender Lehrplan ist durch Beschluß des Regierungsrates vom 11. April 1924 für die gewerblichen Fortbildungsschulen des Kantons Thurgau in dem Sinne als obligatorisch erklärt worden, daß je nach den Verhältnissen der Unterricht in den berufskundlichen wie in den fakultativen Fächern sich an einzelnen Schulen auf eine geeignete Auswahl der aufgezählten Fächer beschränken und das Beispiel für die Stundenverteilung Abänderungen erfahren kann.

---

2. Beschluß des Regierungsrates über die Zuteilung der Schulgemeinden zu den gewerblichen Fortbildungsschulen. (Vom 23. August 1924.)

XXI. Kanton Tessin.

1. Primarschule.

1. Decreto esecutivo circa stanziamento di sussidio per adattamento di piazzali per la ginnastica. (Del 30 dicembre 1924.)

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Programmi del Liceo, del Ginnasio Cantonale, delle Scuole Tecniche e del Corso Pedagogico nel Cantone Ticino. (Approvati con decreto del Consiglio di Stato del 30 settembre 1924.)

3. Decreto esecutivo modificante il Regolamento 15 dicembre 1914 sull' insegnamento professionale. (Bussen.) (Del 20 marzo 1924.)

3. Lehrerschaft aller Stufen.

4. Decreto legislativo di modificazione dell' art. 17 della legge 28 settembre 1914 sull' insegnamento elementare (Patenti maestre d' asilo). (Del 5 maggio 1924.)

Il Gran Consiglio
della Repubblica e Cantone del Ticino,

Su proposta del Consiglio di Stato,

Decreta:

Art. 1. — L'art. 17 della legge 28 settembre 1914 sull' insegnamento elementare è modificato come segue:

„Art. 17. — Per il conseguimento della patente d'idoneità alla Direzione degli Asili Infantili, le candidate devono aver superato gli esami del III corso di una scuola tecnica o ginnasiale e devono inoltre aver frequentato almeno tre mesi dei corsi speciali organizzati *ogni anno* dal Dipartimento della Pubblica Educazione della durata complessiva di nove mesi. Questi corsi avranno luogo nell'Asilo che a tale scopo verrà organizzato come Asilo modello e sotto la direzione della Ispettrice cantonale. L'Asilo modello riceverà un sussidio supplementare di fr. 200 annui da parte dello Stato per l'acquisto del materiale d'insegnamento. Le candidate che non avessero frequentati i corsi organizzati dal Dipartimento saranno ammesse ad un esame speciale per il conseguimento della

patente d'idoneità, purchè dimostrino di aver frequentato dei corsi equipollenti."

Art. 2. — Il presente decreto viene pubblicato nel *Bollettino Officiale delle leggi e degli atti esecutivi* ed entra immediatamente in vigore.

---

5. Decreto esecutivo circa esami di abilitazione all' insegnamento nelle scuole maggiori. (Del 22 dicembre 1924.) [Regelung für die bisherigen Inhaber der Lehrstellen, die das Patent noch nicht besitzen und für Patentierte der untern Stufe.]

XXII. Kanton Waadt.

1. Mittelschulen und Berufsschulen.

1. Programme modifié des branches mathématiques, applicable aux élèves se proposant de poursuivre des études au Gymnase scientifique. (Du 15 mars 1924. [Provisorisch.]

---

2. Règlement organique de l'Ecole cantonale de dessin et d'arts appliqué. (Du 7 octobre 1924.)

LE CONSEIL D'ETAT DU CANTON DE VAUD,

Vu le décret du Grand Conseil du 6 juin 1834, concernant l'acceptation du don Arlaud;

Vu les articles 82 et 83 de la loi du 25 février 1908, sur l'instruction publique secondaire;

Vu la décision du Conseil d'Etat du 22 juillet 1924, concernant la fusion de l'Ecole cantonale de dessin et d'arts décoratifs avec l'Ecole de dessin et d'art appliqué;

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique et des Cultes;

ARRETE:

I. Dispositions générales. — Enseignement.

Article premier. — L'Ecole cantonale de dessin et d'art appliqué a pour but d'entretenir dans le pays une culture artistique et de concourir au développement général des arts. Elle prépare au brevet de maître de dessin.

Elle complète les études techniques faites dans les établissements d'instruction publique secondaire, et donne, en outre, satisfaction à tous ceux qui cherchent à cultiver un don artistique naturel.

Art. 2. — Les objets d'enseignement sont fixés par un programme des cours adopté par le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 3. — Ces cours se divisent en deux sections: l'une, dite: „des beaux arts" a pour but l'étude académique du dessin; l'autre, dite: „d'Art appliqué" tend à former des artistes décorateurs, des artisans d'art.

Art. 4. — La durée des études n'est pas limitée.

Art. 5. — L'Ecole est placée sous la surveillance directe du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

II. Administration. — Direction. — Personnel enseignant. — Ressources.

Art. 6. — Les autorités chargées de l'administration de l'Ecole cantonale de dessin sont:

a) le Conseil d'Etat;
b) le Département de l'Instruction publique et des Cultes;
c) le Conseil de l'Ecole;
d) la direction;
e) la conférence des professeurs.

Art. 7. — Le Conseil de l'Ecole se compose de sept à neuf membres, nommés par le Conseil d'Etat pour quatre ans. Un membre de la Municipalité de Lausanne fait partie de droit de ce conseil. Le directeur de l'Ecole en fait partie également de droit. Le Département de l'Instruction publique convoque le Conseil et peut se faire représenter à ses séances avec voix délibérative.

Le Conseil nomme dans son sein un président et un secrétaire. Les membres du Conseil ont droit à une indemnité de présence de 20 fr. par séance.

Art. 8. — Le Conseil de l'Ecole a les attributions suivantes:

a) il donne son avis sur le programme des études;
b) il répond aux conseils qui lui sont demandés par le Département.

Art. 9. — Les membres du Conseil peuvent en tout temps visiter l'Ecole et assister aux cours.

Art. 10. — L'Ecole cantonale de dessin et d'art appliqué a à sa tête un directeur, nommé pour deux ans par le Conseil d'Etat, chargé de l'administration générale et de la surveillance de l'enseignement. Il surveille la marche des études, la distribution et l'emploi du temps. Il visite les classes le plus souvent possible. Il s'assure que les règlements sont observés par les professeurs

et par les élèves. Il intervient dans les questions de discipline. Il tient un registre matricule des noms des élèves, un registre de compte des finances de cours, d'inscriptions et d'examens, et des dépôts à la B. C. V. Il établit chaque année un projet de budget. Il établit le règlement intérieur de l'Ecole.

Art. 11. — La direction technique de la section d'art appliqué peut être confiée à l'un des membres du corps enseignant de l'Ecole, sous la surveillance directe du directeur.

Art. 12. — Le directeur et les professeurs réunis forment la conférence des professeurs. Le directeur préside. Il la réunit chaque fois qu'il le juge nécessaire. Sur la demande d'un ou de plusieurs professeurs, le directeur est tenu de convoquer la conférence dans la quinzaine qui suit cette demande.

La conférence peut être convoquée en dehors des heures de cours. Les professeurs sont tenus d'y assister.

Art. 13. — Les chargés de cours peuvent être convoqués à la conférence pour être consultés sur telle question spéciale.

Art. 14. — Les attributions de la conférence sont les suivantes:

a) elle étudie les questions qui intéressent l'Ecole, l'enseignement, les professeurs, la méthode, toutes questions relevant du domaine de l'art, en rapport avec l'Ecole;
b) les courses d'études;
c) elle apprécie le travail des élèves;
d) elle décide de la promotion des élèves;
e) elle examine les questions de discipline ou toutes autres questions qui lui sont soumises par le directeur.

Art. 15. — La conférence nomme dans son sein un vice-président et un secrétaire, pour une année. Le secrétaire tient un procès-verbal de chaque séance, dans un registre spécial.

Art. 16. — L'enseignement à l'Ecole cantonale de dessin et d'art appliqué est donné par des professeurs, des artistes de notoriété reconnue ou par des professionnels qui se sont distingués dans l'exercice de leur profession.

Art. 17. — Les professeurs, artistes ou professionnels jouissent de la liberté d'enseignement. Toutefois le Département de l'Instruction publique se réserve de faire modifier tels enseignements dont la tendance sera outrancière et les résultats discutables.

Art. 18. — Les professeurs sont nommés par le Conseil d'Etat pour deux ans. Leur traitement est fixé au moment de leur nomination.

Art. 19. — Des professeurs étrangers à l'Ecole peuvent être autorisés par le Département de l'Instruction publique à y donner

des cours libres en qualité de „chargés de cours". Cette autorisation est valable pour deux ans.

Art. 20. — Les chargés de cours ne touchent pas de traitement; ils bénéficient de la finance totale de leurs cours moins le 3 % pour frais d'administration.

Art. 21. — Sauf le cas de force majeure, un maître ne peut manquer une leçon sans en aviser préablement le directeur.

Art. 22. — Toute réclamation ou plainte contre le personnel enseignant doit être portée par écrit au directeur. Celui-ci entend les intéressés et, s'il ne peut mettre fin au conflit, en réfère au Département de l'Instruction publique.

Art. 23. — Le Conseil d'Etat, après avoir pris l'avis du Conseil de l'Ecole, peut prononcer la suspension ou la destitution d'un membre du corps enseignant, pour cause d'insubordination, d'immoralité ou pour toute autre faute grave portant atteinte aux intérêts ou à l'honneur de l'Ecole cantonale de dessin et d'art appliqué.

Art. 24. — Lorsqu'un professeur ne remplit plus utilement ses fonctions, le Conseil d'Etat peut le déclarer hors d'activité.

Art. 25. — Les ressources dont l'Ecole cantonale de dessin dispose pour payer ses professeurs et ses frais généraux sont les suivantes:

a) la participation financière de l'Etat inscrite chaque année au budget du Département de l'Instruction publique et des Cultes;
b) la subvention de la Confédération;
c) la subvention de la Commune de Lausanne;
d) les finances de cours et d'examens;
e) des fondations, etc.;
f) le 3 % prélevé sur les finances de cours libres.

Art. 26. — Tous les paiements sont ordonnancés par le Département de l'Instruction publique, à qui le directeur envoie toutes les pièces comptables.

Art. 27. — A la fin de chaque exercice, le Département de l'Instruction publique établit la balance du compte de l'Ecole de dessin.

III. Elèves. — Admission. — Ecolages.

Art. 28. — Pour être admis comme élève à l'Ecole cantonale de dessin, il faut prouver une connaissance du dessin suffisante pour permettre de suivre les cours avec fruit. Dans ce but, les candidats peuvent être soumis à un examen qui aura comme

base le plan d'étude du Gymnase scientifique cantonal. Cet examen sera subi devant une commission choisie par le directeur dans le corps enseignant de l'Ecole. Le Département peut y adjoindre des experts pris en dehors de l'Ecole.

Art. 29. — Les candidats qui ensuite de cet examen ne seraient pas admis comme élèves de l'Ecole, pourront cependant y être groupés en une classe préparatoire. Cette classe pourra servir de classe d'application.

Art. 30. — En s'inscrivant, chaque élève est tenu d'indiquer à la direction son domicile et celui de ses parents. Il avisera immédiatement la direction de tout changement d'adresse.

Art. 31. — Les élèves inscrits pour 20 heures de cours par semaine seront considérés comme élèves réguliers.

Art. 32. — Tout élève est soumis chaque semestre à une taxe d'inscription de 5 francs. Cette finance est affectée aux achats de livres et aux abonnements de périodiques pour la bibliothèque de l'Ecole.

Art. 33. — Les finances des cours sont fixées par le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 34. — Les élèves acquittent les écolages réglementaires avant le 15 novembre pour le semestre d'hiver, avant le 15 mai pour le semestre d'été.

Art. 35. — Le Conseil d'Etat peut dispenser de tout ou partie des finances de cours les élèves méritants de nationalité suisse qui en font la demande, et dont les circonstances de famille justifient cette faveur. Ils adressent leur demande au directeur, qui transmet cette requête au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 36. — La discipline de l'Ecole cantonale de dessin appartient au Département de l'Instruction publique, au directeur, à la conférence des professeurs.

IV. Brevet. — Diplôme. — Certificat. — Examens.

Art. 37. — L'Ecole cantonale de dessin et d'art appliqué confère:

a) un brevet pour l'enseignement du dessin dans les écoles publiques du canton de Vaud;

b) un certificat d'études générales;

c) un certificat de capacité et un diplôme d'artisan d'art aux élèves de la section d'art appliqué.

Brevet pour l'enseignement du dessin.

Art. 38. — En automne de chaque année, un jury désigné par le Département de l'Instruction publique et des Cultes, sur la proposition du directeur de l'Ecole, fait subir les épreuves aux candidats au brevet pour l'enseignement du dessin, au certificat d'études, au diplôme. Une session peut, le cas échéant, être organisée au printemps.

Art. 40. — Le directeur fait partie de droit de ce jury. Il le préside.

Art. 41. — En s'inscrivant pour l'un des examens ci-dessus indiqués, le candidat dépose entre les mains de la direction de l'Ecole une somme de 20 francs.

Au moment de s'inscrire aux examens, les candidats au brevet de maître de dessin doivent être âgés de 20 ans au moins. Ils doivent être porteurs d'un certificat d'études secondaires, jugé suffisant par le directeur de l'Ecole, et avoir suivi les cours réglementaires pendant 6 semestres.

Art. 42. — Les candidats sont soumis à un examen médical d'un médecin désigné par le Département.

Art. 43. — Les candidats qui n'ont pas fait leurs études à l'Ecole cantonale de dessin doivent s'annoncer par écrit au Département de l'Instruction publique au moins 10 jours à l'avance et joindre à leur demande:

a) un certificat de fin d'études délivré par l'Ecole dans laquelle ils ont terminé leurs études ou un diplôme de cette école;
b) un acte de naissance ou d'origine (Confédérés);
c) un certificat de vaccination;
d) un témoignage de bonnes mœurs délivré par les autorités du dernier domicile du candidat;
e) un certificat médical.

Ils déposent en s'inscrivant une somme de 60 francs entre les mains de la direction.

Art. 44. — Chaque maître remet à l'avance à la direction un certain nombre de propositions en vue des examens écrits ou dessinés. Le jury reste libre d'ailleurs de choisir d'autres sujets dans les limites du programme. Les examens comportent une partie dessinée, une partie écrite et une partie orale.

Art. 45. — Les travaux des candidats sont appréciés par l'échelle des notes allant de 0 à 10. La note 6 est discutable. Tout travail apprécié par cette note peut être considéré comme étant insuffisant.

Art. 46. — Pour que les épreuves soient considérées comme suffisantes, le candidat doit avoir obtenu le 70 % des notes maximum assignables aux épreuves subies. Il ne doit pas avoir de notes inférieures à 6.

Art. 47. — Les épreuves de dessin et de composition se font sur un papier d'une qualité et d'un format communs à tous les candidats. Toutefois, il est laissé entière liberté pour la technique choisie par le candidat pour l'exécution de son travail (fusain, crayon, pastel, etc.).

Art. 48. — Le temps accordé pour chaque épreuve est strictement limité.

Epreuves éliminatoires.

Art. 49. — a) Français: composition française sur une œuvre ou un sujet littéraire. Temps accordé: 3 heures.
Une composition pédagogique, temps accordé: 4 heures.
b) Dessin d'académie (figure humaine), temps accordé: 12 heures.
c) Problèmes de perspective; temps accordé: 4 heures.
d) Croquis de figure ou portrait; temps accordé: 4 heures.
e) Dessin d'un buste ou d'une figure d'après la bosse; temps accordé: 10 heures.

Le jury décide de la validité de cette première partie de l'examen et prononce dans chaque cas. Le candidat admis à poursuivre ses examens continue par:

a) Etude d'une plante ou d'un animal (insecte), aquarelle ou gouache; temps accordé: 6 heures.
b) Modelage exécuté d'après l'étude ci-dessus indiquée, ou d'après plâtre; temps accordé: 12 heures.
c) Composition dessinée et peinte d'après une étude de plante ou de figure humaine; temps accordé: 12 heures.
d) Dessin de mémoire; temps accordé: 2 heures.
e) Perspective à vue d'un groupe d'objets ou de solides géométriques; temps accordé: 2 heures.
f) Anatomie dessinée de mémoire; académie totale ou partielle du corps humain; temps accordé: 4 heures.

Examens oraux.

a) Histoire de l'art, des origines à nos jours. Le candidat peut être appelé à éclairer son exposé d'une démonstration ou d'un croquis à la craie.
b) Histoire générale (programme des cours de l'Université).
c) Didactique générale (N° 2 du programme des cours de l'Ecole des sciences sociales et pédagogiques, prof. Deluz).
d) Une leçon d'une demi-heure, sur un sujet donné, aux élèves d'une classe des écoles primaires ou secondaires.

e) Une interrogation sur la littérature française, du XVII^me siècle compris à nos jours, et sur la littérature romande au XIX^me siècle.

Art. 50. — Les membres du corps enseignant primaire ou secondaire, candidats au brevet de maître de dessin, sont dispensés des examens de français, d'histoire générale et de pédagogie.

Les candidats, porteurs d'un diplôme de bachelier ès sciences ou ès lettres, sont dispensés des examens de français et d'histoire générale.

Art. 51. — Le brevet peut être accordé à titre provisoire à tout candidat dont l'examen sur telle ou telle partie du programme n'aurait pas été jugé suffisant par le jury.

Art. 52. — Le candidat est tenu de refaire, dans la plus prochaine session, l'examen sur les parties du programme qui n'auraient pas donné toute satisfaction au jury.

Art. 53. — Après 3 ans d'inscription dans la section des arts appliqués, les élèves peuvent obtenir un certificat de capacité. Pour cela le jury apprécie l'ensemble des travaux exécutés par l'élève.

Art. 54. Les élèves possesseurs du certificat de capacité peuvent obtenir le diplôme d'artisan d'art après exécution d'un travail à leur choix, dit „Travail de fin d'études".

Attestation.

Art. 55. — L'élève qui le désire est admis à subir les épreuves sur les matières étudiées par lui lorsqu'il ne s'est pas préparé en vue du brevet, du certificat ou du diplôme. Les frais d'examen sont à sa charge. En prenant son inscription, il dépose en main de la direction une somme de 10 francs.

L'attestation relative à ces épreuves est établie sur un formulaire spécial mentionnant que ce n'est ni un brevet, ni un certificat d'études, ni un diplôme. Il est signé par les professeurs intéressés, et remis à l'élève par le directeur de l'Ecole.

V. Fondation. — Prêts d'honneur. — Concours. — Prix.

Art. 56. — L'inscription de l'Ecole cantonale de dessin et d'art appliqué au Registre du commerce sera faite en vue d'obtenir la capacité civile et entre autres le droit de posséder, d'aliéner, d'ester en droit, d'acquérir par donations entre vifs et par dispositions à cause de mort.

Toutefois, l'Ecole cantonale de dessin et d'art appliqué ne pourra ni ester en droit, ni accepter de donations, de successions ou de legs, ni faire aucune acquisition ou aliénation, ni créer des prix sans l'autorisation du Conseil d'Etat.

Art. 57. — Des prêts d'honneur peuvent être accordés aux candidats, de nationalité suisse, au brevet pour l'enseignement du dessin et au diplôme d'artisan d'art. Les candidats qui postuleront un prêt adresseront leur demande à la direction de l'Ecole. Ils subiront une épreuve dessinée dont les difficultés seront en rapport avec le montant du prêt postulé. Cette épreuve sera appréciée par la conférence des professeurs et le résultat transmis au Département de l'Instruction publique.

Art. 58. — Quand les ressources du fonds le permettront, des concours seront organisés selon un programme qui sera adopté pa le Département de l'Instruction publique.

Art. 59. — Des prix pourront être créés dans les limites des articles 57 et 58 du présent règlement.

VI. Dispositions transitoires.

L'entrée en vigueur du présent règlement est fixée au premier octobre 1924.

Sont et demeurent abrogés:

1. le règlement du 28 août 1919;
2. les dispositions relatives aux brevets de dessin contenues dans le règlement du 18 août 1916;
3. le programme de 1910 concernant le brevet spécial de dessin artistique et décoratif;
4. le règlement organique du 17 août 1923;
5. toutes autres dispositions contraires au présent règlement.

Donné sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 7 octobre 1924.

---

2. Universität.

3. Règlement de la Faculté des lettres. (Du 29 juillet 1924.)

CHAPITRE PREMIER.

Conseil de faculté.

Article premier. — Le Conseil de la Faculté des Lettres est composé des professeurs ordinaires et extraordinaires qui enseignent à cette faculté.

Art. 2. — Il ne peut délibérer valablement que lorsque un tiers au moins de ses membres est présent.

Art. 3. — Les professeurs chargés de cours, les chargés de cours, les privat-docents et les lecteurs peuvent être convoqués aux séances du Conseil pour donner leur avis sur les questions qui intéressent leur enseignement.

CHAPITRE II.

Etudiants.

Art. 4. — Les étudiants immatriculés sont admis de plein droit à suivre les cours universitaires; les auditeurs qui désirent suivre un cours universitaire *(collegium privatum)* peuvent être tenus d'en faire la demande au professeur intéressé. S'il le propose, la Faculté peut limiter leur nombre.

Art. 5. — Les étudiants et les auditeurs qui désirent suivre un cours particulier *(collegium privatissimum)* doivent en demander l'autorisation au professeur intéressé. L'étudiant ou l'auditeur à qui cette autorisation est refusée peut recourir au Conseil de la Faculté, qui décidera.

CHAPITRE III.

Bibliothèque.

Art. 6. — La Faculté met à la disposition des étudiants une salle de travail pourvue d'une bibliothèque. Cette bibliothèque est administrée par l'un des professeurs. Des dispositions spéciales en règlent l'usage.

CHAPITRE IV.

Grades et examens.

A. Généralités.

a) Grades et certificats.

Art. 7. — L'Université confère, sur la proposition de la Faculté des Lettres et à la suite d'examens subis conformément au présent règlement, les *grades* et *certificats* énumérés ci-après:

a) grades:
- licence ès lettres (diplôme d'Etat);
- licence ès lettres;
- doctorat ès lettres;

b) certificats d'études supérieures de lettres, soit:
- certificat d'études supérieures de français moderne;
- certificat d'études supérieures de vieux français;
- certificat d'études supérieures de latin;
- certificat d'études supérieures de grec;
- certificat d'études supérieures d'allemand;
- certificat d'études supérieures d'anglais;
- certificat d'études supérieures d'italien;
- certificat d'études supérieures d'histoire;
- certificat d'études supérieures de philosophie;
- certificat d'études supérieures de géographie;
- certificat d'études supérieures d'archéologie;

certificat d'études supérieures d'histoire de l'art;
certificat d'études supérieures d'histoire de l'art et d'archéologie;

c) certificat d'études françaises (partie moderne);
certificat général d'études françaises.

Art. 8. — La Faculté peut instituer, avec l'approbation de la Commission Universitaire et du Département de l'Instruction publique, d'autres certificats régis par des règlements spéciaux.

b) Attestations d'examens.

Art. 9. — La Faculté délivre une *attestation* à toute personne qui a subi avec succès l'un des examens suivants:

1. *examen préalable A,* soit examen d'accès aux épreuves de la *licence ès lettres (diplôme d'Etat)* ou à celles des *certificats d'études supérieures de lettres* pour les candidats qui ne sont pas porteurs d'un baccalauréat ès lettres ou ès sciences (mention sciences-langues) ou d'un titre jugé équivalent par le Conseil de la Faculté (voir Art. 33—42);

2. *examen préalable B,* soit examen d'accès aux épreuves de la *licence ès lettres* pour les candidats dans le même cas (voir Art. 73—78);

3. *examen préalable C,* soit examen d'accès aux épreuves des *certificats d'études françaises* pour les candidats dans le même cas (voir Art. 120—126);

4. *examen complémentaire de langue* pour les candidats à la *licence ès lettres (diplôme d'Etat)* qui choisissent une langue autre que celles qui figuraient au programme d'examens de leur baccalauréat ou du titre jugé équivalent, ou à celui de leur examen préalable (voir Art. 26—32);

5. examen portant sur une seule des matières de la licence ès lettres (diplôme d'Etat) (voir Art. 17 et 61).

Ces *attestations* ne constituent pas des grades universitaires. Elles sont signées par le doyen et remises à l'étudiant par le bureau de l'Université.

Les candidats à la *licence ès lettres (diplôme d'Etat),* à un *certificat d'études supérieures de lettres,* à la *licence ès lettres,* à un *certificat d'études françaises* qui ne remplissent pas les conditions prévues à l'Art. 22 du Règlement Général de l'Université du 8 mars 1918 (R. G.), peuvent être immatriculés après avoir subi avec succès les épreuves de l'examen préalable correspondant. Les cartes d'immatriculation indiquent que l'immatriculation n'est valable qu'en vue du grade ou du certificat correspondant à l'examen préalable subi.

Art. 10. — L'étudiant qui le désire est admis à subir à la fin du semestre, devant les professeurs intéressés, des épreuves sur les matières étudiées par lui. Il paie par examen une finance de fr. 10.—. Les attestations relatives à ces épreuves sont signées par les professeurs intéressés, puis transmises au bureau de l'Université qui les remet à l'étudiant (R. G., Art. 53).

c) Dispositions relatives à tous les examens.

Art. 11. — Une inscription à un examen quelconque ne devient effective que si la finance a été acquittée dans les délais prescrits.

Art. 12. — Toute épreuve écrite se fait à huis clos, sous la surveillance d'un membre de la commission d'examen.

Art. 13. — Toute épreuve est appréciée par les chiffres de 0 à 10, 0 signifiant très mal, 10 très bien.

Art. 14. — En cas d'échec, le candidat a droit à la restitution de la moitié de la finance versée.

Art. 15. — Le candidat qui, après s'être régulièrement inscrit, se retire avant les examens, a droit à la restitution a) de la finance versée par lui moins une retenue de fr. 5.— si ses raisons sont reconnues valables; b) de la moitié seulement de la finance versée, si ses raisons ne sont pas reconnues valables.

Le candidat qui se retire en cours d'examens a droit au remboursement de la moitié de la finance versée par lui.

Art. 16. — L'huissier de l'Université touche une gratification, fixée par l'Art. 94 du R. G., pour tout diplôme délivré à la suite des examens prévus à l'Art. 7.

B. Licence ès Lettres
(diplôme d'Etat).

a) Dispositions générales.

Art. 17. — Les examens de licence ès lettres (diplôme d'Etat) portent sur 4 matières. Les candidats ont le choix entre les combinaisons suivantes:

Type A: français, deux autres langues, histoire;
Type B: français, deux autres langues, philosophie;
Type C: français, une autre langue, histoire, philosophie.

N. B. Les langues entre lesquelles les candidats peuvent choisir, sont: le latin, le grec, l'allemand, l'italien, l'anglais et le vieux français.

b) Commission d'examens.

Art. 18. — La commission d'examens se compose du doyen, président et rapporteur, assisté de deux professeurs de la Faculté

désignés par lui et de deux experts étrangers à l'Université, désignés par le Département de l'Instruction publique.

Art. 19. — L'examen sur chaque matière est dans la règle dirigé par le professeur intéressé.

Lorsque, dans l'appréciation d'une épreuve écrite, il y a divergence grave entre la commission et le professeur intéressé, le doyen en informe celui-ci. Le professeur intéressé peut, sur sa demande, être entendu par la commission. La commission statue.

c) Sessions d'examens.

Art. 20. — Il y a trois sessions d'examens par année: en mars, juillet et octobre.

Art. 21. — La date du début des épreuves et l'horaire des examens sont portés à la connaissance des candidats par voie d'affiches, huit jours à l'avance.

d) Inscription.

Art. 22. — Le candidat admis à se présenter aux examens (voir Art. 25) doit s'inscrire auprès du doyen avant le 15 février pour la session de mars, avant le 15 juin pour la session de juillet, et avant le 15 juillet pour la session d'octobre.

Art. 23. — Il verse entre les mains du secrétaire de l'Université, avec l'autorisation du doyen, la somme de fr. 70.— pour la première série, et de fr. 80.— pour la deuxième série des examens (voir Art. 43), au plus tard le 15 février pour la session de mars, le 15 juin pour la session de juillet, le 15 juillet pour la session d'octobre.

Art. 24. — En s'inscrivant auprès du doyen, le candidat lui remet par écrit l'indication des matières sur lesquelles portent ses examens ainsi que des textes, questions et épreuves dont il lui a fallu faire choix conformément aux Art. 45—49.

e) Conditions d'admission aux examens.

I. Dispositions générales.

Art. 25. — Pour être admis à la première série des examens, le candidat doit présenter:

1. sa carte d'immatriculation à l'Université de Lausanne;

2. un diplôme de baccalauréat ès lettres, ou de baccalauréat ès sciences (mention sciences-langues), ou un titre jugé équivalent par le Conseil de la Faculté, ou, à défaut, une *attestation* qu'il a subi en temps utile l'examen préalable A (voir Art. 9 et 33—42);

3. s'il choisit des langues qui ne figuraient pas au programme d'examens de son baccalauréat ou du titre jugé équivalent, ou à celui de son examen préalable, l'*attestation* qu'il a subi en temps

utile les examens complémentaires de ces langues (voir Art. 9 et 26—32);

4. un *curriculum vitæ;*

5. des pièces établissant qu'il a suivi pendant quatre semestres au moins les cours d'une faculté des lettres sur les matières qui font l'objet de ses examens.

Toutefois, en ce qui concerne cette dernière obligation, le Département de l'Instruction publique peut, sur le préavis de la Faculté, accorder des dispenses.

II. Examens complémentaires de langues.

Art. 26. — Le candidat qui choisit une langue (latin, grec, allemand, anglais, italien) qui ne figurait pas au programme d'examens de son baccalauréat ou du titre jugé équivalent, ou à celui de son examen préalable, doit passer, deux semestres au moins avant de se présenter à la première série des examens, un examen complémentaire sur cette langue.

Art. 27. — Cet examen comporte les épreuves suivantes, en rapport avec un programme spécial publié à part:

écrit: pour le latin: un thème et une version;
pour le grec: une version;
pour les langues modernes (allemand, anglais et italien): une composition et un thème.

N. B. Ces épreuves se font toutes sans dictionnaire ni lexique. La durée de chacune d'elles est de 2 heures.

oral: une interrogation élémentaire d'histoire littéraire; l'explication de deux textes, l'un en prose, l'autre en vers, tirés des auteurs du programme spécial.

Art. 28. — Le candidat qui choisit le vieux français et qui n'a pas eu d'épreuves de latin au programme d'examens de son baccalauréat ou du titre jugé équivalent, ou à celui de son examen préalable, doit passer, deux semestres au moins avant de se présenter à la première série des examens de licence, un examen complémentaire de latin. Cet examen comporte une interrogation de grammaire et de versification et l'explication de deux textes, l'un en prose, l'autre en vers, tirés des auteurs du programme spécial.

Art. 29. — Le candidat qui choisit le vieux français et le latin, et qui n'a pas eu d'épreuves de latin au programme d'examens de son baccalauréat ou du titre jugé équivalent, ou à celui de son examen préalable, est astreint à un examen complémentaire de latin seulement (voir Art. 27).

Art. 30. — La commission d'examen est composée de deux professeurs dont l'un est nécessairement celui de la langue intéressée.

Art. 31. — Une moyenne inférieure à 6, ou une seule note inférieure à 4, entraîne l'ajournement du candidat.

Art. 32. — Le candidat verse entre les mains du secrétaire de l'Université, avec l'autorisation du doyen, la somme de fr. 30.— deux semaines au moins avant le début de son examen.

III. Examen préalable A.

Art. 33. — Le candidat qui n'est pas porteur d'un baccalauréat ès lettres ou ès sciences (mention sciences-langues), ou d'un titre jugé équivalent par le Conseil de la Faculté, ne peut se présenter à la première série des examens que quatre semestres après avoir subi avec succès les épreuves de l'*examen préalable A.*

Art. 34. — Les anciens élèves des Gymnases cantonaux vaudois et du Gymnase des jeunes filles de la ville de Lausanne ne sont pas admis à cet examen avant qu'une année au moins se soit écoulée depuis l'époque où ils auraient dû normalement se présenter aux examens du baccalauréat.

Art. 35. — Cet examen porte sur les matières suivantes: français; deux langues (latin, grec, allemand, anglais, italien) au choix du candidat; histoire; logique et psychologie.

Art. 36. — Il comporte les épreuves suivantes, en rapport avec un programme spécial publié à part:

écrit: 1. une composition française sur un sujet de littérature française (durée 4 heures);

2. une composition française sur une question d'histoire (durée 4 heures);

3. pour chacune des deux langues choisies par le candidat, les épreuves écrites prévues pour l'examen complémentaire de langue (voir Art. 27);

oral: 1. une interrogation de littérature française;

2. une interrogation de logique et de psychologie;

3. pour chacune des deux langues choisies par le candidat, une interrogation élémentaire d'histoire littéraire; l'explication de deux textes, l'un en prose, l'autre en vers tirés des auteurs du programme spécial.

Art. 37. — La commission d'examen est composée des professeurs intéressés. Elle est présidée par le doyen.

Art. 38. — Pour être admis aux épreuves orales et pour être reçu, une moyenne de 6 est nécessaire.

Le calcul de la moyenne de l'écrit se fait sur 4 notes; pour chacune des deux langues choisies par le candidat, les notes des deux épreuves écrites se combinent en une.

Le calcul de la moyenne définitive se fait sur cinq notes; pour le français et les deux autres langues choisies par le candidat, la note de l'écrit se combine avec celle de l'oral.

Art. 39. — Le candidat qui échoue à la suite de ses épreuves orales reste pendant une année au bénéfice de ses épreuves écrites.

Art. 40. — Il y a trois sessions d'examen par année: en mars, juillet et octobre.

Art. 41. — Le candidat verse entre les mains du secrétaire de l'Université, avec l'autorisation du doyen, la somme de fr. 100.—, au plus tard le 15 février pour la session de mars, le 15 juin pour la session de juillet et le 15 juillet pour la session d'octobre.

Art. 42. — Les candidats porteurs du brevet de capacité pour l'enseignement primaire délivré par les Ecoles Normales du canton de Vaud, de la maturité de l'Ecole Supérieure de Commerce du canton de Vaud, du diplôme pédagogique et du diplôme de culture générale du Gymnase des jeunes filles de la ville de Lausanne, bénéficient d'une réduction de 25 % sur la finance prévue à l'Art. 41.

f) Division en deux séries des examens de licence ès lettres (diplôme d'Etat).

Art. 43. — Les examens se font en deux séries.

Les examens de la deuxième série ne peuvent dans la règle être subis moins de deux semestres après ceux de la première.

g) Programmes.

Art. 44. — Les examens de chaque série portent sur un programme spécial publié à part.

Ces programmes sont arrêtés par le Conseil de la Faculté sur les indications des professeurs intéressés. Ils sont partiellement renouvelables tous les trois ans.

Art. 45. — Ils comportent:

Première série

pour le français: 6 textes dont 2 antérieurs au XV^{me} siècle, 1 du XVI^{me} siècle, 2 du XVII^{me} siècle et 1 du XVIII^{me} ou du XIX^{me} siècle;

pour le latin: 4 textes;

pour le grec: 4 textes;

pour le vieux français: 6 textes;

pour chacune des langues étrangères modernes: 6 textes dont aucun ne peut être antérieur au XIII^{me} siècle;

pour l'histoire: une liste de grandes périodes historiques. Le candidat en choisira une;

pour la philosophie: une liste de textes philosophiques. Le candidat en choisira un;

Deuxième série

pour le français: 6, 8 ou 10 questions d'histoire littéraire;

pour chacune des deux autres langues: 4, 6 ou 8 questions d'histoire littéraire;

pour la philosophie: questions d'histoire de la philosophie;

pour l'histoire: 1. une liste de périodes spéciales d'histoire générale et d'histoire suisse. Le candidat en choisira deux. Les candidats de nationalité suisse devront choisir une période d'histoire suisse et une période d'histoire générale;

2. une liste de textes historiques. Le candidat en choisira deux.

h) Epreuves.

Première série.

Art. 46. — L'examen écrit de la première série comporte trois épreuves:

Types A et B:

1. pour le français: un commentaire grammatical et littéraire d'un morceau tiré d'un des textes du programme. Si le morceau à commenter est tiré d'un auteur antérieur au XV^me^ siècle, la traduction du morceau est en outre requise (durée: 3 heures);

2.—3. pour chaque autre langue choisie par le candidat: une traduction en français d'un morceau tiré d'un texte qui ne figure pas au programme. Cette traduction se fait sans dictionnaire ni lexique. Toutefois la commission d'examens peut, sur préavis du professeur intéressé, donner l'explication d'expressions qu'elle estime trop difficiles (durée: 3 heures);

Type C:

1. pour le français: même épreuve que pour les types A et B;
2. pour l'autre langue: même épreuve que pour les types A et B;
3. une composition française d'histoire ou de philosophie, au choix du candidat, sur un sujet en rapport avec son programme.

Art. 47. — L'examen oral de la première série comporte une épreuve sur chaque matière de l'examen. Cette épreuve est:

pour le français et les autres langues: l'explication d'un morceau tiré d'un des textes du programme;

pour l'histoire: une interrogation sur la période choisie par le candidat;

pour la philosophie: une interrogation sur le texte philosophique choisi par le candidat.

Deuxième série.

Art. 48. — L'examen écrit de la deuxième série comporte une épreuve de 4 heures sur chaque matière de l'examen. Cette épreuve est:

pour le français: une composition sur un sujet d'histoire ou de critique littéraires en rapport avec le programme;

pour le latin: un thème;

pour le grec: au choix du candidat, un thème ou une transcription en prose attique, avec commentaire grammatical, d'un morceau poétique ou d'une inscription en dialecte;

pour le vieux français: une composition française sur un sujet d'histoire de la langue;

pour les langues étrangères modernes: au choix du candidat, un thème ou une composition en langue étrangère;

pour l'histoire et la philosophie: une composition française sur un sujet en rapport avec le programme.

Art. 49. — L'examen oral de la deuxième série comporte une épreuve sur chaque matière de l'examen. Cette épreuve est:

pour le français et les autres langues: une interrogation d'histoire littéraire sur l'une des questions du programme;

pour l'histoire: une interrogation sur les deux périodes spéciales et sur les deux textes historiques choisis par le candidat;

pour la philosophie: une interrogation sur les questions du programme.

N. B. Pour les langues étrangères modernes, l'interrogation peut être conduite dans la langue étrangère, mais le candidat reste libre de répondre en français.

Art. 50. — En règle générale, la durée d'une interrogation ne peut dépasser 30 minutes.

i) Admissibilité.

Art. 51. — Pour être admis aux épreuves orales de la première série, le candidat doit avoir obtenu pour les épreuves écrites une moyenne de 6, sans plus d'une note inférieure à 5 et sans note inférieure à 4.

Art. 52. — Pour être admis aux examens de la deuxième série, le candidat doit avoir obtenu, pour ses examens de la première série, une moyenne de 6, sans plus d'une note inférieure à 5. et sans note inférieure à 4.

Le calcul de la moyenne se fait sur quatre notes: pour chaque matière qui comporte une épreuve écrite et une épreuve orale, la note de l'écrit se combine avec celle de l'oral.

Art. 53. — Pour être admis aux épreuves orales de la deuxième série, le candidat doit avoir obtenu pour les épreuves écrites de la deuxième série une moyenne de 6, sans plus d'une note inférieure à 5, et sans note inférieure à 4.

Art. 54. — La Faculté propose à la Commission Universitaire de décerner le grade de la licence ès lettres (diplôme d'Etat) au candidat qui a obtenu pour ses examens de deuxième série une moyenne de 6, sans plus d'une note inférieure à 5 et sans note inférieure à 4.

Le candidat de la moyenne se fait sur quatre notes: la note de l'écrit dans chaque matière se combine avec celle de l'oral.

Art. 55. — Le candidat qui, à l'une quelconque des parties de l'examen, obtient la moyenne de 7, mais est arrêté par deux notes inférieures à 5 ou une note inférieure à 4, est autorisé à refaire, à la session suivante au plus tôt, l'épreuve ou les épreuves qui l'a ou l'ont fait échouer. S'il n'obtient pas alors de note(s) suffisante(s), il doit refaire toute cette partie de l'examen.

Art. 56. — Le candidat déclaré admissible à l'oral de l'une ou de l'autre des deux séries, et qui y est refusé, reste au bénéfice de son écrit pendant trois semestres au plus, sauf exception justifiée.

Art. 57. — Dans la règle, un candidat refusé ne peut se représenter qu'au bout de six mois: en octobre, s'il l'a été en mars; en mars, s'il l'a été en juillet ou en octobre.

Art. 58. — Un deuxième échec à l'oral de la première ou de la deuxième série fait perdre le bénéfice de l'admissibilité.

Art. 59. — Le candidat déclaré admissible à la deuxième série reste au bénéfice de la première série pendant quatre années. Ce délai peut être prolongé par le Conseil de la Faculté sur demande écrite et motivée du candidat.

Art. 60. — Le candidat qui a obtenu à l'une et à l'autre des deux séries d'examen une moyenne de 8 sans note inférieure à 6 est reçu avec la mention *bien.*

Le candidat qui a obtenu à l'une et à l'autre des deux séries d'examen une moyenne de 9 sans note inférieure à 7 est reçu avec la mention *très bien.*

k) Attestation d'examen portant sur une seule des matières de la licence.

Art. 61. — Tout étudiant immatriculé à l'Université et qui en fait la demande écrite au doyen peut être autorisé à subir les épreuves prévues pour la licence ès lettres (diplôme d'Etat) *sur*

une seule matière. Les épreuves des deux séries se font en une seule fois. L'inscription se prend dans les mêmes conditions que l'inscription en vue de la licence (voir Art. 22—24). La finance d'examen est de fr. 50.—. Pour être admis aux épreuves orales, le candidat doit obtenir pour ses épreuves écrites une moyenne de 6 sans note inférieure à 5. Pour avoir droit à l'*attestation* d'examen délivrée par la Faculté, le candidat doit obtenir une moyenne, entre l'écrit et l'oral, de 7 sans note inférieure à 6. Le calcul de cette moyenne se fait sur 2 notes, une pour l'écrit et une pour l'oral. *Le grade de licencié ès lettres (diplôme d'Etat) ne peut en aucun cas s'obtenir par le simple cumul d'un certain nombre de ces attestations d'examen.*

C. Licence ès lettres.

a) Dispositions générales.

Art. 62. — Les examens de licence ès lettres portent dans la règle sur 4 matières qui sont:

1. le français,
2. une autre langue admise par la Faculté,
3. l'histoire,
4. la philosophie.

Art. 63. — Tout candidat qui le désire peut être admis à subir un examen sur une deuxième langue autre que le français. Cet examen comporte une épreuve écrite et une épreuve orale à chaque série.

Art. 64. — Le diplôme mentionne les matières sur lesquelles les examens ont porté.

b) Commission d'examens.

Art. 65. — La commission d'examens se compose du doyen, président et rapporteur, assisté de deux professeurs de la Faculté désignés par lui.

Art. 66. — L'examen sur chaque matière est, dans la règle, dirigé par le professeur intéressé.

Lorsque dans l'appréciation d'une épreuve écrite, il y a divergence grave entre la commission et le professeur intéressé, le doyen en informe celui-ci. Le professeur peut, sur sa demande, être entendu par la commission. La commission statue.

c) Sessions d'examens.

Art. 67. — Il y a trois sessions d'examens par année: en mars, juillet et octobre.

Art. 68. — La date du début des épreuves et l'horaire des examens sont portés à la connaissance des candidats par voie d'affiches, huit jours à l'avance.

d) Inscription.

Art. 69. — Le candidat admis à se présenter aux examens (voir Art. 72) doit s'inscrire auprès du doyen avant le 15 février pour la session de mars, avant le 15 juin pour la session de juillet et avant le 15 juillet pour la session d'octobre.

Art. 70. — Il verse entre les mains du secrétaire de l'Université, avec l'autorisation du doyen, la somme de fr. 70.— pour la première série, et de fr. 80.— pour la deuxième série des examens (voir Art. 79), au plus tard le 15 février pour la session de mars, le 15 juin pour la session de juillet, le 15 juillet pour la session d'octobre.

Art. 71. — En s'inscrivant auprès du doyen, le candidat lui remet par écrit l'indication des matières sur lesquelles portent ses examens, ainsi que des textes, questions et épreuves dont il lui a fallu faire choix conformément aux Art. 81—85.

e) Conditions d'admission aux examens.

Art. 72. — Pour être admis à la première série des examens le candidat doit présenter:

1. sa carte d'immatriculation à l'Université de Lausanne;
2. un diplôme de baccalauréat ès lettres, ou de baccalauréat ès sciences (mention sciences-langues), ou un titre jugé équivalent par le Conseil de la Faculté, ou, à défaut, une *attestation* qu'il a subi en temps utile l'examen préalable B (voir Art. 9 et 73—78);
3. un *curriculum vitæ;*
4. des pièces établissant qu'il a suivi pendant deux semestres au moins les cours d'une faculté des lettres sur les matières qui font l'objet de ses examens.

f) Examen préalable B.

Art. 73. — Le candidat qui n'est pas porteur d'un baccalauréat ès lettres ou ès sciences (mention sciences-langues), ou d'un titre jugé équivalent par le Conseil de la Faculté ne peut se présenter à la première série des examens que deux semestres après avoir subi avec succès les épreuves de l'*examen préalable B.*

Cet examen porte sur un programme spécial publié à part. Les épreuves sont les suivantes:

écrit: 1. une composition française sur un sujet d'histoire;

2. une traduction en français d'une langue étrangère admise par la Faculté;

oral: 1. une interrogation de littérature française;
2. une interrogation de logique.

Art. 74. — La commission d'examen est composée des professeurs intéressés. Elle est présidée par le doyen.

Art. 75. — Pour être admis aux épreuves orales, et pour être reçu, une moyenne de 6 est nécessaire.
Le calcul de la moyenne de l'écrit se fait sur 2 notes; celui de la moyenne définitive, sur 4.

Art. 76. — Le candidat qui échoue à la suite de ses épreuves orales reste pendant une année au bénéfice de ses épreuves écrites.

Art. 77. — Il y a trois sessions d'examens par année: en mars, juillet et octobre.

Art. 78. — Le candidat verse entre les mains du secrétaire de l'Université, avec l'autorisation du doyen, la somme de fr. 50.— au plus tard le 15 février pour la session de mars, le 15 juin pour la session de juillet et le 15 juillet pour la session d'octobre.

g) Division des examens en deux séries.

Art. 79. — Les examens se font en deux séries.
Les examens de la deuxième série ne peuvent, dans la règle, être subis moins de deux semestres après ceux de la première.

h) Programmes.

Art. 80. — Les examens de chaque série portent sur un programme spécial publié à part.
Ces programmes sont arrêtés par le Conseil de la Faculté sur les indications des professeurs intéressés. Ils sont partiellement renouvelables tous les trois ans.

Art. 81. — Ils comportent:

Première série

pour le français: 6 textes, dont 2 du moyen âge, 1 du XVI^{me} siècle, 2 du XVII^{me} siècle, et 1 du XVIII^{me} ou du XIX^{me} siècle;
pour le latin: 4 textes;
pour le grec: 4 textes;
pour chacune des langues étrangères modernes: 4 textes dont aucun ne peut être antérieur au XIII^{me} siècle;
pour l'histoire: une liste de grandes périodes historiques. Le candidat en choisira une;
pour la philosophie: une liste de textes philosophiques. Le candidat en choisira un;

Deuxième série

pour le français: 6, 8 ou 10 questions d'histoire littéraire;

pour chacune des deux autres langues: 4, 6 ou 8 questions d'histoire littéraire;

pour la philosophie: questions d'histoire de la philosophie;

pour l'histoire: 1. une liste de périodes spéciales d'histoire générale et d'histoire suisse. Le candidat en choisira deux. Les candidats de nationalité suisse devront choisir une période d'histoire suisse et une période d'histoire générale;

2. une liste de textes historiques. Le candidat en choisira deux.

i) Epreuves.

Première série.

Art. 82. — L'examen écrit de la première série comporte deux épreuves de 3 heures, à savoir une traduction de la langue étrangère (ancienne ou moderne) en français (épreuve de français), et une traduction du français dans la langue étrangère (épreuve de langue étrangère). Ces traductions se font sans dictionnaire ni lexique.

Art. 83. — L'examen oral de la première série comporte une épreuve sur chaque matière de l'examen. Cette épreuve est:

pour les langues (le français y compris): l'explication *littéraire* d'un morceau tiré d'un des textes du programme;

pour l'histoire: une interrogation sur la période choisie par le candidat;

pour la philosophie: une interrogation sur le texte philosophique choisi par le candidat.

Deuxième série.

Art. 84. — L'examen écrit de la deuxième série comporte deux épreuves de 4 heures, à savoir une composition française sur un sujet de littérature française ou étrangère (au choix du candidat), et une composition française sur un sujet d'histoire ou de philosophie (au choix du candidat).

Art. 85. — L'examen oral de la deuxième série comporte une épreuve sur chaque matière de l'examen. Cette épreuve est:

pour le français et les autres langues: une interrogation d'histoire littéraire sur l'une des questions du programme;

pour l'histoire: une interrogation sur les deux périodes spéciales et sur les deux textes historiques choisis par le candidat;

pour la philosophie: une interrogation sur les questions du programme.

N. B. Pour les langues étrangères modernes, l'interrogation peut être conduite dans la langue étrangère, mais le candidat reste libre de répondre en français.

Art. 86. — En règle générale, la durée d'une interrogation ne peut dépasser 30 minutes.

k) Admissibilité.

Art. 87. — Pour être admis aux épreuves orales de la première série, le candidat doit avoir obtenu pour les épreuves écrites une moyenne de 6, sans plus d'une note inférieure à 5 et sans note inférieure à 4.

Art. 88. — Pour être admis aux examens de la deuxième série, le candidat doit avoir obtenu, pour ses examens de la première série, une moyenne de 6, sans plus d'une note inférieure à 5, et sans note inférieure à 4.

Le calcul de la moyenne se fait sur autant de notes qu'il y a de matières: pour chaque matière qui comporte une épreuve écrite et une épreuve orale, la note de l'écrit se combine avec celle de l'oral.

Art. 89. — Pour être admis aux épreuves orales de la deuxième série, le candidat doit avoir obtenu pour les épreuves écrites de la deuxième série une moyenne de 6, sans plus d'une note inférieure à 5, et sans note inférieure à 4.

Art. 90. — La Faculté propose à la Commission Universitaire de décerner le grade de la licence ès lettres au candidat qui a obtenu pour ses examens de deuxième série une moyenne de 6, sans plus d'une note inférieure à 5 et sans note inférieure à 4.

Le calcul de la moyenne se fait sur autant de notes qu'il y a de matières: pour chaque matière qui comporte une épreuve écrite et une épreuve orale, la note de l'écrit se combine avec celle de l'oral.

Art. 91. — Le candidat qui, à l'une quelconque des parties de l'examen, obtient la moyenne de 7, mais est arrêté par deux notes inférieures à 5 ou une note inférieure à 4, est autorisé à refaire, à la session suivante au plus tôt, l'épreuve ou les épreuves qui l'a ou l'ont fait échouer. S'il n'obtient pas alors de note(s) suffisante(s), il doit refaire toute cette partie de l'examen.

Art. 92. — Le candidat déclaré admissible à l'oral de l'une ou de l'autre des deux séries, et qui y est refusé, reste au bénéfice de son écrit pendant trois semestres au plus, sauf exception justifiée.

Art. 93. — Dans la règle, un candidat refusé ne peut se représenter qu'au bout de six mois: en octobre, s'il l'a été en mars; en mars, s'il l'a été en juillet ou en octobre.

Art. 94. — Un deuxième échec à l'oral de la première ou de la deuxième série fait perdre le bénéfice de l'admissibilité.

Art. 95. — Le candidat déclaré admissible à la deuxième série reste au bénéfice de la première série pendant quatre années. Ce délai peut être prolongé par le Conseil de la Faculté sur demande écrite et motivée du candidat.

Art. 96. — Le candidat qui a obtenu à l'une et à l'autre des deux séries d'examen une moyenne de 8 sans note inférieure à 6 est reçu avec la mention *bien.*

Le candidat qui a obtenu à l'une et à l'autre des deux séries d'examen une moyenne de 9 sans note inférieure à 7 est reçu avec la mention *très bien.*

D. Certificats d'études supérieures de lettres.

Art. 97. — Un certificat d'études supérieures de lettres est décerné au candidat qui fait preuve de connaissances spécialisées sur l'un des objets d'enseignement de la Faculté.

Art. 98. — La commission d'examens est composée de trois membres, à savoir de deux professeurs appartenant à la Faculté et d'un expert étranger à l'Université désigné par le Département de l'Instruction publique. Les deux professeurs appartenant à la Faculté sont l'un le doyen ou le vice-doyen, président et rapporteur de la commission, et l'autre le professeur intéressé. Elle s'adjoint le professeur, le chargé de cours ou le privat-docent spécialiste pour l'interrogation orale sur la matière à option (voir Art. 108).

Art. 99. — A la suite des examens un rapport est présenté à la Commission Universitaire qui, sur le préavis de la Faculté, décide si le candidat est admis ou non.

Art. 100. — Il y a deux sessions d'examens par année: en mars et en juillet.

Art. 101. — La date du début des épreuves, ainsi que l'horaire des examens, sont portés à la connaissance des candidats par voie d'affiches huit jours à l'avance.

Art. 102. — Le candidat admis à se présenter aux examens (voir Art. 105—107) doit s'inscrire auprès du doyen avant le premier janvier pour la session de mars, et avant le premier mai pour la session de juillet.

Art. 103. — Il verse entre les mains du secrétaire de l'Université, avec l'autorisation du doyen, la somme de fr. 80.— s'il est porteur de la licence ès lettres (diplôme d'Etat), et de fr. 100.— s'il ne l'est pas, au plus tard le premier janvier pour la session de mars, et le premier mai pour la session de juillet.

Art. 104. — En s'inscrivant auprès du doyen, le candidat lui remet par écrit l'indication des épreuves qu'il doit subir, ainsi que celle du programme d'examens arrêté conformément à l'Art. 108.

Art. 105. — Pour être admis aux examens, le candidat doit présenter:

1. sa carte d'immatriculation à l'Université de Lausanne;

2. un *curriculum vitæ;*

3. un diplôme de licencié ès lettres (diplôme d'Etat) de l'Université de Lausanne ou un titre jugé équivalent par le Conseil de la Faculté.

Art. 106. — Un étudiant qui n'est pas licencié ès lettres (diplôme d'Etat) peut être candidat aux examens. Pour y être admis, il doit présenter:

1. sa carte d'immatriculation à l'Université de Lausanne;

2. *un curriculum vitæ;*

3. un diplôme de baccalauréat ès lettres, ou de baccalauréat ès sciences (mention sciences-langues), ou un titre jugé équivalent par le Conseil de la Faculté, ou, à défaut, l'*attestation* qu'il a subi l'examen préalable A (voir Art. 9, 33—42);

4. des pièces établissant qu'il a suivi pendant au moins deux semestres les cours d'une faculté des lettres sur la matière qui fait l'objet de ses examens.

Art. 107. — Pour être admis aux examens, le candidat doit en outre avoir passé les épreuves de la science ès lettres (diplôme d'Etat) prévues pour la matière de son certificat. S'il ne les a pas passées lors des ses examens de licence, l'Art. 61 lui est applicable.

Le candidat à un certificat d'études supérieures d'histoire de l'art ou d'archéologie, ou de géographie, doit avoir subi dans les conditions précitées les épreuves d'histoire.

Art. 108. — Les examens comportent des épreuves écrites et des épreuves orales:

épreuves écrites: 1. un mémoire de 20 à 30 pages dactylographiées sur une question choisie d'entente avec le professeur intéressé. Ce mémoire doit prouver que le candidat est capable d'étudier une question dans un esprit scientifique et de la présenter avec clarté et précision. Le candidat dispose de huit semaines pour le composer. Il doit le remettre au doyen quatre semaines avant le début des examens;

2. une composition à huis clos sur un sujet en rapport avec les auteurs, textes ou questions étudiés (durée: 6 heures). Pour les langues étrangères modernes, la composition se fait en langue

étrangère. Si le candidat a fait aux examens de licence ès lettres (diplôme d'Etat) une composition en langue étrangère, la composition du certificat est remplacée par un thème (durée: 6 heures);

épreuves orales: 1. discussion du mémoire;

2. interrogation sur un programme d'auteurs, de textes ou de questions arrêté d'entente avec le professeur intéressé et approuvé par le Conseil de la Faculté.

Ce programme comporte:

pour le latin et le grec: 2 auteurs ou parties d'auteurs;

pour les autres langues: 4 auteurs ou parties d'auteurs, dont 1 en tous cas du moyen âge; s'il s'agit d'une langue étrangère moderne, l'interrogation se fait dans cette langue;

pour l'histoire: 2 auteurs dont 1 de l'antiquité classique;

pour la philosophie: 4 auteurs ou parties d'auteurs (le candidat a le choix entre la philosophie générale et l'histoire de la philosophie);

pour la géographie: 2 régions, 1 auteur ancien ou moderne, 1 carte à analyser;

pour l'archéologie: 2 périodes;

pour l'histoire de l'art: 3 sujets (périodes, écoles, artistes ou auteurs);

pour l'histoire de l'art et l'archéologie: a) histoire de l'art: 1 sujet; b) archéologie: 1 période.

3. interrogation sur une matière à option. Les matières à option sont:

pour le français moderne: grammaire historique, métrique, institutions de l'ancienne France, histoire de la France dès le XVI^me^ siècle, histoire de l'art en France, littérature comparée;

pour le vieux français: grammaire historique, histoire de la France au moyen âge, histoire de l'art en France au moyen âge, latin médiéval, paléographie, patois;

pour le latin et le grec: grammaire historique, métrique, institutions et histoire de la religion (grecque et romaine), histoire politique de la Grèce ou de Rome, histoire de l'art, archéologie, épigraphie, paléographie, papyrologie et dialectologie (pour le grec);

pour les langues modernes: grammaire historique, métrique, phonétique, institutions du pays correspondant, paléographie, patois ou dialectes;

pour l'histoire: paléographie, épigraphie, diplomatique (chartes et diplômes), histoire de l'art, institutions;

pour la philosophie: la matière à option est choisie, d'entente avec le professeur de philosophie, dans le cadre des enseignements donnés à l'Université de Lausanne;

pour la géographie: géologie, botanique, ethnographie, préhistoire, statistique, toponymie;
pour l'histoire de l'art et l'archéologie: histoire, paléographie, épigraphie, mythologie, histoire des religions.

Art. 109. — La commission d'examens décerne quatre notes, soit une pour le mémoire et sa discussion, une pour la deuxième épreuve écrite, une pour chacune des deux autres épreuves orales.

Art. 110. — La Faculté propose à la Commission Universitaire de décerner le certificat d'études supérieures de lettres au candidat qui sur l'ensemble de ses épreuves obtient une moyenne de 7, sans note inférieure à 6.

E. Doctorat ès lettres.

Art. 111. — Pour être admis à subir les épreuves du doctorat ès lettres, le candidat doit adresser au doyen une demande écrite accompagnée des pièces suivantes:

a) sa carte d'immatriculation à l'Université de Lausanne;

b) un diplôme de licencié ès lettres ou des titres jugés équivalents par le Conseil de la Faculté. Sont jugés équivalents au diplôme de licencié ès lettres, en vue de l'admissibilité aux épreuves du doctorat ès lettres, deux certificats d'études supérieures de lettres de l'Université de Lausanne. Le mémoire prévu à l'art. 108 n'est pas éxigé pour celui des certificats qui porte sur la même matière que la thèse de doctorat;

c) un *curriculum vitæ;*

d) une thèse, soit un travail original, témoignant de l'aptitude du candidat aux recherches personnelles. La thèse doit être présentée en deux exemplaires dactylographiés. Elle doit être rédigée dans l'une des trois langues nationales, de préférence en français. A titre exceptionnel, une autre langue peut être admise par la Faculté.

Le doyen, après avoir examiné ces pièces, délivre au candidat une autorisation de s'inscrire au secrétariat de l'Université.

Art. 112. — Le candidat dépose entre les mains du secrétaire de l'Université la somme de fr. 400.—. Le candidat porteur d'un diplôme de licencié ès lettres de l'Université de Lausanne ou de deux certificats d'études supérieures de lettres de la même Université paie une finance de fr. 300.—.

Art. 113. — Ces formalités accomplies, la thèse est soumise à une commission de deux membres, éventuellement de trois, nommée par le Conseil de la Faculté. Quatre mois au plus après la remise de la thèse, la commission, dans une séance à huis clos, entend le candidat et l'examine sur le contenu de son travail.

Art. 114. — A la suite de cet examen *(colloquium)* la commission ou autorise l'impression du travail, ou demande au candidat de le remanier, ou en refuse l'impression.

Art. 115. — La commission adresse un rapport écrit au doyen. Si ce rapport conclut à l'impression, la Faculté délivre au candidat une autorisation d'imprimer *(imprimatur)*, mais sans se prononcer sur les opinions du candidat. Les noms des membres de la commission sont indiqués dans la formule d'*imprimatur*.

Art. 116. — Le candidat fait imprimer sa thèse et en dépose 200 exemplaires au secrétariat de l'Université.

Art. 117. — Ce dépôt effectué, le Conseil de la Faculté fixe la date de la soutenance en séance publique. Il y est convoqué par les soins du doyen.

La date et le lieu de la soutenance en séance publique sont annoncés huit jours à l'avance par voie d'affiches et de communiqués à la presse.

La soutenance est présidée par le doyen qui ouvre la séance, puis invite le candidat à exposer sommairement l'objet de ses recherches, la méthode qu'il a suivie et les résultats auxquels il est parvenu. Une discussion suit cet exposé. Le public est invité à y prendre part; le doyen a le droit de clore cette partie de la discussion quand il le juge bon pour donner la parole aux membres de la commission et aux autres professeurs de la Faculté.

Art. 118. — Après la soutenance, le Conseil de la Faculté délibère sur l'admission du candidat et le doyen fait rapport à la Commission Universitaire.

F. Certificats d'études françaises.

a) Conditions d'admission aux examens.

Art. 119. — Pour être admis aux examens de la première série du certificat d'études françaises, le candidat doit fournir:

a) sa carte d'immatriculation à l'Université de Lausanne;

b) des pièces établissant qu'il a suivi les cours d'une faculté des lettres sur les matières qui font l'objet de l'examen, et qu'il a été inscrit pendant deux semestres au moins comme étudiant à la Faculté des Lettres de l'Université de Lausanne.

Toutefois, en ce qui concerne cette dernière obligation, la Faculté peut tenir compte au candidat des semestres pendant lesquels il aurait suivi les cours en qualité d'auditeur avant son immatriculation.

b) Examen préalable C.

Art. 120. — Les candidats qui ne remplissent pas les conditions prévues à l'art. 22 du R. G. peuvent être immatriculés après avoir subi avec succès les épreuves de l'*examen préalable C.*

Art. 121. — Cet examen porte sur un programme spécial publié à part. Les épreuves sont les suivantes:

écrit: 1. dictée orthographique de moyenne difficulté; 2. traduction d'un texte français dans une langue admise par la faculté; 3. traduction en français de quelques phrases de la langue étrangère choisie;

oral: 1. lecture expliquée d'un morceau tiré des textes du programme spécial; 2. interrogation de grammaire élémentaire.

Art. 122. — La commission d'examen est composée des professeurs de français sous la présidence du doyen.

Art. 123. — Pour être admis aux épreuves orales et pour être reçu, le candidat doit avoir obtenu une moyenne de 6.

Art. 124. — Il y a trois sessions d'examen par année: en mars, juillet et octobre.

Art. 125. — Le candidat doit s'inscrire auprès du doyen, et, avec son autorisation, verser entre les mains du secrétaire de l'Université la somme de fr. 50.—, au plus tard le 15 février pour la session de mars, le 15 juin pour celle de juillet, et le 15 juillet pour celle d'octobre.

Art. 126. — L'examen doit se passer un semestre au moins avant les épreuves du certificat d'études françaises. Le candidat qui en fait la demande au doyen en temps utile peut être immatriculé à titre provisoire. En cas de réussite, l'immatriculation provisoire est transformée en immatriculation définitive.

c) Sessions d'examens.

Art. 127. — Il y a trois sessions d'examens par année: en mars, juillet et octobre.

d) Inscription.

Art. 128. — Le candidat doit s'inscrire auprès du doyen, et, avec son autorisation, verser entre les mains du secrétaire de l'Université la somme de fr. 70.— pour la première série, et de fr. 80.— pour la deuxième série, au plus tard le 15 février pour la session de mars, le 15 juin pour celle de juillet, et le 15 juillet pour celle d'octobre.

e) Commission d'examens.

Art. 129. — La commission d'examens est composée des professeurs, lecteurs et assistants de français sous la présidence du doyen.

f) Epreuves et admissibilité.

Art. 130. — Les examens portent sur un programme spécial publié à part. Les épreuves sont les suivantes:

Première série

écrit: 1. dictée et transcription phonétiques;
2. dictée orthographique;
3. traduction en français d'un texte d'une langue admise par la Faculté;
4. composition sur un sujet de littérature française en rapport avec le programme spécial de la première série;

oral: 1. phonétique du français moderne;
2. prononciation;
3. grammaire;
4. versification;
5. explication d'un morceau de prose et d'un morceau de poésie tirés des textes du programme spécial de la première série;

Deuxième série

écrit: 1. composition sur un sujet de littérature française en rapport avec le programme spécial de la deuxième série;
2. traduction en français moderne d'un texte de vieux français;

oral: 1. grammaire historique du français;
2. explication d'un texte du XVI^me^ siècle tiré des auteurs du programme spécial de la deuxième série;
3. interrogation d'histoire littéraire en rapport avec le programme spécial de la deuxième série.

Art. 131. — Les candidats ne peuvent se présenter aux épreuves orales qu'après avoir subi avec succès les épreuves écrites. Une moyenne de 6 est exigée dans chaque ordre d'épreuves et dans chaque série.

Art. 132. — Les candidats qui ne se présentent qu'à la première série des épreuves reçoivent, s'ils l'ont subie avec succès, un diplôme intitulé: *certificat d'études françaises (partie moderne).*

Art. 133. — Les candidats qui ont subi avec succès la première série des épreuves peuvent seuls se présenter à la seconde.

Art. 134. — Le certificat porte la mention *bien* lorsque le candidat a obentu une moyenne de 7,5 sur l'ensemble des épreuves, et la mention *très bien* lorsqu'il a obtenu la moyenne de 9.

Art. 135. — Le certificat général d'études françaises dispense des épreuves de franêais le candidat aux examens préalables A et B.

Dispositions transitoires.

Le présent règlement abroge le règlement de la Faculté des Lettres du premier mai 1900, et toutes les modifications qui y ont été successivement apportées, ainsi que le règlement pour l'obtention du certificat d'études françaises du 31 janvier 1908.

Il entre immédiatement en vigueur pour les candidats au doctorat dont la dissertation n'a pas encore été remise à la Faculté, pour les candidats aux certificats d'études supérieures de lettres, pour les candidats à la licence ès lettres et pour ceux des candidats à la licence ès lettres (diplôme d'Etat) qui ont commencé leurs études après le 15 octobre 1923.

Les candidats à la licence ès lettres (diplôme d'Etat) qui ont commencé leurs études avant le 15 octobre 1923 et n'ont pas encore passé les examens de la première série ont le choix entre l'ancien régime et le nouveau.

Les candidats aux certificats d'études françaises seront astreints au nouveau régime dès la session de mars 1925.

Tout candidat à la licence ou au certificat général d'études françaises qui a passé la première série de ses examens sous l'ancien régime passera également la deuxième sous l'ancien régime, à condition qu'un intervalle de 4 semestres au plus s'écoule entre les deux séries.

Les Art. 1—16 et 18—24 entrent immédiatement en vigueur.

---

4. Règlement de l'Ecole d'ingénieurs. (Du 29 juillet 1924.)

CHAPITRE PREMIER.

Etudiants. Etudes. Examens. Diplôme.

§ 1er. *Généralités.*

Article premier. — L'école d'ingénieurs prépare aux carrières d'ingénieur-constructeur, d'ingénieur-mécanicien, d'ingénieur-électricien, d'ingénieur-chimiste et de géomètre du registre foncier.

Art. 2. — La durée normale du cycle des études nécessaires à l'obtention du diplôme d'ingénieur est de sept semestres, et de quatre semestres pour la préparation aux examens fédéraux de géomètres.

Au point de vue de la matière enseignée, les six premiers semestres sont groupés deux à deux en *années d'études.*

Art. 3. — Les étudiants qui se proposent de parcourir le cycle normal des études en vue d'obtenir le diplôme d'ingénieur, doivent se faire admettre au *régime intérieur* de l'école.

Le régime intérieur se caractérise par un ensemble de travaux graphiques, d'exercices pratiques, de projets, d'opérations sur le terrain et d'interrogations, rationnellement combiné avec les cours, les exercices de calcul et les travaux de laboratoire.

Art. 4. — L'admission au régime intérieur a lieu normalement dans la première année d'études et exceptionnellement dans la deuxième ou la troisième année.

§ 2. *Conditions de l'admission au régime intérieur.*

Art. 5. — Sont admis de droit au régime intérieur, dans le premier semestre d'études, les candidats porteurs du *certificat de maturité* d'un gymnase scientifique suisse, du *baccalauréat ès lettres spécial* d'un gymnase classique suisse ou d'un titre reconnu équivalent.

Les principes sur lesquels on se base pour l'appréciation des certificats des écoles suisses autres que les gymnases officiels et des écoles étrangères sont établis par le conseil de l'école sur la proposition de la direction.

Art. 6. — Les candidats porteurs d'un titre donnant droit à l'immatriculation à l'Université, mais n'impliquant pas des connaissances *spéciales* suffisantes, sont appelés à subir un examen sur tout ou partie des matières du *programme d'admision* annexé au présent règlement. Ils doivent, de plus, justifier d'une certaine pratique du dessin géométral et du dessin technique.

Art. 7. — Les candidats qui ne possèdent pas de titres donnant droit à l'immatriculation à l'Université ou de titres équivalents sont appelés à subir un examen sur l'ensemble des matières du *programme d'admission.* Ces épreuves doivent montrer que les candidats possèdent une instruction secondaire suffisante et qu'ils connaissent suffisamment le français pour pouvoir suivre les cours dans cette langue.

Les candidats de cette catégorie doivent en outre fournir la preuve qu'ils ont 18 ans révolus.

Art. 8. — Les inscriptions pour les examens d'admission doivent parvenir à la direction de l'école avant le 10 octobre.

Une finance de *trente* francs est payable au secrétariat de l'école au moment de l'inscription.

Art. 9. — Aucun candidat n'est admis à subir plus de deux fois les examens d'admission.

Art. 10. — Les admissions en deuxième et en troisième année sont soumises à la même réglementation générale que les admissions en première année. De plus le candidat doit faire la preuve que ses connaissances dans les diverses disciplines enseignées à l'école et dans les travaux graphiques lui permettent d'achever régulièrement le cycle des études et d'aspirer au diplôme.

Le candidat doit s'inscrire à la direction de l'école, dix jours au moins avant l'ouverture du semestre, en acquittant une finance de *trente* francs.

Art. 11. — Sans préjudice des dispositions générales contenues dans le règlement de l'Université et dans celui de la faculté des

sciences, le régime intérieur de l'école fait l'objet des mesures spéciales consignées dans les paragraphes suivants du présent chapitre.

§ 3. *Etudes. Travaux graphiques.*

Art. 12. — La finance d'études est de 150 francs par semestre, exception faite des chimistes pour lesquels elle est de 75 francs, laboratoires et travaux sur le terrain en sus, conformément aux règlements spéciaux. Elle se règle au secrétariat de l'Université.

Art. 13. — L'exécution des travaux graphiques, des travaux de laboratoire et en général de tous les exercices est obligatoire.

Art. 14. — Les travaux graphiques doivent avoir été exécutés à l'école et remis aux professeurs intéressés dans les délais fixés.

Art. 15. — Les cours de la première année sont communs aux étudiants des sections du génie civil, de la mécanique et de l'électrotechnique.

Le choix de la section dans laquelle ces étudiants poursuivront leurs études doit être annoncé à la direction au commencement de la seconde année.

Les étudiants de la section de chimie et les candidats géomètres reçoivent un enseignement spécialisé dès le début de leurs études.

Le passage d'une spécialité à une autre ne peut avoir lieu qu'avec l'assentiment de la direction sur préavis des professeurs intéressés.

Art. 16. — Au commencement de chaque année d'études, l'étudiant verse en mains du secrétaire de l'école une somme de 20 francs destinée à couvrir les frais mis à sa charge au cours de cette année (courses d'études, visites de travaux et d'usines, etc.).

Art. 17. — Le conseil de l'école peut priver du bénéfice du régime intérieur l'étudiant qui ne se conforme pas aux règles de ce régime.

§ 4. *Contrôle du travail annuel.*

Art. 18. — Le travail des étudiants est à la fois stimulé et contrôlé, durant chaque semestre, par de fréquentes interrogations (*répétitions*).

Art. 19. — Il y a en outre dans chaque discipline, à la fin du semestre, une interrogation générale sur la matière du semestre.

Ces *répétitions générales* peuvent se faire par écrit.

Art. 20. — Chaque interrogation donne lieu à une note.

La note la plus basse est *zéro;* la plus élevée est *dix.*

Les moyennes s'établissent à une seule décimale.

Art. 21. — Tout étudiant qui, sans excuse valable fournie à la direction, fait défaut à une répétition, reçoit la note *zéro.*

Art. 22. — La *moyenne générale de l'année* est obtenue en combinant les notes des interrogations avec celles des exercices divers et des travaux graphiques.

Art. 23. — Les promotions successives de l'étudiant sont subordonnées à la condition générale que la moyenne de l'année atteigne *six.*

En outre, la moyenne doit atteindre *six:*

a) dans les sections du génie civil, de la mécanique et d'électrotechnique:

en première et en deuxième année, pour les disciplines *mathématiques;*

en deuxième et en troisième année, pour les *projets;*

b) dans la section de chimie:

en première et en deuxième année, pour les disciplines *mathématiques* et *chimiques;*

en troisième année, pour les disciplines *chimiques.*

L'admission à la dernière partie des épreuves du diplôme (art. 26, lettre c) est subordonnée à la condition générale que la moyenne du septième semestre atteigne *six.*

En outre la moyenne de ce semestre doit atteindre *six:*

a) dans les sections du génie civil, de la mécanique et de l'électrotechnique: pour les *projets;*

b) dans la section de chimie: pour les disciplines *chimiques.*

Art. 24. — L'étudiant qui, par deux fois, n'a pas obtenu la promotion, est exclu définitivement du régime intérieur.

§ 5. *Diplôme d'ingénieur.*

Art. 25. — Tout étudiant qui a été admis au régime intérieur et qui a suivi régulièrement l'enseignement de l'une des sections de l'école (art. 23), a le droit de se présenter aux examens de diplôme de la section qu'il a fréquentée.

Les candidats qui n'ont pas suivi à l'école le cycle complet des études peuvent être dispensés de l'un ou des deux examens propédeutiques fixés à l'article 26 s'ils établissent qu'ils ont subi avec succès, dans une école technique supérieure, des examens équivalents. Le conseil de l'école décide dans chaque cas.

Art. 26. — Les épreuves du diplôme se divisent en trois groupes, savoir:

a) un examen sur les disciplines essentiellement *théoriques* enseignées en première année, qui a lieu au commencement du troisième semestre ou au commencement du cinquième semestre (premier propédeutique);

b) un examen sur les disciplines essentiellement *théoriques* enseignées en deuxième année, qui a lieu au commencement du

cinquième ou au commencement du septième semestre (second propédeutique);

c) un examen général sur les disciplines essentiellement *pratiques*, suivi de l'étude d'un *projet* dont le programme est fixé par le professeur sous la direction duquel le candidat désire travailler et visé par la direction. Cette seconde partie a lieu au commencement du huitième semestre pour les candidats au diplôme d'ingénieur-constructeur, d'ingénieur-mécanicien et d'ingénieur-électricien, et à la fin du septième semestre pour les candidats au diplôme d'ingénieur-chimiste.

Les candidats au diplôme d'ingénieur-constructeur doivent en outre exécuter un travail topographique, comportant en particulier des opérations sur le terrain d'une durée de deux semaines au moins.

Les branches sur lesquelles portent ces trois examens sont fixées par le conseil de l'école pour chacune des quatre sections.

A l'occasion de chacun des examens propédeutiques, les candidats seront tenus de présenter les travaux ou exercices écrits ou graphiques ainsi que les travaux de laboratoire exécutés par eux dans chacune des branches correspondantes.

Ces pièces devront être munies de la signature du professeur.

La réussite du premier propédeutique est conditionnelle de l'admission au second propédeutique et la réussite de ce dernier est conditionnelle de l'admission aux épreuves pratiques (lettre c). Il n'y a pas compensation entre ces examens.

Art. 27. — Pour chacun des groupes d'épreuves, le candidat doit s'inscrire au secrétariat de l'école dans les délais fixés par la direction.

Art. 28. — Les examens ont lieu devant des commissions composées chacune de deux membres au moins. Pour l'examen pratique, l'un de ces membres est étranger à l'Université et désigné par le Département de l'Instruction publique.

Art. 29. — Les projets sont soumis à l'examen d'une commission composée du professeur de la spécialité et d'un expert désigné par le Département.

Art. 30. — Chacune des parties de l'examen peut être tentée deux fois, à un an d'intervalle.

Art. 31. — L'exécution du projet peut être différée d'un an, à la demande du candidat.

Art. 32. — Les dessins du projet doivent avoir été exécutés par les candidats dans les locaux de l'école et remis au secrétariat, avec le mémoire, dans un délai fixé par le directeur.

Dessins et mémoires sont rendus au candidat après un délai de six mois.

Art. 33. — Le diplôme est conféré par l'Université, sur le préavis du conseil de l'école. Sa collation implique que les épreuves ont été subies dans leur entier et que le résultat général a été satisfaisant.

Art. 34. — Le diplôme porte les signatures du recteur et du chancelier de l'Université, du doyen de la faculté des sciences, du directeur de l'école et du professeur de la spécialité.

Art. 35. — Le drcit à acquitter est de 40 francs pour chacun des deux examens propédeutiques et de 80 francs pour l'examen pratique; il est payable en main du secrétaire de l'Université lors de l'inscription à chacun des examens.

En cas d'insuccès, la moitié de la finance perçue est remboursée au candidat.

§ 6. *Doctorat ès sciences techniques.*

Art. 36. — Le grade de docteur ès sciences techniques n'est conféré qu'aux porteurs du diplôme d'ingénieur.

Les conditions d'admission aux épreuves et à la soutenance de la thèse de doctorat font l'objet d'un règlement spécial.

CHAPITRE II.

Administration.

§ 1er. *Généralités.*

Art. 37. — La surveillance générale ainsi que l'administration de l'école et de ses collections incombent au conseil de l'école et au directeur, sous réserve de l'art. 45.

§ 2. *Conseil de l'école.*

Art. 38. — Le conseil de l'école est composé des professeurs ordinaires et extraordinaires attachés à l'école. Les chargés de cours et privat-docent peuvent être convoqués avec voix consultative.

Art. 39. — Le conseil est convoqué par le directeur chaque fois que les circonstances l'exigent. La convocation peut en être requise par trois membres du conseil de l'école.

Art. 40. — Le conseil ne peut valablement délibérer que lorsqu'il a été régulièrement convoqué et que cinq de ses membres au moins sont présents à la séance. Si ce quorum n'a pas été atteint, le conseil délibère dans la séance suivante quel que soit le nombre des membres présents.

Art. 41. — Chacun des membres du conseil de l'école a le droit d'exiger qu'une question soit soumise au conseil de la faculté.

Art. 42. — Les opérations du conseil sont consignées dans un registre de procès-verbaux tenu par le secrétaire de l'école.

Art. 43. — Le conseil a le droit de censure sur les étudiants de l'école.

§ 3. *Direction.*

Art. 44. — Le directeur exerce une surveillance générale sur la marche de l'école. Il préside les séances du conseil.

Art. 45. — Le directeur délègue aux professeurs intéressés l'administration des laboratoires et des collections (instruments, machines, modèles, échantillons, etc.).

Art. 46. — Le directeur adresse chaque année au recteur de l'Université un rapport sommaire sur la marche de l'école.

Art. 47. — Dans la règle le directeur communique officiellement avec le recteur de l'Université. Quand il s'agit de questions d'administration intérieure, il traite directement avec le Département de l'Instruction publique.

Art. 48. — Le directeur a le droit de censure sur les étudiants de l'école.

§ 4. *Secrétariat.*

Art. 49. — Le secrétaire est nommé par le Conseil d'Etat, sur préavis de la direction.

Art. 50. — Les attributions du secrétaire sont déterminées par le directeur de l'école.

Art. 51. — Ce règlement abroge celui du 4 septembre 1896.

---

5. Règlement du doctorat de l'Ecole d'ingénieurs de l'Université de Lausanne. (Du 29 juillet 1924.)

Article premier. — Pour obtenir le grade de „docteur ès sciences techniques", il faut remplir les conditions suivantes:

a) être porteur: du *certificat de maturité* d'un gymnase scientifique suisse, du *baccalauréat ès lettres spécial* d'un gymnase classique suisse, ou d'un titre reconnu équivalent;

b) être ingénieur diplômé de l'Université de Lausanne.

A défaut de ce diplôme, le candidat pourra présenter un titre reconnu équivalent après avoir étudié pendant deux semestres au moins à l'école d'ingénieurs. Des dispenses peuvent être accordées dans des cas spéciaux par le directeur de l'école;

c) présenter un travail prouvant l'aptitude du candidat aux recherches scientifiques personnelles et dont le sujet est emprunté à l'une des matières enseignées à l'école;
d) subir en séance publique un examen oral sur la thèse présentée;
e) acquitter un droit de 150 francs pour les porteurs du diplôme d'ingénieur de l'Université de Lausanne, de 200 francs pour les candidats qui ont étudié pendant deux semestres au moins à l'Université de Lausanne et de 300 francs pour les autres candidats.

Art. 2. — La demande en vue de l'obtention du grade de docteur doit être adressée par écrit à la direction de l'école d'ingénieurs, accompagnée des pièces prévues à l'art. 1, et en outre:
a) de la carte d'immatriculation à l'Université de Lausanne;
b) d'un *curriculum vitæ;*
c) de la thèse prête à l'impression avec une déclaration du candidat que ce travail est bien de lui.

Art. 3. — La direction, après avoir examiné ces pièces, délivre au candidat une attestation lui permettant de s'inscrire au secrétariat de l'Université.

Art. 4. — Deux rapporteurs au moins sont désignés par la direction pour apprécier la thèse. Ils rédigent un rapport dûment motivé dans lequel ils concluent à l'acceptation ou au refus du travail. Le conseil de l'école n'est consulté qu'en cas de doute.

Si le travail est accepté, la direction fixe la date de la soutenance publique. Le jury de celle-ci est constitué par le directeur, les rapporteurs et d'autres professeurs s'il y a lieu.

Art. 5. — La séance publique comporte:
a) la soutenance de la thèse;
b) un examen oral portant sur la discipline à laquelle se rattache la thèse.

Art. 6. — Le recteur de l'Université, le doyen de la faculté des sciences et les professeurs de l'école d'ingénieurs sont invités à assister à la séance publique.

Art. 7. — La séance publique donnera lieu à un procès-verbal, rédigé immédiatement, transcrit dans un registre *ad hoc,* et signé par chacun des membres du jury.

Art. 8. — Si le préavis du jury est favorable, la direction le transmet à la commission universitaire qui décerne au candidat le grade de docteur.

Art. 9. — Le diplôme de docteur, conforme au modèle déposé au secrétariat de l'Université, est signé du recteur, du chancelier,

du doyen de la faculté des sciences et du directeur de l'école d'ingénieurs. Il porte, en outre, le titre de la thèse et le nom des membres du jury.

Art. 10. — Le candidat n'a pas le droit de porter le titre de docteur avant d'avoir reçu le diplôme. Ce dernier ne sera délivré qu'après la remise de 150 exemplaires imprimés de la thèse.

Art. 11. — Aucun doctorat n'est accordé en l'absence du candidat.

Art. 12. — Un candidat au doctorat dont la thèse a été refusée, ou qui n'a pas réussi les épreuves exigées, ne peut se représenter qu'une fois, après un délai minimum d'un an.

---

6. Règlement des examens d'admission à l'Ecole d'ingénieurs. (Du 29 juillet 1924.)

---

3. Lehrerschaft aller Stufen.

7. Arrêté modifiant l'article 166 du règlement du 15 février 1907 pour les écoles primaires [Pflichten der Lehrer]. (Du 8 juillet 1924.)

---

8. Règlement des examens pour l'obtention du brevet de maîtresse secondaire. (Du 28 novembre 1924.)

LE CONSEIL D'ETAT DU CANTON DE VAUD,

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique,

Vu les articles 82 et 83 de la loi du 25 février 1908 sur l'instruction publique secondaire,

ARRETE:

Article premier. — Tous les trois ans au moins, un jury, désigné par le Département de l'Instruction publique, procède à l'examen des candidates au brevet de maîtresse secondaire.

Art. 2. — La date des examens est annoncée six mois à l'avance, par la *Feuille des avis officiels du canton de Vaud.*

Art. 3. — Pour être admises à cet examen, les candidates doivent produire les pièces suivantes:

a) un acte de naissance ou d'origine;
b) le diplôme pédagogique du Gymnase de jeunes filles de la commune de Lausanne;
c) un *curriculum vitæ.*

Elles doivent avoir fait, sous le contrôle du Département, un stage de trois semaines au moins dans un établissement secon-

daire du canton et parler couramment et correctement une langue étrangère: allemand, anglais ou italien, à leur choix.

Art. 4. — L'examen se compose d'une épreuve écrite, d'épreuves orales et d'épreuves pratiques.

Art. 5. — L'épreuve écrite comporte: une version allemande, anglaise ou italienne.

Les épreuves orales comprennent:

a) une interrogation en allemand, en anglais ou en italien sur un ou plusieurs auteurs proposés par les candidates au moment de leur inscription et agréés par le Département (environ 700 pages);
b) l'explication d'un texte allemand, anglais ou italien: vocabulaire, grammaire, syntaxe.

Les épreuves pratiques sont les leçons prévues à l'article 7.

Art. 6. — Pour être admises aux épreuves pratiques, les candidates doivent avoir obtenu une moyenne de 7 (maximum 10) pour la version et les épreuves orales.

Art. 7. — Les épreuves pratiques comprennent:

a) une leçon de grammaire française ou de lecture expliquée, au choix du jury;
b) une leçon d'histoire, de géographie ou d'arithmétique, au choix du jury;
c) une leçon donnée dans la langue choisie par la candidate.

Art. 8. — En principe, les leçons sont d'une demi-heure. Les sujets en sont donnés une demi-heure à l'avance. Cependant, pour l'une des trois leçons, le jury pourra augmenter ou diminuer le temps accordé soit pour la préparation soit pour la leçon.

Art. 9. — Pour qu'un brevet puisse être délivré, la candidate doit avoir obtenu:

a) une moyenne de 7 (maximum 10) pour la version et les épreuves orales;
b) une moyenne de 7 pour les épreuves pratiques.

Art. 10. — Les candidates qui ont obtenu la moyenne de 7 pour la version et les épreuves orales restent, pendant trois ans, au bénéfice des notes obtenues.

Art. 11. — Les candidates ne pourront pas se présenter plus de trois fois à l'examen de brevet.

Art. 12. — Mention sera faite, dans le brevet, de la langue étrangère étudiée par la candidate. Celle-ci a le droit de s'inscrire pour deux ou même trois langues. Dans ce cas, elle sera soumise, pour chaque langue, à des épreuves écrites, orales et pratiques.

Art. 13. — Les candidates au brevet de maîtresse secondaire qui sont en possession du brevet spécial d'anglais ou d'italien, n'ont aucune épreuve à subir pour ces langues.

Art. 14. — Les maîtresses secondaires brevetées qui désirent obtenir la mention au brevet d'une deuxième ou troisième langue étrangère, auront à subir les épreuves écrites, orales et pratiques, relatives à cette langue.

Art. 15. — Les maîtresses secondaires brevetées pourront aussi obtenir l'inscription à leur brevet de la mention „histoire et géographie", à condition de subir avec succès des épreuves écrites, orales et pratiques spéciales, dont le programme sera fixé par le Département.

Art. 16. — Pour qu'une mention puisse être accordée, la candidate doit obtenir une moyenne de 7 pour les épreuves écrites, orales et pratiques, relatives à la branche pour laquelle elle désire la mention.

Art. 17. — Les candidates au brevet de maîtresse secondaire verseront, en s'inscrivant, la somme de fr. 60.—. Celles qui désirent obtenir une mention complémentaire verseront, en outre, la somme de fr. 30.—. La moitié de la somme versée sera rendue en cas d'échec.

Art. 18. — Le règlement du 18 août 1916 est abrogé.

Art. 19. — Le Département de l'Instruction publique et des Cultes est chargé de l'exécution du présent règlement qui entrera en vigueur le 1er janvier 1925.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 28 novembre 1924.

---

9. Règlement concernant les brevets pour enseignements spéciaux. (Du 26 mai 1924.)

LE CONSEIL D'ETAT DU CANTON DE VAUD,

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique,

Vu les articles 82 et 83 de la loi du 25 février 1908 sur l'instruction publique secondaire,

ARRETE:

Article premier. — Tous les trois ans au moins, un jury, désigné par le Département de l'Instruction publique, examine les candidates et candidats aux brevets pour enseignements spéciaux.

Art. 2. — La date des examens est annoncée par la *Feuille des avis officiels.*

Art. 3. — Un programme détaillé détermine la matière de chaque examen.

Art. 4. — Les brevets pour enseignements spéciaux sont les suivants:

1. Brevet pour l'enseignement d'une langue moderne, soit l'anglais ou l'italien;
2. brevet de comptabilité;
3. brevet de dessin artistique et décoratif;
3. brevet de dessin technique;
5. brevet de musique vocale;
6. brevet de calligraphie;
7. brevet de gymnastique;
8. brevet de sténo-dactylographie;
9. brevet d'enseignement ménager.

Art. 5. — Le brevet de dessin artistique est délivré par l'Ecole cantonale de dessin et le brevet d'enseignement ménager par l'Ecole normale des institutrices.

Art. 6. — Pour être admis aux examens d'un brevet spécial, les candidats doivent produire les pièces suivantes:

a) un acte de naissance ou d'origine;
b) un *curriculum vitæ.*

Art. 7. — Les candidats au brevet pour l'enseignement de l'anglais ou de l'italien doivent, en outre, être porteurs du baccalauréat ès lettres du Gymnase classique, du baccalauréat sciences-langues modernes du Gymnase scientifique, du diplôme de sortie du Gymnase des jeunes filles de la ville de Lausanne ou de tout autre titre jugé équivalent.

Art. 8. — Les candidats aux autres brevets spéciaux doivent produire leurs titres ou certificats d'études. Le Département décide dans chaque cas si les titres ou certificats sont suffisants pour l'admission à l'examen.

Art. 9. — Les examens d'un brevet pour l'enseignement spécial comprennent:

1. une composition française se rapportant à l'une des branches du programme des examens;
2. un examen oral sur chacune des branches du programme;
3. une leçon pratique sur l'une des branches du programme.

Art. 10. — Les candidats au brevet pour l'enseignement de l'anglais ou de l'italien ont, en outre, à faire une composition, ainsi qu'un thème ou une version.

Art. 11. — Il est accordé deux heures au moins pour chaque travail écrit.

Art. 12. — Les épreuves écrites sont arrêtées par le jury dans une délibération qui précède immédiatement la dictée du sujet.

Art. 13. — Les leçons sont dans la règle d'une demi-heure. Les sujets en sont donnés à l'avance.

Art. 14. — Les interrogations sont d'un quart d'heure au plus pour chaque branche.

Art. 15. — Les épreuves écrites se font à huis-clos, sans secours aucun et sous une surveillance spéciale.

Art. 16. — Les interrogations et les épreuves pratiques sont publiques.

Art. 17. — Les épreuves écrites sont éliminatoires.

Art. 18. — Le jury apprécie séance tenante les résultats des examens. L'échelle d'appréciation est la suivante: 10 (très bien), 9 et 8 (bien), 7 (assez bien), 6 (passable), 5 et 4 (médiocre), 3 et 2 (mal), 1 et 0 (très mal).

Art. 19. — Pour que les épreuves écrites soient considérées comme suffisantes ou qu'un brevet puisse être délivré, le candidat doit avoir obtenu les 0,70 de la somme des notes maximum assignables aux épreuves subies. Il ne doit pas non plus avoir de note inférieure à 6 dans une épreuve écrite, ni de note inférieure à 5 dans plus d'une épreuve orale ou pratique.

Art. 20. — Le jury peut, d'accord avec le Département, dispenser d'une ou plusieurs épreuves écrites ou orales les candidates à des brevets spéciaux, si elles sont en possession du brevet de maîtresse secondaire ou du diplôme de sortie du Gymnase des jeunes filles de la ville de Lausanne (section pédagogique).

Art. 21. — Le brevet spécial pour l'enseignement des travaux à l'aiguille délivré par les écoles normales vaut comme brevet pour l'enseignement dans les établissements secondaires.

Art. 22. — Les candidats aux brevets spéciaux seront tenus de verser lors de leur inscription une somme de 60 francs. La moitié de cette somme leur est restituée en cas d'échec.

Art. 23. — Le Département de l'Instruction publique est chargé de l'exécution du présent règlement, qui entre immédiatement en vigueur.

Le règlement du 18 août 1916 est abrogé.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 26 mai 1924.

XXIII. Kanton Wallis.

Fortbildungsschulen.

Programme des Cours complémentaires. (Vom Januar 1924.)

On pose en principe que les Cours complémentaires ne doivent pas être de fastidieux cours de répétition de ce qui a été vu à l'école primaire. Ils doivent avoir un but plus éducatif et contribuer plus efficacement au perfectionnement intellectuel et moral du jeune homme.

Ce but ne saurait être atteint si le maître n'est pas une personnalité qui s'impose par son caractère, par son expérience de la vie, par son tact pédagogique et par l'intérêt qu'il sait apporter à ses leçons, soit en présentant du nouveau, soit en montrant sous un jour nouveau ce que son auditoire a déjà vu. Un tel maître saura donner à son enseignement une orientation pratique, et, si possible, professionnelle.

Dans la plupart de nos écoles, les cours de perfectionnement comprennent des jeunes gens agriculteurs, viticulteurs, journaliers ou ouvriers d'usines. C'est à leurs aptitudes, à leur force, à leurs besoins divers que ces cours doivent donc être adaptés. Le programme ne pourra être qu'un programme général, dans lequel le maître puisera les matières qui conviennent le mieux à la région où il se trouve.

1. RELIGION (20 h.).

Pour l'enseignement religieux, le maître s'en tiendra au programme fixé par l'Ordinaire du diocèse, les explications étant du ressort de M. le curé ou de son délégué.

2. LANGUE MATERNELLE (35 h.).

a) *Lecture.* Lecture intelligible et intelligente de morceaux choisis tirés des bons auteurs, avec explications et compte rendu. Récits intéressants de voyages, de découvertes scientifiques. Lecture sur la morale chrétienne, la vie sociale et économique, le savoir-vivre, l'hygiène, l'agriculture et l'industrie, l'alcoolisme ou même sur les événements du jour. Exercices de conversation sur les sujets lus soit en classe, soit à domicile. Etude de l'un ou l'autre morceau choisi.

b) *Rédaction.* Le maître s'efforcera de traiter surtout des sujets pratiques sans exclure toutefois systématiquement ceux qui s'adressent au cœur et à l'imagination. Narrations simples, descriptions de choses vues et vécues. Lettres de tous genres: lettres de famille, d'affaires, de demande, d'excuses, de condoléances, de renseignements, de commande, de réclamation, etc. Compte rendu d'une lecture faite, d'une conférence. Rapport.

3. EDUCATION NATIONALE (25 h.).

Instruction civique, histoire, géographie.

a) *Dans l'enseignement civique* le maître doit avoir pour but la formation sociale du jeune citoyen qui doit connaître non seulement ses droits, mais aussi ses devoirs: devoirs sociaux, devoirs politiques et devoirs militaires. Les principaux chapitres à traiter sont:

Cours inférieur. Administration communale. Le district. Constitution cantonale. L'épargne: caisse d'épargne, caisse Raifeisen. Mutualités. Assurances, Syndicat agricole, Banque hypothécaire.

Cours supérieur. Constitution fédérale. Pouvoirs législatif, exécutif, judiciaire. Organisation militaire de notre pays. Devoirs du citoyen: service militaire, devoir de voter en conscience. Quelques notions sur les principaux articles du code civil: héritages, successions, cadastre, faillite; assurance-maladie et accidents.

b) *En histoire,* pas de sèches nomenclatures de faits, mais des leçons vivantes de patriotisme, d'honneur, d'amour pour les institutions et les traditions du pays.

Cours inférieur. Faits saillants de l'histoire locale ou régionale. Grands faits de l'Histoire du Canton du Valais, et de la Suisse, surtout dans son développement politique, depuis l'alliance des 3 cantons primitifs jusqu'à la Confédération des 22 cantons.

Cours supérieur. Relier ces faits entre eux; montrer leurs rapports avec les pays voisins. Insister sur les traits caractéristiques des grandes époques.

c) *Géographie.* En géographie, mettre en évidence les ressources économiques du Canton, puis de la Suisse: climat, sol, flore et faune, chutes d'eau. Moyens de communication entre les différents cantons et avec les pays limitrophes.

Cours inférieur. Géographie physique, politique et économique de la Suisse. Lecture des cartes.

Cours supérieur. Les pays voisins de la Suisse. Importations et exportations. Les pays de la nouvelle Europe. Coup d'œil sur les autres parties du monde. Voyage par terre et par mer. Grandes voies de communication.

4. ARITHMETIQUE ET COMPTABILITE (30 h.).

a) *Le calcul et la comptabilité* doivent s'adapter au milieu de l'élève. Les connaissances générales: système métrique, quatre opérations sur les nombres entiers et décimaux; les fractions ordinaires doivent être répétées tous les ans. Problèmes en application du système métrique, des notions agricoles, com-

merciales ou professionnelles. Problèmes sur le taux et le %, les intérêts, les règles de trois, les partages proportionnels, etc.

Surface d'un mur, d'un champ, d'un pré; le volume d'une maçonnerie, d'un tas de foin, d'un tas de pierres, etc.

b) *Comptabilité agricole.* Tenue d'un carnet de ménage. Prix de revient d'un produit. Rapport net d'un champ. Rédaction d'un reçu, d'une quittance, d'un engagement, d'une facture. Actes usuels: remplir les mandats et chèques postaux, les lettres de voiture, des déclarations de douane, des recouvrements. Rédiger un télégramme. Rédaction d'une traite, d'un billet à ordre, d'un chèque. Comptabilité en partie simple. Tenue de quelques livres indispensables. Livre-journal, livre de caisse, bilan. Comptes individuels. Comptabilité commerciale.

5. AGRICULTURE (20 h.).

a) *La vigne:* taille, ébourgeonnement, vendange, soins à donner aux vins.

b) *Laiterie et fromagerie.* Hygiène et élevage du bétail. Apiculture. Economie alpestre: soins à donner aux pâturages.

c) *Sol*, les engrais, les amendements, les assolements. Le verger et les arbres fruitiers. Taille et greffe. Le jardin et ses produits, culture maraîchère. Les forêts: reboisements. Plantes utiles ou nuisibles de la région.

6. HYGIENE (6 h.).

Le corps de l'homme. Organes de la respiration. Air, aération. Organes de la digestion. Alimentation rationnelle. Accidents et maladies imputables aux aliments.

Hygiène de la peau. Vêtements. Soins de propreté. Bains. L'habitation. Chauffage et éclairage, désinfection. Tuberculose. Premiers soins à donner en cas d'accidents.

7. DESSIN (6 h.).

Notions élémentaires sur les plans de projection, vertical, horizontal et de profil. Croquis cotés d'une porte, d'une fenêtre, etc. Cylindre et cône, avec leur développement. Plan d'un hangar, d'une maison.

8. CHANT (4 h.).

Etude de quatre chants populaires et patriotiques et exercices de solfège.

9. GYMNASTIQUE (4 h.).

D'après le 3me degré du „Manuel fédéral" de gymnastique.

XXIV. Kanton Neuenburg.

1. Mittelschulen und Berufsschulen.

I. Arrêté modifiant les articles 41 à 49 du Règlement général pour les établissements communaux d'enseignement secondaire. (Du 5 décembre 1924.)

LE CONSEIL D'ETAT
DE LA REPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHATEL,

Vu la loi sur l'enseignement secondaire du 22 avril 1919;

Vu le règlement général pour les établissements communaux d'enseignement secondaire, du 27 janvier 1920;

Vu le préavis favorable de la Commission consultative pour l'enseignement secondaire, réunie le 21 octobre 1924;

Sur la proposition du conseiller d'Etat, chef du Département de l'Instruction publique,

ARRETE:

Article premier. — Le chapitre IV — articles 41 à 49 — du règlement général pour les établissements communaux d'enseignement secondaire, du 27 janvier 1920, est abrogé.

Art. 2. — Il est remplacé par le suivant:

CHAPITRE IV.

Elèves.

Art. 41. -- Pour être admis dans les classes d'un établissement secondaire, il faut remplir les conditions d'âge et d'instruction déterminées par la loi.

Art. 42. — Un élève dont les parents sont domiciliés dans le canton, qui demande son admission dans un établissement d'enseignement secondaire, doit produire:

1. s'il désire suivre l'enseignement classique: une déclaration attestant qu'il est promu de la classe de 4me en celle de 5me primaire;
2. s'il désire entrer à l'école secondaire: une déclaration attestant qu'il a suivi l'enseignement d'une classe de 6me primaire; ou, dans les communes qui possèdent des classes de 7me primaire, une déclaration attestant qu'il est promu de 6me en 7me primaire.

Art. 43. — Cette déclaration est signée par le dernier instituteur ou la dernière institutrice de l'élève ou par la Commission secolaire du domicile des parents de l'élève.

Art. 44. — Un élève dont les parents sont domiciliés hors du canton, qui demande son admission dans un établissement d'en-

seignement secondaire, doit prouver qu'il remplit les conditions d'âge et d'instruction exigées d'un élève neuchâtelois.

Art. 45. — Les Commissions scolaires ont le droit, sous réserve de l'article 46 ci-après, de faire subir un examen d'admission à tous les élèves qui demandent à entrer dans l'établissement d'enseignement secondaire qu'elles administrent. La matière de cet examen est celle du programme d'études adopté par l'école primaire de la commune siège de l'établissement d'enseignement secondaire.

Art. 46. — Les élèves qui ont suivi l'enseignement public primaire de la commune siège d'un établissement secondaire, peuvent être dispensés de l'examen qu'ordonnerait une Commission scolaire en application de l'article précédent.

Art. 47. — La Commission scolaire de la commune de domicile des parents d'un élève qui suit l'enseignement d'une école secondaire publique du canton et qui n'a pas terminé sa scolarité obligatoire, doit remettre sans retard le livret scolaire de l'élève à la direction de l'école secondaire intéressée. Le nom de l'élève continue à figurer sur le rôle des enfants soumis à l'instruction primaire de sa commune de domicile, rôle que prévoit l'article 8 de la loi sur l'enseignement primaire du 18 novembre 1908.

Art. 48. — Sous le contrôle et la responsabilité de la Commission scolaire de laquelle elle dépend, la direction des établissements d'enseignement secondaire annote et signe les livrets scolaires des élèves qui n'ont pas encore terminé leur scolarité obligatoire.

Art. 49. — La direction de l'établissement d'enseignement secondaire transmet au juge, par l'entremise de la Commission scolaire de la commune de domicile des parents de l'élève, les plaintes pour fréquentation défectueuse de l'école, prévues dans la loi sur l'enseignement primaire.

Art. 3. — Le présent arrêté sera inséré au „Recueil des lois".

---

2. Universität.

2. Arrêté modifiant les articles 20, 32, 33, 34, 52 et 64 du règlement général de l'Université du 19 mai 1911, règlement revisé le 16 janvier 1923. (Du 29 avril 1924.)

---

3. Arrêté modifiant le règlement de la section des sciences commerciales, économiques et sociales de l'Université de Neuchâtel du 31 mars 1916. (Du 23 décembre 1924.)

---

4. Règlement du Séminaire de français moderne pour étrangers. (Du 23 décembre 1924.)

LE CONSEIL D'ETAT
DE LA REPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHATEL,

Vu l'article 4 de la loi sur l'enseignement supérieur;

Sur la proposition du conseiller d'Etat, chef du Département de l'Instruction publique,

ARRETE:

TITRE PREMIER.

But du Séminaire.

Article premier. — La Faculté des Lettres comprend un Séminaire de français moderne pour les étudiants de langue étrangère (Loi sur l'enseignement supérieur, article 5).

Art. 2. — Le Séminaire a pour but de faciliter aux étudiants étrangers l'étude de la langue française. Il est en outre spécialement destiné à ceux d'entre eux qui se vouent à l'enseignement du français en pays de langue étrangère.

TITRE II.

Organisation du Séminaire.

Art. 3. — Le Séminaire de français moderne est dirigé par un professeur nommé par le Conseil d'Etat sur la présentation de la Faculté des Lettres. Il porte le titre de Directeur et fait rapport à la Faculté sur toutes les questions concernant la section qu'il dirige (Loi sur l'enseignement supérieur, article 18).

Art. 4. — Le Séminaire comporte un enseignement de 25 heures par semaine, réparti sur deux semestres et divisé en 2 degrés: un degré inférieur (14 heures) et un degré supérieur (11 heures), d'après le plan d'études suivant:

Plan d'études du degré inférieur:

Grammaire avec exercices	4 heures
Exercices de style [1]) (2 + 2)	4 „
Comptes-rendus oraux	2 „
Lectures analytiques	3 „
Vocabulaire et gallicismes	1 „
Total . . .	14 heures

[1]) Pour les exercices de style, les étudiants sont répartis par classes correspondant à lettres aptitudes.

Plan d'études du degré supérieur:

Grammaire supérieure	1 heure
Discussion de travaux écrits	1 „
Conférence	2 „
Interprétation philologique	1 „
La société et la vie françaises	2 „
Méthodologie de l'enseignement du français . . .	1 „
Phonétique	1 „
Littérature française moderne	2 „
Total . . .	11 heures

Art. 5. — Les étudiants peuvent choisir dans les deux degrés les cours qu'ils désirent suivre.

Art. 6. — Les étudiants et les auditeurs sont tenus de faire tous les travaux imposés par les professeurs.

TITRE III.

Etudiants.

Art. 7. — Les articles 44 à 57 du règlement général de l'Université sont applicables aux étudiants du Séminaire.

TITRE IV.

Examens.

Art. 8. — Il est institué comme sanction des études poursuivies au Séminaire de français moderne un „certificat d'études françaises" et un „diplôme pour l'enseignement du français" en pays de langue étrangère.

Art. 9. — Le certificat peut être obtenu après deux semestres d'études et le diplôme après quatre semestres. Exceptionnellement, suivant les études antérieures du candidat, le nombre des semestres exigés peut être réduit par le Directeur du Séminaire.

Art. 10. — Ces examens sont accessibles à tous les étudiants et auditeurs, sans justification de grades ou d'études antérieures.

Art. 11. — Les candidats au diplôme sont astreints à présenter une dissertation française dans le courant des deux derniers semestres de leurs études. En outre ils doivent justifier d'une inscription de deux semestres à trois heures de cours au moins de la Faculté des Lettres.

Art. 12. — L'examen du „certificat d'études françaises" comprend les épreuves suivantes:

Epreuves écrites:

1. Dictée orthographique.
2. Composition française.

Epreuves orales:

3. Grammaire française.
4. Lecture analytique d'un texte français moderne.
5. Compte-rendu oral.
6. Littérature française des XVII^me^ et XVIII^me^ siècles.
7. Diction et prononciation.

Art. 13. — L'examen du „diplôme pour l'enseignement du français" en pays de langue étrangère comprend les épreuves suivantes:

Epreuves écrites:

1. Une dictée orthographique.
2. Une composition française.
3. Un travail de grammaire supérieure.
4. Un travail de grammaire historique.

Epreuves orales:

5. Grammaire supérieure.
6. Histoire de la langue française, avec interprétation d'un texte de vieux français.
7. Explication d'un texte français moderne.
8. Littérature française des XVII^me^, XVIII^me^ et XIX^me^ siècles.
9. Phonétique du français moderne.
10. Histoire de la société française moderne.
11. Méthodologie de l'enseignement du français.
12. Conférence sur un sujet donné deux heures à l'avance.

(La prononciation est appréciée par une note spéciale.)

Art. 14. — Les porteurs du certificat d'études françaises peuvent être dispensés, pour obtenir le diplôme, des examens d'orthographe et de littérature française des XVII^me^ et XVIII^me^ siècles.

Art. 15. — Les candidats à l'un ou l'autre des deux examens doivent obtenir une moyenne de 4 au moins (sur 6), soit pour les épreuves écrites, soit pour les épreuves orales. Les examens écrits sont éliminatoires. Le certificat et le diplôme ne sont pas accordés si le candidat a obtenu la note 3 (ou une note inférieure) dans plus de deux épreuves, ou s'il a obtenu la note 2 (ou une note inférieure) dans plus d'une épreuve écrite ou orale.

Art. 16. — Un candidat admis aux épreuves orales peut, après échec, se présenter à la prochaine session d'examens sans subir à nouveau les épreuves écrites.

Art. 17. — Les sessions d'examens ont lieu à la fin de chaque semestre. Exceptionnellement, le Directeur du Séminaire pourra organiser une session au commencement du semestre d'hiver.

Art. 18. — Les examens ont lieu devant un jury formé des professeurs enseignant au Séminaire; un délégué de la Faculté des Lettres lui est adjoint pour l'examen du diplôme.

Art. 19. — Le certificat d'études françaises et le diplôme pour l'enseignement du français en pays de langue étrangère sont délivrés par l'Université.

Art. 20. — Le présent règlement abroge celui du 9 juillet 1912. Il sera inséré au „Recueil des lois".

XXV. Kanton Genf.

1. Allgemeines.

1. Modifikationen des Schulgesetzes aus dem Jahre 1924.[1])

Art. 52. — Les maîtres et maîtresses de l'enseignement primaire sont chargés, sans rétribution spéciale, de la direction des classes gardiennes destinées aux enfants de leur école.

Les sous-régents et stagiaires aussi peuvent en être chargés.

Le Département de l'Instruction publique fixera le système de rotation. (Loi du 23 janvier 1924.)

Art. 54. — La direction générale des écoles enfantines, des écoles primaires et de la classe complémentaire est confiée à un directeur chargé de veiller à l'exécution des programmes et des règlements et d'assurer le progrès des méthodes et de l'enseignement.

Il est assisté, dans sa tâche, par des inspecteurs et des inspectrices chargés plus spécialement de la surveillance des écoles, au point de vue pédagogique. Il y a, en outre, une inspectrice de travaux manuels de jeunes filles.

Le Département est autorisé à confier à des directeurs d'écoles, choisis parmi les membres du corps enseignant primaire, la surveillance pédagogique et administrative d'un groupe scolaire; leur nomination est faite par année scolaire; leur mandat peut être renouvelé. Dans les écoles ayant un directeur, le régent principal prévu par l'art. 57 est supprimé. (Loi du 9 juillet 1924.)

Le Département peut faire procéder à des inspections spéciales temporaires pour l'enseignement de certaines branches.

---

[1]) Loi de l'instruction publique codifiée en application de la loi du 5 novembre 1919 et mise à jour en date du 11 novembre 1924.

Art. 257. — Le corps enseignant est composé de professeurs ordinaires, de professeurs extraordinaires, de chargés de cours et de privat-docents. (Loi du 23 février 1924.)

Art. 260. — Les professeurs extraordinaires sont nommés pour un terme qui ne peut excéder trois ans et selon les formes prescrites pour la nomination des professeurs ordinaires. Leur mandat peut être renouvelé. Ils sont chargés de donner des cours qui ne rentrent pas dans l'enseignement des professeurs ordinaires. Ils font partie du Sénat et des Facultés, sans être éligibles toutefois aux fonctions de recteur, vice-recteur et doyen.

Les chargés de cours peuvent être appelés pour un semestre ou pour une année universitaire. Leur mandat est renouvelable. (Loi du 23 février 1924.)

Art. 264. — En dérogation aux dispositions de l'art. 17, le traitement des professeurs peut s'élever à 15,000 francs; celui des professeurs extraordinaires ne peut pas dépasser 7500 francs.

L'indemnité allouée aux chargés de cours est fixée par le Conseil d'Etat. (Loi du 23 février 1924.)

Art. 303. — Les élèves réguliers suisses des deux classes supérieures du Gymnase, de la 4me année de l'Ecole supérieure de commerce, des deux années supérieures de la Section réale de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles, ainsi que les étudiants de l'Université et de l'Institut dentaire peuvent recevoir des subsides de la Caisse de subsides constituée en fondation, à teneur de la loi du 10 juin 1876 [1]). (Loi du 29 octobre 1924.)

Art. 305. — Ce fonds est formé: a) par un prélèvement sur les rétributions annuelles payées par les élèves de ces établissements, prélèvement dont la quotité est fixée chaque année par voie budgétaire; b) par des dons et legs. (Loi du 9 juillet 1924.)

---

2. Mittelschulen.

2. Loi du 2 juillet 1924 (Collège).

Article unique. — En dérogation aux dispositions de l'art. 208 de la loi sur l'Instruction publique, le Conseil d'Etat est autorisé:

1. A créer dans la section réale une section annexe dont les élèves seraient dispensés de l'enseignement du latin;

---

[1]) Par la loi du 9 octobre 1909, la fondation dite „Caisse des subsides pour les étudiants suisses du Gymnase et de l'Université" à été autorisée pour une nouvelle période de 30 ans, sous les réserves indiquées dans l'article 142 de la Constitution et de la loi du 22 août 1849. La loi du 29 octobre 1924 a modifié divers articles des statuts.

2. A supprimer progressivement dès le commencement de l'année scolaire 1924—1925 la section pédagogique, mais en conservant la 1re classe;
3. A admettre en 1re pédagogique, aux conditions qui seront fixées par le règlement, les élèves de toutes les sections du Collège qui auraient, à la fin de la 2me, été promus dans la classe supérieure.

---

3. Universität.

3. Règlement de l'Institut dentaire. (Du 23 septembre 1924.)